

**Allgemeine Bedingungen
der Ökostromabwicklungsstelle
(AB-ÖKO)**

**OeMAG Abwicklungsstelle für Ökostrom AG
FN 280453g
Alserbachstraße 14-16, 1090 Wien
ATU 64694089, DVR 3001225**

genehmigt durch die E-Control Austria

mit Bescheid vom 1.10.2006,
mit Bescheid vom 6.8.2007,
mit Bescheid vom 15.7.2008,
mit Bescheid vom 31.1.2011,
mit Bescheid vom 14.08.2013,
mit Bescheid vom 25.11.2014,
mit Bescheid vom 22.2.2018,
und mit Bescheid vom 28.11.2019

gemäß § 39 ÖSG 2012, BGBl I Nr 75/2011 idgF

Inhaltsverzeichnis

A) Allgemeine Bestimmungen für die Rechtsbeziehungen der Ökostromabwicklungsstelle zu ihren Partnern	4
I. Anwendungsbereich und Anerkennung der AB-ÖKO	4
1. Anwendungsbereich	4
II. Auslegung der AB-ÖKO	4
III. Begriffsbestimmungen und Abkürzungen	4
IV. Bestandteile der AB-ÖKO	5
V. Sonstige allgemeine Bestimmungen	6
1. Ungültigkeit von Bestimmungen; Änderungen der AB-ÖKO	6
2. Formgebote und allgemeine Kommunikation	6
3. Spezielle Kommunikation für den Datenaustausch	7
4. Preisregelungen	7
5. Änderung der Verhältnisse; Laufzeit und Auflösung der Verträge	8
6. Sonderregelung für die Rechtsnachfolge der Ökostromabwicklungsstelle	8
7. Sonstige allgemeine Bestimmungen zur Rechtsnachfolge	8
8. Störungen in der Vertragsabwicklung	9
9. Haftung der Ökostromabwicklungsstelle	9
10. Grundsätze der Rechnungslegung und Abrechnung; Verzugszinsen	9
11. Datenverarbeitung und Einwilligungserklärung	10
12. Erfüllungsort	11
13. Rechtswahl/Ausschluss der Geltung anderer AB	11
14. Gerichtsstand	12
15. Gehilfen und Betretungsrecht	12
16. Bankgeheimnis	12
B) Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Ökostromerzeuger	13
I. Allgemeines	13
1. Anwendungsbereich von Abschnitt B) der AB-ÖKO	13
2. Zustandekommen des Vertrages	13
3. Vertragsübergang bei Anlagenveräußerung	13
4. Vertragsauflösung bei Nichtinbetriebnahme	13
II. Vertragsabschlüsse nach dem ÖSG 2012	14
1. Antrag auf Vertragsabschluss über Internet	14
2. Reihung; gleichzeitig einlangende Anträge (Losentscheid); Wartelisten	17
3. Maßgabe der Fördermittel	18
4. Kontrahierung außerhalb § 12 ÖSG 2012	18
III. Nachweis- und Mitwirkungspflichten der Ökostromerzeuger und Aussetzung der Zahlungspflichten	18
1. Allgemeines	18
2. Maßnahmen zur Vermeidung von Feinstaub bei Biomasse	19
3. Brennstoffnutzungsgrad für Anlagen auf Basis von Biomasse, Abfällen mit hohem biogenen Anteil, Biogas, Geothermie, Mischfeuerungs- und Hybridanlagen	19
4. Brennstoffnachweis für rohstoffgeführte Anlagen, Mischfeuerungs- und Hybridanlagen	20
5. Biogas	21
IV. Organisatorische Bestimmungen für die Ökobilanzgruppe	21
1. Mitgliedschaft zur Öko-Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle	21
2. Bilanzgruppenspezifische Aufgaben der Ökostromabwicklungsstelle	22
3. Bilanzgruppenspezifische Pflichten aller Ökostromerzeuger	22
V. Abnahme und Vergütung von Ökostrom	23
1. Grundsätze der Vergütung von Ökostrom	23
2. Zahlungstermine	25
3. Rückabwicklung und Sicherstellung	25
4. Aliquote Kürzung	27
VI. Sonstiges	27
1. Vertragsdauer	27
2. Solidarberechtigung und Solidarhaftung mehrerer Ökostromerzeuger	27
C) Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Stromerzeuger für Vertragsabschlüsse nach dem EEffG	28
I. Allgemeine Bestimmungen	28

1.	Anwendungsbereich von Abschnitt C) der AB-ÖKO; Vertrag.....	28
II.	Besondere Nachweis- und Mitwirkungspflichten der Stromerzeuger.....	28
1.	Effizienzkriterium gemäß § 8 Abs 2 KWK-Gesetz	28
D)	Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Bilanzgruppenverantwortlicher	29
I.	Allgemeines.....	29
1.	Anwendungsbereich von Abschnitt D) der AB-ÖKO; Vertrag	29
II.	Übernahme des Stroms durch Stromhändler in der/den Bilanzgruppe(n) des BGV.....	29
1.	Umsetzung der Verpflichtungen der Stromhändler	29
2.	Fahrplanerstellung und Abnahmequote der Stromhändler in den Bilanzgruppen	29
3.	Monatliche Abnahmequoten der Stromhändler pro Bilanzgruppe.....	30
4.	Zuweisungsmenge	30
5.	Fahrplanformat	31
6.	Besondere Mitwirkung des BGV bei der Weitergabe von Strom an Stromhändler	31
7.	Übermittlung von bilanzgruppenspezifischen Daten an die Ökostromabwicklungsstelle.....	31
III.	Entfall der Senkenregelung und Möglichkeit zur Deaktivierung von Komponenten.....	32
E)	Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Stromhändler.....	33
I.	Allgemeines.....	33
1.	Anwendungsbereich von Abschnitt E) der AB-ÖKO; Vertrag.....	33
2.	Allgemeine Beschreibung der Rechte und Pflichten.....	33
II.	Zuweisung des Stroms durch die Ökostromabwicklungsstelle an die Stromhändler	33
1.	Fahrplanerstellung und Abnahmequote	33
2.	Monatliche Abnahmequoten der Stromhändler	34
3.	Zuweisungsmenge	35
4.	Fahrplanformat	36
III.	Zuweisung der Herkunftsnachweise	36
IV.	Zahlungspflichten der Stromhändler.....	36
1.	Allgemeines	36
V.	Sicherheiten der Stromhändler	36
1.	Sicherheitenbestellung	36
2.	Sicherheitenverwertung	38
3.	Sicherheitenfreigabe	38
VI.	Anzeige von Rechtsverletzungen	39
F)	Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Netzbetreiber.....	40
I.	Allgemeines.....	40
1.	Anwendungsbereich von Abschnitt F) der AB-ÖKO; Vertrag	40
II.	Datenaustausch	40
1.	Umfang des Datenaustausches	40
2.	Datenformate.....	41
3.	Datenüberprüfung und Datenkorrektur	41
4.	Datenverwendung	41
III.	Zuweisung von Anlagen zur Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle	41
1.	Allgemeines	41
2.	Bereinigung von Ablauffehlern im Wechselprozess.....	42
IV.	Zahlungspflichten der Netzbetreiber.....	42
1.	Pflichten der NB.....	42
2.	Pauschalierung der Vorschreibung und Jahresabrechnung	42
Anhang ./1 Darstellung der Mitwirkungspflichten der Erzeuger bei der Erstellung der Prognose der Ökostromabwicklungsstelle	44	
Anhang ./2 Mustervertrag Ökostromabwicklungsstelle – Ökostromerzeuger	45	
Anhang ./3 Mustervertrag – Abnahme zum Marktpreis gem § 13 ÖSG 2012.....	47	
Anhang ./4 Mustervertrag für hocheffiziente KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG	49	
Anhang ./5 Besondere Bestimmungen für die kombinierte Tarif- und Investitionsförderung	51	
Anhang ./6 Anzuwendendes Datenaustauschverfahren für Zuweisung/Wechsel in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle.....	53	
Anhang ./7 Wechselvollmacht	55	

A) Allgemeine Bestimmungen für die Rechtsbeziehungen der Ökostromabwicklungsstelle zu ihren Partnern

I. Anwendungsbereich und Anerkennung der AB-ÖKO

1. Anwendungsbereich

- 1.1 Die AB-ÖKO gelten für die **Rechtsbeziehungen der Ökostromabwicklungsstelle zu Ökostromerzeugern, Betreibern von hocheffizienten KWK-Anlagen, Stromhändlern, Bilanzgruppenverantwortlichen und Netzbetreiber** (hier auch als „Partner“ bezeichnet) in Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Ökostromabwicklungsstelle gemäß den anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und der anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung insoweit diese Rechtsbeziehungen die Kontrahierung und die Zuweisung von Ökostrom, einschließlich den Ausgleich gemäß § 37 Abs 1 Z 4 ÖSG 2012, betreffen.
- 1.2 Abschnitt A) der AB-ÖKO gilt gegenüber allen Partnern der Ökostromabwicklungsstelle. Der Anwendungsbereich der Abschnitte B), C), D), E) und F) der AB-ÖKO wird jeweils gesondert in den jeweiligen Abschnitten der AB-ÖKO festgelegt.
- 1.3 Die AB-ÖKO kommen ab Antragstellung auf Vertragsabschluss und/oder durch Abschluss eines Vertrags mit der Ökostromabwicklungsstelle zur Anwendung. Die Partner verpflichten sich unwiderruflich und rechtsverbindlich, die **AB-ÖKO samt ihren Bestandteilen** und die darin angeführten Gesetze, Verordnungen, Anhänge, Dokumente, Urkunden und/oder sonstige Unterlagen in der geltenden Fassung in vorvertraglichen und vertraglichen Rechtsbeziehungen einzuhalten.

II. Auslegung der AB-ÖKO

- 1.1 Grundlage der Rechtsbeziehungen der Ökostromabwicklungsstelle zu den Partnern sind die anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und die anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung, so dass die Interpretation der Bestimmungen der AB-ÖKO immer im Sinn der anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und der anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung zu erfolgen hat. Die AB-ÖKO ergänzen die anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und die anzuwendenden Verordnungen im Rahmen des zulässigen Ausmaßes. Die Vorgaben der anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und der anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung gehen den Bestimmungen der AB-ÖKO jedenfalls vor.

III. Begriffsbestimmungen und Abkürzungen

- 1.1 Im Sinne dieser AB-ÖKO und der auf Basis der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge bezeichnet der Ausdruck bzw. die Abkürzung:
 - (a) **ABGB**: Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, JGS Nr. 946/1811 idgF;
 - (b) **AB-ÖKO**: die von der E-Control genehmigten Allgemeinen Bedingungen der Ökostromabwicklungsstelle;
 - (c) **BGV**: Bilanzgruppenverantwortliche(r);
 - (d) **BKO**: Bilanzgruppenkoordinator(en);
 - (e) **DSG 2000**: Bundesgesetz über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz 2000), BGBl I Nr 165/1999 idgF;
 - (f) **DSG-VO**: Verordnung (EU) Nr. 679/2016 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr (Datenschutzgrund-Verordnung), ABI L 119/1 vom 04.05.2016;
 - (g) **EEffG**: Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem

- Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz), BGBl. I Nr. 72/2014 idgF;
- (h) **EIWOG 1998:** Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft neu geregelt wird (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz), BGBl. I Nr. 143/1998 idgF;
 - (i) **EIWOG 2010:** Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft neu geregelt wird (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010), BGBl. I Nr. 110/2010 idgF;
 - (j) **Einziehungsfähiges Kreditinstitut:** ein Kreditinstitut, aus dem EWR-Raum oder der Schweiz, das in der Lage ist, einen Einziehungsauftrag innerhalb von 3 (drei) Werktagen durchzuführen;
 - (k) **KWK-Gesetz:** Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen auf dem Gebiet der Kraft-Wärme-Kopplung neu erlassen werden, BGBl. I Nr. 111/2008 idgF;
 - (l) **NB:** Verteiler- und/oder Übertragungsnetzbetreiber;
 - (m) **Ökostromerzeuger:** Betreiber einer (von) bescheidmäßig anerkannten oder von der Ökostromabwicklungsstelle in das Ökostromanlagenregister gemäß § 37 Abs 5 ÖSG 2012 aufgenommenen Ökostromanlage(n);
 - (n) **ÖSG 2002:** Bundesgesetz, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und auf dem Gebiet der Kraft-Wärme-Kopplung erlassen werden (Ökostromgesetz), BGBl. I Nr. 149/2002 in der jeweils geltenden Fassung
 - (o) **ÖSG 2012:** Bundesgesetz über die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern (Ökostromgesetz 2012), BGBl. I Nr. 75/2011 idgF;
 - (p) **Stromnachweisdatenbank:** Die Stromnachweisdatenbank, als elektronisches Informationssystem, ist ein für alle österreichischen Marktteilnehmer und Netzbetreiber offenes Instrument, um Herkunftsnachweise einheitlich und nach transparenten Kriterien zu erstellen. Sie vereinfacht die Informationsweitergabe über die gesamte Prozesskette vom Produzenten bis zum Konsumenten. Nähere Informationen über die Stromnachweisdatenbank sind unter www.e-control.at abrufbar;
 - (q) **TOR:** die technischen und organisatorischen Regeln für Betreiber und Nutzer von Netzen gemäß § 22 Abs 2 E-ControlG.

1.2 Im Übrigen finden die Begriffsbestimmungen jeweils in der zuletzt geltenden Fassung des EIWOG 1998 und der darauf basierenden Landesausführungsgesetze (soweit diese noch anwendbar sind), des EIWOG 2010 und der darauf basierenden Landesausführungsgesetze, des ÖSG 2012 sowie sonstiger anzuwendender gesetzlicher Bestimmungen und die anzuwendender Verordnungen, der Sonstigen Marktregeln, Anwendung. Personenbezogene Begriffe haben keine geschlechtsspezifische Bedeutung. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form anzuwenden.

IV. Bestandteile der AB-ÖKO

- 1.1 Folgende Dokumente und Unterlagen sind in ihrer jeweils geltenden und aktuell veröffentlichten Fassung integrierte Bestandteile dieser AB-ÖKO:
- (a) **die Sonstigen Marktregeln;**
 - (b) **die Technischen und Organisatorischen Regeln;**
 - (c) **Anhang ./1:** Darstellung der Mitwirkungspflichten der Erzeuger bei der Erstellung der Prognose der Ökostromabwicklungsstelle;
 - (d) **Anhang ./2:** Mustervertrag Ökostromabwicklungsstelle – Ökostromerzeuger;
 - (e) **Anhang ./3:** Mustervertrag Abnahme zum Marktpreis gemäß § 13 ÖSG 2012;
 - (f) **Anhang ./4:** Mustervertrag für hocheffiziente KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG;

- (g) **Anhang ./5:** Besondere Bestimmungen für die kombinierte Tarif- und Investitionsförderung;
- (h) **Anhang ./6:** Anzuwendendes Datenaustauschverfahren für Zuweisung/Wechsel in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle;
- (i) **Anhang ./7:** Vollmacht für Wechsel.

1.2 Die **Anhänge ./1 bis ./7 sind diesen AB-ÖKO angeschlossen.**

V. Sonstige allgemeine Bestimmungen

1. Ungültigkeit von Bestimmungen; Änderungen der AB-ÖKO

- 1.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AB-ÖKO samt ihren Bestandteilen und/oder der unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge einschließlich und allfälliger Nachträge dazu rechtsunwirksam und/oder nichtig sein und/oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der Rechtsbeziehungen der Ökostromabwicklungsstelle zu den Partnern sowie die übrigen Bestimmungen der AB-ÖKO und/oder der unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge nicht berührt.
- 1.2 Die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner sind diesfalls – unbeschadet anderslautender zwingender gesetzlicher Vorgaben – vielmehr verpflichtet, die ungültige(n) und/oder nichtige(n) Bestimmung(en) durch (eine) im wirtschaftlichen, rechtlichen, technischen und organisatorischen Gehalt für die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner gleichkommende rechtsgültige Bestimmung(en) unter Berücksichtigung der anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und der anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung zu ersetzen.
- 1.3 Entsprechendes gilt für eventuell später auftretende Regelungslücken in den AB-ÖKO samt ihren Bestandteilen und/oder in den unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträgen.
- 1.4 Die Partner der Ökostromabwicklungsstelle nehmen weiters zustimmend zur Kenntnis, dass die Ökostromabwicklungsstelle verpflichtet ist, über Aufforderung der E-Control und/oder aufgrund gesetzlicher Änderungen die AB-ÖKO zu ändern oder neu zu erstellen. Werden daher im Vergleich zu dem Zeitpunkt des Abschlusses des jeweiligen Vertrags mit dem Partner die AB-ÖKO über Aufforderungen der E-Control oder aus sonstigen Gründen geändert und/oder neu erstellt und genehmigt, so wird der Ökostromabwicklungsstelle die Partner hievon unverzüglich auf geeignete Art und Weise in Kenntnis setzen. Änderungen der AB-ÖKO treten zum von der Ökostromabwicklungsstelle dann bekannt gegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch 14 (vierzehn) Tage nach Mitteilung an die Partner in Kraft.

2. Formgebote und allgemeine Kommunikation

- 2.1 Sämtliche Änderungen und/oder Ergänzungen der unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge sowie der AB-ÖKO bedürfen – unbeschadet einer allfälligen Pflicht zur Genehmigung dieser Änderungen und/oder von Ergänzungen durch die E-Control – der Schriftform, sofern in diesen AB-ÖKO und/oder in den unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge nichts Abweichendes festgelegt wird. Dies gilt auch für das Abgehen von diesem Schriftformerfordernis. Auf Seiten der Ökostromabwicklungsstelle wird der Schriftform auch durch elektronisch reproduzierte Unterschrift Genüge getan. Die Bereitstellung der Verträge mit Ökostromerzeugern und Stromerzeugern gemäß § 19 EEffG erfolgt über das elektronische Abwicklungssystem gemäß Punkt B) II.1.7 AB-ÖKO.
- 2.2 Auskünfte, Mitteilungen und/oder Anordnungen der Ökostromabwicklungsstelle im Rahmen der jeweiligen Rechtsbeziehungen können von der Ökostromabwicklungsstelle rechtsverbindlich auch mittels E-Mail an die von den Partnern zuletzt bekanntgegebene E-Mail-Adresse erfolgen. Anträge auf Vertragsabschluss gemäß Abschnitt B) Punkt II. der AB-ÖKO sind rechtsverbindlich ausschließlich über das elektronische Abwicklungssystem der Ökostromabwicklungsstelle zu stellen.

- 2.3 Änderungen und/oder Ergänzungen dieser AB-ÖKO und/oder der unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge, rechtsverbindliche, Mitteilungen und/oder Anordnungen der Ökostromabwicklungsstelle erfolgen ausschließlich nach den oben beschriebenen Formvorschriften durch die vertretungsbefugten Organe der Ökostromabwicklungsstelle. Mündliche (telefonische), schriftliche oder sonstige Auskünfte, Mitteilungen und/oder Anordnungen der Ökostromabwicklungsstelle und/oder ihrer Mitarbeiter sind rechtlich nicht verbindlich.
- 2.4 Anfragen und/oder Mitteilungen an die Ökostromabwicklungsstelle haben per E-Mail ausschließlich an die E-Mail-Adresse kundenservice@oem-ag.at zu erfolgen. Die Zusendung von elektronischen Mitteilungen an andere E-Mail-Adressen der Ökostromabwicklungsstelle ist unbeachtlich und entfaltet keinerlei rechtliche Wirkung, insbesondere auch nicht die der Zustellung/des Zugangs.

3. Spezielle Kommunikation für den Datenaustausch

- 3.1 Die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner geben einander die Telefon- und Telefaxnummern, E-Mail-Adressen und gegebenenfalls Daten-E-Mail-Adressen bekannt, über die der notwendige Datenaustausch aufgrund der auf Basis der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge abgewickelt wird. Weiters geben die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner einander die Namen der für den Datenaustausch und die Abwicklung der auf Basis der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge verantwortlichen Mitarbeiter bekannt. Die Namen, Telefon- und Telefaxnummern, E-Mail-Adressen und Daten-E-Mail-Adressen der beim Ökostromerzeuger für den Datenaustausch und die Abwicklung dieses Vertrags verantwortlichen Mitarbeiter werden im Zuge der Antragstellung über das elektronische Abwicklungssystem vom Ökostromerzeuger der Ökostromabwicklungsstelle bekannt gegeben.
- 3.2 Die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner sind verpflichtet, Änderungen der Daten laut Punkt 3.1 ohne Verzögerung bekannt zu geben. Die jeweils aktuellen Daten der Ökostromabwicklungsstelle gemäß Punkt 3.1 werden von der Ökostromabwicklungsstelle laufend auf ihrer Website <http://www.oem-ag.at/de> veröffentlicht.

4. Preisregelungen

- 4.1 Die gemäß den anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und den anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung festgesetzten Preise welcher Art auch immer, Tarife, Beiträge und/oder Pauschalen und/oder andere Preisregelungen haben für die zwischen der Ökostromabwicklungsstelle und den Partnern bestehenden Rechtsverhältnisse jeweils unmittelbare Geltung.
- 4.2 Sollten infolge von Gesetzen, Verordnungen und/oder anderer behördlicher Verfügungen die Vergütungen für Ökostrom und/oder Ökostromförderbeiträge und/oder die Ökostrompauschalen und/oder andere Preisregelungen welcher Art auch immer unmittelbar oder mittelbar erhöht oder ermäßigt werden, so erhöhen oder ermäßigen sich die jeweiligen Verrechnungsgrundlagen für die Ökostromabwicklungsstelle unmittelbar ab dem Zeitpunkt, in dem die Erhöhung oder Ermäßigung wirksam wird.
- 4.3 Für den Fall, dass die gemäß den anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und den anzuwendenden Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung festgesetzten Preise welcher Art auch immer, Tarife, Beiträge und/oder Pauschalen und/oder andere Preisregelungen – aus welchem Grund auch immer – aufgehoben und/oder sonst unwirksam werden, ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, von den Partnern anstelle der aufgehobenen und/oder sonst unwirksam gewordenen Regelungen ein angemessenes Entgelt zu verlangen. Dies gilt auch für den Fall, dass für Leistungen der Ökostromabwicklungsstelle im Rahmen der Förderabwicklung und -verrechnung keine von Gesetzen, Verordnungen und/oder anderer behördlicher Verfügungen festgesetzten Vergütungsregelungen bestehen.

5. Änderung der Verhältnisse; Laufzeit und Auflösung der Verträge

- 5.1 Die gegenständlichen AB-ÖKO und/oder die auf Basis dieser AB-ÖKO abgeschlossenen und/oder abzuschließenden Verträge sind bei Novellierung und/oder Änderung und/oder Aufhebung des ÖSG und/oder sonstiger in diesem Zusammenhang anwendbarer gesetzlicher Bestimmungen durch die Ökostromabwicklungsstelle an die neue bzw. geänderte Rechtslage von der Ökostromabwicklungsstelle und dem jeweils betroffenen Partner – vorbehaltlich einer Genehmigung durch die E-Control – anzupassen bzw. sogar erforderlichenfalls aufzuheben.
- 5.2 Die Laufzeit der auf Basis dieser AB-ÖKO abgeschlossenen und/oder abzuschließenden Verträge der Ökostromabwicklungsstelle mit den Partnern richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben (insbesondere nach der Förderdauer und/oder maximale Dauer der gesetzlichen Kontrahierungspflicht) und der Bestandsdauer der anzuwendenden gesetzlichen Regelungen und Verordnungen. Nach Ablauf der Laufzeit enden die Verträge jeweils automatisch, ohne dass es hierfür einer gesonderten Erklärung bedarf.
- 5.3 Das Recht zur fristlosen Auflösung aus wichtigem Grund der auf Basis dieser AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge für die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner bleibt unberührt. Als wichtige Gründe gelten insbesondere der nachhaltige Zahlungsverzug trotz schriftlicher Mahnung und Setzung einer Nachfrist durch die Ökostromabwicklungsstelle von mindestens 14 (vierzehn) Tagen, die Verletzung der Verpflichtungen der Partner, die wiederholte mangelhafte Datenübermittlung durch die Partner, wiederholte schwerwiegende Verstöße gegen Mitwirkungspflichten und sonstige gravierende Verstöße gegen Bestimmungen dieser AB-ÖKO und/oder der auf deren Basis abgeschlossenen Verträge und/oder gegen gesetzliche Verpflichtungen durch die Partner sowie die Abänderung der Reihung von Anträgen von Ökostromerzeugern auf Vertragsabschluss aus welchem Grund auch immer.
- 5.4 Die AB-ÖKO gelten auch nach Beendigung des Vertrags der Ökostromabwicklungsstelle zum jeweiligen Partner bis zur völligen Abwicklung des Vertragsverhältnisses weiter.

6. Sonderregelung für die Rechtsnachfolge der Ökostromabwicklungsstelle

- 6.1 Die Ökostromabwicklungsstelle ist gesetzlicher Rechtsnachfolger aller mit Ökostromerzeugern, NB, Stromhändler und BGV in ihrer Eigenschaft als Ökobilanzgruppenverantwortliche abgeschlossenen Verträge der Regelzonenführer.
- 6.2 Auch für diese Verträge gelten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen die jeweils aktuellen AB-ÖKO.

7. Sonstige allgemeine Bestimmungen zur Rechtsnachfolge

- 7.1 Unbeschadet von in diesen AB-ÖKO enthaltenen Sonderregelungen sind die Ökostromabwicklungsstelle und die Partner grundsätzlich berechtigt und verpflichtet, sämtliche aus den unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträgen erfließenden Rechte und Pflichten rechtsverbindlich auf allfällige Einzel- und/oder Gesamtrechtsnachfolger zu übertragen und zu überbinden. Die Rechtsnachfolge ist der jeweils anderen Partei umgehend und ohne Verzögerung anzuzeigen.
- 7.2 Die Übertragung der Rechte und Pflichten auf Rechtsnachfolger der Partner bedarf jedoch grundsätzlich der Zustimmung der Ökostromabwicklungsstelle, welche diese aber nur dann verweigern darf, wenn sachliche und begründete Zweifel bestehen, dass der Rechtsnachfolger des Partners die Verpflichtungen gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle nicht erfüllen wird.
- 7.3 Bei Übertragung der Rechte und Pflichten auf Rechtsnachfolger werden die ursprünglichen Parteien von ihren bis zum Zeitpunkt der Rechtsnachfolge eingegangenen wechselseitigen Verpflichtungen erst frei, wenn der Rechtsnachfolger diese Verpflichtungen zur Gänze erfüllt hat. Die Partner und die Ökostromabwicklungsstelle halten sich diesbezüglich wechselseitig zur Gänze schad- und klaglos.

8. Störungen in der Vertragsabwicklung

- 8.1 Sollten die Ökostromabwicklungsstelle oder die Partner im Falle höherer Gewalt oder durch sonstige Umstände, deren Abwendung nicht in ihrer Macht steht oder wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, an der Erfüllung der Pflichten der unter Zugrundelegung dieser AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge ganz oder teilweise gehindert sein, so ruhen die wechselseitigen Pflichten, bis die Hindernisse oder Störungen und/oder deren Folgen zur Gänze beseitigt sind. Diesfalls liegt auch keine, eine Ersatzpflicht auslösende, Vertragsverletzung der davon betroffenen Partei vor.
- 8.2 Als Ereignisse höherer Gewalt gelten jedenfalls Anordnungen hoher Hand (durch den Gesetzgeber bzw. durch Gerichte oder Behörden), Umreihungen von Anträgen von Ökostromerzeugern aus welchem Grund auch immer, Verzögerungen und/oder Scheitern des Prozesses der Zuweisung und/oder des Wechsels in die Bilanzgruppe(n) der Ökostromabwicklungsstelle und/oder des Anmelde- und/oder Abmeldeprozesses, Fehlschaltungen, Naturereignisse wie Überschwemmungen, Eisregen, Fallwinde, Eisstürme, Erdbeben, Erdbeben, Windbruch, Vereisung oder sonstige Naturereignisse, nationale und/oder internationale Versorgungsengpässe bei Energieträgern, Kapazitätsengpässe im nationalen und/oder internationalen Netzsystem, Großstörungen sowie überlagerte internationale Ringflüsse (Loop-Flows), Streiks und Arbeitskämpfmaßnahmen, kriegerische Handlungen, politische Krisen und Terroranschläge und sonstige unabwendbare Ereignisse insbesondere auch das Versagen von Kommunikations- und/oder Computersystemen, Dateneinbruch und/oder Hacking (data breach), Unterbrechung und/oder Verzögerung der Datendienste, Verweigerung des Vertragsabschlusses und Verweigerung der Erfüllung von Verpflichtungen von Partnern der Ökostromabwicklungsstelle, sofern die Erfüllung der vertraglichen Pflichten durch letztere Umstände wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann.
- 8.3 Sobald die Ökostromabwicklungsstelle oder die Partner von dem Umstand höherer Gewalt Kenntnis erhalten haben, sind sie verpflichtet, sämtliche anderen betroffenen Partner und die Ökostromabwicklungsstelle davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und – soweit dies zu diesem Zeitpunkt möglich ist – eine rechtlich unverbindliche Einschätzung des Ausmaßes und der erwarteten Dauer der Leistungsverhinderung bekannt zu geben. Die Partner und die Ökostromabwicklungsstelle sind, solange die höhere Gewalt andauert und sobald und soweit bekannt, verpflichtet, die jeweils betroffene(n) Partei(en) angemessen über den aktuellen Stand, sowie über das Ausmaß und die zu erwartende Dauer der Verhinderung der Erbringung ihrer Verpflichtungen zu informieren.

9. Haftung der Ökostromabwicklungsstelle

- 9.1 Die Ökostromabwicklungsstelle haftet den Partnern grundsätzlich nach den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen. Soweit es hierbei auf ein Verschulden der Ökostromabwicklungsstelle ankommt, wird – abgesehen von Personenschäden – nur bei grob fahrlässigem und/oder vorsätzlichem Verhalten gehaftet.
- 9.2 Eine Haftung der Ökostromabwicklungsstelle für mittelbare Schäden und/oder Folgeschäden ist ausgeschlossen.
- 9.3 Unbeschadet § 1304 ABGB sind die Partner und die Ökostromabwicklungsstelle verpflichtet, sämtliche aus und/oder im Zusammenhang mit den unter Zugrundelegung dieser AB-ÖKO abgeschlossenen Verträgen resultierenden Schäden so gering wie möglich zu halten.

10. Grundsätze der Rechnungslegung und Abrechnung; Verzugszinsen

- 10.1 Rechnungen der Ökostromabwicklungsstelle werden den Partnern grundsätzlich elektronisch mittels E-Mail (elektronisch signierte Pdf-Rechnungen) übermittelt. Bei Bedarf kann mit der Ökostromabwicklungsstelle eine Übermittlung der Rechnung per Post oder auf andere Art und Weise vereinbart werden.

- 10.2 Sämtliche Zahlungen der Partner gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle sind entsprechend dem auf den Rechnungen angeführten Fälligkeitsdatum fällig. Die Bezahlung sollte grundsätzlich mittels Einziehungsermächtigung erfolgen, wobei von den Partnern auf ein ausreichend gedeckt zu haltendes Euro-Bankkonto bei einem einziehungsfähigen Kreditinstitut im EWR oder in der Schweiz zu achten ist. Neben der Bezahlung mittels Einzugsermächtigung kann mit der Ökostromabwicklungsstelle auch eine Bezahlung mittels Überweisung auf Kosten und Gefahr der Partner auf das von der Ökostromabwicklungsstelle bekannt gegebene Konto abzugsfrei vereinbart werden.
- 10.3 Zahlungen der Ökostromabwicklungsstelle an Partner werden – vorbehaltlich einer anders lautenden Vereinbarung im Einzelfall – über die Erteilung von Gutschriften durch die Ökostromabwicklungsstelle abgewickelt. Die Partner werden der Ökostromabwicklungsstelle ein inländisches Bankkonto bekannt geben, auf welches die Überweisung der Gutschriftsbeträge schuldbefreiend erfolgen kann. Der Anlagenbetreiber ermächtigt die Ökostromabwicklungsstelle zur Ausstellung von Gutschriftenrechnungen im Sinne des § 11 Abs 7 und 8 UStG und erklärt sich mit dieser Vorgangsweise ausdrücklich einverstanden. Sollten sich die Verhältnisse, die für die Rechnungsausstellung herangezogen wurden, ändern, so hat der Anlagenbetreiber dies der Ökostromabwicklungsstelle unverzüglich zu melden. Sind die Gutschriftenrechnungen aufgrund von Falschangaben des Anlagenbetreibers, von zu spät bekannt gegebenen Änderungen oder aufgrund finanzbehördlich angeordneten Änderungen (z.B. durch eine Finanzbehörde angeordnete Änderung der umsatzsteuerrechtlichen Beurteilung) für einen längeren Zeitraum als 6 Monate aufzurollen, so ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, die dadurch entstandenen Mehrkosten dem Anlagenbetreiber zu verrechnen.
- 10.4 Sämtliche Zahlungen der Partner an die Ökostromabwicklungsstelle haben ohne Abzüge, Einbehaltung und unter Verzicht auf die Aufrechnung mit allfälligen Gegenforderungen zu erfolgen.
- 10.5 Bei Zahlungsverzug der Ökostromabwicklungsstelle und/oder der Partner werden ab dem der Fälligkeit folgenden Tag Verzugszinsen in Höhe von 4 (vier) Prozentpunkten über dem von der Österreichischen Nationalbank verlautbarten Basiszinssatz verrechnet. Allfällige weitergehende zivilrechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt. Die Partner sind verpflichtet, die tatsächlich entstandenen Kosten für die Betreuung und/oder die Einbringung der Forderung der Ökostromabwicklungsstelle zu bezahlen, soweit diese zur zweckentsprechenden Betreuung und/oder Einbringung notwendig sind, die Partner ein Verschulden trifft und die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen.
- 10.6 Die Partner müssen bei den bekanntgegebenen Informationen - vor allem, welche den Bereich der zu verrechnenden Umsatzsteuer betreffen - höchste Sorgfalt walten lassen und geänderte Verhältnisse ehestmöglich bekanntgeben. Sollte aufgrund von unrichtigen Daten oder nicht gemeldeten Änderungen Nachteile entstehen, so haben die Partner die Ökostromabwicklungsstelle schad- und klaglos zu halten.

11. Datenverarbeitung und Einwilligungserklärung

- 11.1 Die Partner nehmen bereits mit der Antragsstellung auf Vertragsabschluss und durch Abschluss eines Vertrages mit der Ökostromabwicklungsstelle zur Kenntnis, dass die Ökostromabwicklungsstelle als Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 („DSGVO“) sämtliche ihr im Zuge der Rechtsbeziehung mit den Partnern bekannt gegebenen Daten in Erfüllung ihrer gesetzlichen bzw ihrer durch Verordnung oder behördliche Anordnung erteilten Aufgaben und Verpflichtungen als Ökostromabwicklungsstelle sowie zum Zwecke der Vertragserfüllung verarbeitet und diese Daten – zur Gänze oder teilweise – im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben an ihre Gehilfen bzw. Auftragsverarbeiter iSd DSGVO, an die Regelzonenführer (insbesondere die Austrian Power Grid AG), an die Österreichische Kontrollbank AG, an die AGCS Gas Clearing and Settlement AG (zum Biomethanregister), an die „smart technologies“ Management-Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. und an im Einzelfall noch zu bestimmende Gutachter übermittelt. Ein Datenaustausch mit anderen Förderstellen (wie dem KLI.EN Fonds) zur Verhinderung von

Doppelförderungen ist ebenfalls zulässig. Weiters liegen gesetzliche und behördliche Verpflichtungen und Berechtigungen der in Punkt 11.2. genannten Stellen sowie aufrechte Verträge (insb. aufgrund dieser AB-ÖKO) der Ökostromabwicklungsstelle mit diesen Stellen vor, auf deren Basis die Übermittlung der Daten zur weiteren Verarbeitung zur Ermöglichung der Abwicklung der Förderungen nach diesen AB-ÖKO erfolgt. Bei Nichtbereitstellung der Daten kann keine Förderung erfolgen.

- 11.2 **Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung:** Der Partner erteilt mit der Antragstellung die ausdrückliche Einwilligung zur Übermittlung der Daten (Name/Firma sowie Anschrift und Geburtsdatum des Partners, Zählpunkt, Anlagenstandort, zuständiger Netzbetreiber, Anlagenart, Energieträger, Einspeisetyp, Engpassleistung, der OeMAG vorliegende und für die Errichtung der Anlagen notwendigen Genehmigungen und Anzeigen, Kundennummer) an die E-Control, an die jeweils für den Partner zuständige Landesregierung und/oder den zuständigen Landeshauptmann, an die Transparenzdatenbank gemäß BGBl I Nr. 99/2012 idGF, an den jeweils zuständigen Netzbetreiber, an die Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Kommission sowie an das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus zur weiteren Verarbeitung zum Zweck der Erfüllung von deren Aufgaben zur Abwicklung der Förderung. Ein Widerruf dieser Einwilligungserklärung durch den Partner ist jederzeit zulässig, zu dessen Wirksamkeit muss der Widerruf gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle erklärt werden. Ein Widerruf berührt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht. Im Falle des Widerrufs kann eine (weitere) Förderung nicht erfolgen.
- 11.3 Die in Punkt 11.2. aufgezählten Daten werden auch im berechtigten Interesse der Ökostromabwicklungsstelle und der zuständigen Behörden (insbesondere Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, E-Control, Landeshauptmann bzw. Landesregierung, Rechnungshof) zur Prüfung und Beaufsichtigung der ordnungsgemäßen Förderabwicklung verarbeitet. Sämtliche Daten werden für die Vertragsdauer und danach solange gespeichert, wie dies für die Abwicklung der Förderung bei Streitigkeiten oder zur Erfüllung von Berichts- und Nachweispflichten notwendig ist.
- 11.4 Von der Datenverarbeitung betroffene Personen haben gemäß DSGVO ein Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die verarbeiteten personenbezogenen Daten, sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung, ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art 15 bis 21 DSGVO). Es besteht darüber hinaus ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art 77 DSGVO). Zur Wahrung ihrer Rechte aus dem Datenschutzrecht kann sich jede betroffene Person an die Abwicklungsstelle wenden.
- 11.5 Sämtliche auf Basis dieser AB-ÖKO vorgesehenen Datenübermittlungen sind – sofern in den AB-ÖKO keine abweichende Regelung getroffen wird – in der in den geltenden Marktregeln festgesetzten Art und Weise durchzuführen.

12. Erfüllungsort

- 12.1 Der Erfüllungsort für sämtliche Verpflichtungen der Ökostromabwicklungsstelle und der Partner aus den unter der Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträgen ist der Sitz der Ökostromabwicklungsstelle in Wien (1090 Wien, Alserbachstraße 14 - 16).

13. Rechtswahl/Ausschluss der Geltung anderer AB

- 13.1 Die AB-ÖKO und die unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträge unterliegen ausschließlich österreichischem Recht, mit Ausnahme der Verweisungsnormen des Internationalen Privatrechts; die Anwendung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.
- 13.2 Die Geltung von, diesen AB-ÖKO widersprechenden und/oder abweichenden, Vertragsbedingungen und/oder allgemeinen Geschäftsbedingungen der Partner wird durch Antragsstellung auf Vertragsabschluss und/oder den Abschluss eines auf Basis der AB-ÖKO abzuschließenden Vertrags einvernehmlich ausgeschlossen. Änderungen und/oder Ergänzungen

und/der anderen Abweichungen von den AB-ÖKO und/oder der Vertragsurkunden und/oder Formulare der Ökostromabwicklungsstelle durch die Partner sind unbeachtlich und nicht rechtswirksam.

14. Gerichtsstand

14.1 Unbeschadet der sachlichen Zuständigkeiten der E-Control und/oder sonstiger Verwaltungsbehörden wird als Gerichtsstand für allfällige Streitigkeiten zwischen der Ökostromabwicklungsstelle und den Partnern aus den, unter Zugrundelegung dieser AB-ÖKO abgeschlossenen, Verträgen die Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichtes am Sitz der Ökostromabwicklungsstelle in Wien vereinbart.

15. Gehilfen und Betretungsrecht

15.1 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, sich zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten und der Rechte und Pflichten aus diesen AB-ÖKO Gehilfen (insbesondere Regelzonenführer, Österreichische Kontrollbank AG) zu bedienen. Die Ökostromabwicklungsstelle ist weiters berechtigt, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben, wie insbesondere der Kontrolle der Förderabwicklung, (externer) Sachverständiger (Privatgutachter) zu bedienen. Diese Gehilfen und die Kontaktdaten werden – soweit dies zur Abwicklung erforderlich ist – den Partnern auf geeignete Art und Weise bekannt gegeben. Die Gehilfen handeln im Zuge der Abwicklung der Ökostromförderung als Bevollmächtigte der Ökostromabwicklungsstelle in deren Namen und auf deren Rechnung.

15.2 Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben, wie insbesondere auch der Kontrolle der rechtmäßigen Förderungsabwicklung, zweckmäßig ist, dürfen die Ökostromabwicklungsstelle, ihre Mitarbeiter und von ihr zur Erfüllung ihrer Aufgaben beauftragte Dritte und Gehilfen, wie etwa (externe) Sachverständige, das Grundstück, die Gebäude, die Anlage(n) des Partners oder sonstige Örtlichkeiten des Partners unentgeltlich, nach vorheriger Benachrichtigung über Art und Umfang der geplanten Maßnahme, unter tunlichster Schonung betreten und zur Erfüllung der Aufgaben, wie insbesondere auch der Kontrolle der rechtmäßigen Förderungsabwicklung, benützen.

15.3 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, die Kosten derartiger Begutachtungen dem Partner in Rechnung zu stellen bzw. gegen Forderungen der Partner aufzurechnen, soweit die Begutachtungen für die Erfüllung der Aufgaben der Ökostromabwicklungsstelle notwendig sind, den Partner ein Verschulden trifft und die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zur dadurch entstandenen Forderung stehen. Die Aufrechnungserklärung kann auch im Rahmen der Rechnungslegung durch die Ökostromabwicklungsstelle erfolgen.

16. Bankgeheimnis

16.1 Die Partner werden das im Rahmen der Abwicklung eingesetzte Kreditinstitut (gemäß § 28 Abs 2 Z 5 Bankwesengesetz, BGBl I Nr. 116/2015) gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle und ihren Gehilfen vom Bankgeheimnis insofern entbinden, als dies zur Erfüllung der Aufgaben der Ökostromabwicklungsstelle erforderlich ist.

B) Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Ökostromerzeuger

I. Allgemeines

1. Anwendungsbereich von Abschnitt B) der AB-ÖKO

- 1.1 Der nachstehende Abschnitt B) der AB-ÖKO regelt die Rechtsbeziehung der Ökostromabwicklungsstelle zu Ökostromerzeugern, die entweder
- (a) mit Ablauf des 30.6.2012 über einen aufrechten Vertrag über die Abnahme und die Vergütung von in (der) Ökostromanlage(n) des Ökostromerzeugers erzeugtem und in das öffentliche Netz abgegebenen Ökostrom mit der Ökostromabwicklungsstelle verfügen (Vertragsabschlüsse bis 30.6.2012)
 - oder
 - (b) ab 1.7.2012 einen Antrag auf Vertragsabschluss über die Abnahme und die Vergütung von in (der) Ökostromanlage(n) des Ökostromerzeugers erzeugtem und in das öffentliche Netz abgegebenen Ökostrom mit der Ökostromabwicklungsstelle stellen (Vertragsabschlüsse nach dem ÖSG 2012).
- 1.2 Punkt B) I., III., IV., V. und VI. gelten für alle Ökostromerzeuger im Sinne des vorstehenden Punktes 1.1 gleichermaßen.
- 1.3 Punkt B) II. gilt hingegen nur für jene Ökostromerzeuger, die ab 1.7.2012 einen Antrag auf Vertragsabschluss über die Abnahme und die Vergütung von in (der) Ökostromanlage(n) des Ökostromerzeugers erzeugtem und in das öffentliche Netz abgegebenen Ökostrom mit der Ökostromabwicklungsstelle stellen (Vertragsabschlüsse nach dem ÖSG 2012).

2. Zustandekommen des Vertrages

- 2.1 Der Vertrag über die Vergütung von in (der) Ökostromanlage(n) des Ökostromerzeugers erzeugtem und in das öffentliche Netz abgegebenen Ökostrom, zwischen Ökostromerzeuger und der Ökostromabwicklungsstelle kommt über Antrag (Anbot) des Ökostromerzeugers auf Grundlage der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, den anwendbaren Verordnungen und dieser AB-ÖKO zustande.

3. Vertragsübergang bei Anlagenveräußerung

- 3.1 Sollte der Ökostromerzeuger die von ihm betriebene(n) Ökostromanlage(n) entgeltlich oder unentgeltlich an einen Dritten oder mehrere Dritte veräußern, so ist der Ökostromerzeuger verpflichtet, sämtliche Rechte und Pflichten aus dem (den) mit der Ökostromabwicklungsstelle abgeschlossenen Vertrag (Verträgen) auf den (die) Erwerber mit dem Zeitpunkt der Veräußerung rechtsverbindlich zu überbinden. Der (die) Erwerber einer Ökostromanlage tritt (treten) daher in den (die) mit der Ökostromabwicklungsstelle abgeschlossenen Vertrag (Verträge) über die Abnahme und die Vergütung ein und übernehmen sämtliche daraus resultierende Rechte und Pflichten. Die Meldung des Rechtsübergangs erfolgt in Form des von der Ökostromabwicklungsstelle bereitgestellten Rechtsnachfolgeformulars und ist vom alten und neuen Anlagenbetreiber rechtsgültig zu unterfertigen.
- 3.2 Im Übrigen sind allenfalls ergänzend die Bestimmungen in Abschnitt A) V.7. der AB-ÖKO sinngemäß anzuwenden.

4. Vertragsauflösung bei Nichtinbetriebnahme

- 4.1 Durch die Annahme eines Antrags (Anbots) auf Vertragsabschluss durch die Ökostromabwicklungsstelle verpflichtet sich der Ökostromerzeuger innerhalb der gesetzlichen

Fristen, die betreffende Anlage auch in Betrieb zu nehmen, widrigenfalls der Vertrag als aufgelöst gilt, ohne dass es einer gesonderten Auflösungserklärung bedarf. Das aus der Auflösung dieses Vertrages frei werdende Unterstützungsvolumen ist dem Unterstützungsvolumen der jeweiligen Anlagenkategorie im laufenden Kalenderjahr zuzurechnen. Der Nachweis der erfolgten Inbetriebnahme hat dabei durch eine fristgerecht und marktregelkonform übermittelte Wechsel- und/oder Neuanlageninformation durch den Netzbetreiber an die Ökostromabwicklungsstelle gemäß den geltenden Marktregeln zu erfolgen.

- 4.2 Die Auflösung tritt dann nicht ein, wenn der Ökostromerzeuger der Ökostromabwicklungsstelle glaubhaft macht, dass die Ursachen für die Nicht-Inbetriebnahme nicht in seinem Einflussbereich liegen. Als in seinem Einflussbereich liegend werden sämtliche Umstände gewertet, die bauliche Maßnahmen, das Vertragsmanagement, die Beschäftigung von Sub-Unternehmern, Lieferschwierigkeiten und/oder -verzögerungen oder ähnliches umfassen. Als nicht in seinem Einflussbereich liegend werden ausschließlich Fälle höherer Gewalt und netzbetreiberseitige Probleme beim Netzanschluss z.B. fehlende oder mangelhafte Netzanbindung, sofern absehbar ist, dass diese in absehbarer Zeit behoben werden, gewertet. Die Glaubhaftmachung hat unter schriftlicher Darlegung der Umstände und unter Vorlage von für die Ökostromabwicklungsstelle als ausreichend angesehener Nachweise, wie z.B. schriftliche Stellungnahme des Netzbetreibers, zu erfolgen.
- 4.3 Für Betreiber von Photovoltaikanlagen gelten grundsätzlich die vorstehenden Bestimmungen, die aber wie folgt ergänzt werden:
- (a) Sollte der Ökostromerzeuger, der einen Antrag hinsichtlich einer Photovoltaikanlage eingebracht hat, eine „Aufforderung zur Erfassung der übrigen vertragsrelevanten Daten“ per E-Mail erhalten, so ist er verpflichtet, der Ökostromabwicklungsstelle binnen 3 (drei) Monaten nach Erhalt geeignete Nachweise (zB gegengezeichnetes Angebot, Verträge, Zahlungsbelege, Rechnungen und Überweisungsbelege) über die Bestellung der Photovoltaikanlage, für die der Antragsteller einen Antrag eingebracht hat, (einlangend) zu übermitteln. Für die Erbringung der Nachweise ist Anhang ./5 Punkt 2.2 sinngemäß anzuwenden.
- (b) Die gänzliche und/oder teilweise Nichterbringung dieser Nachweise und/oder sonstige nicht wahrheitsgemäße Angaben des Ökostromerzeugers haben zur Folge, dass der Ökostromerzeuger nicht im Förderkontingent berücksichtigt wird und daher auch keinen Vertrag über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom mit der Ökostromabwicklungsstelle erhält.
- (c) Bis zum Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Nachweiserbringung ist die Ökostromabwicklungsstelle nicht verpflichtet, mit antragstellenden Ökostromerzeugern einen Vertrag über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom abzuschließen und/oder ihn in das Förderkontingent aufzunehmen.
- (d) Die Ökostromabwicklungsstelle wird den Ökostromerzeuger nach Bearbeitung und Prüfung des vollständigen Antrages und der fristgerecht erbrachten Nachweise binnen angemessener Frist davon in Kenntnis setzen, ob der Ökostromerzeuger noch in das Förderkontingent aufgenommen ist und der Antrag von der Ökostromabwicklungsstelle durch Vertragsabschluss angenommen werden kann.
- 4.4 In allen Fällen des Eintritts auflösender Bedingungen erfolgt eine Rückabwicklung unter Anwendung von Punkt B) V.3. AB-ÖKO.

II. Vertragsabschlüsse nach dem ÖSG 2012

1. Antrag auf Vertragsabschluss über Internet

- 1.1 Die nachstehenden Bestimmungen führen die gesetzlichen Regelungen des § 15 ÖSG 2012 näher aus. Aus Gründen der Gleichbehandlung der Ökostromerzeuger und der Transparenz bei der Vergabe des Förderkontingents hat die Antragsstellung (Anbot) der Ökostromerzeuger ohne jede Ausnahme ausschließlich über das elektronische Abwicklungssystem der Ökostromabwicklungsstelle zu erfolgen.

- 1.2 Die Ökostromerzeuger sind verpflichtet, für die Antragstellung die Bestimmungen der AB-ÖKO einzuhalten. Von diesen Bestimmungen abweichende Anträge (Angebote) sind rechtlich unbeachtlich und von der Ökostromabwicklungsstelle nicht zu bearbeiten.
- 1.3 Die Ökostromabwicklungsstelle bedient sich einer standardisierten Vorgehensweise für den Vertragsabschluss wie folgt:
- (a) Der Antrag (das Anbot) auf Vertragsabschluss über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom hat ausschließlich unter Verwendung des von der Ökostromabwicklungsstelle zur Verfügung gestellten elektronischen Abwicklungssystems zu erfolgen. Eine Übermittlung ausgefüllter Formulare als Anhang mittels elektronischer Post (E-Mail) oder auf sonstige andere Weise ist keine gültige Übermittlungsmethode. Die Antragstellung erfolgt grundsätzlich in zwei Schritten: Zunächst ist über das elektronische Abwicklungssystem ein sogenanntes Ticket zu lösen, in welches die grundlegenden Daten einzugeben sind. In einem weiteren Schritt ist dann nach einer allenfalls erhaltenen Aufforderung der Ökostromabwicklungsstelle der eigentliche Förderantrag zu vervollständigen, wobei die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt ist, einen Zeitrahmen für die Vervollständigung vorzugeben. Vervollständigungen außerhalb des Zeitrahmens sind unbeachtlich und werden nicht berücksichtigt. Nähere Bestimmungen über den Ablauf der Antragstellung sind auf der Homepage der Ökostromabwicklungsstelle unter <http://www.oem-ag.at/de/foerderung/> veröffentlicht.
 - (b) Ökostromanlagenbetreiber/Antragsteller und sonstige Benutzer des elektronischen Abwicklungssystems haben dieses Abwicklungssystem nur soweit und nur unter Verwendung solcher Hilfsmittel zu benützen, wie dies zur Erlangung der von ihnen für ein konkretes Projekt benötigten Anträge (Angebote) erforderlich ist. Insbesondere dürfen keinerlei Scheinanträge und/oder Anträge zum Ausschluss Dritter gestellt und/oder ähnliche Maßnahmen gesetzt werden. Die Ökostromabwicklungsstelle ist daher berechtigt, jederzeit technisch geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung bzw. Verbesserung einer gleichmäßigen Verfügbarkeit des elektronischen Abwicklungssystems für alle Benutzer und Antragsteller zu ergreifen. Diese Maßnahmen können insbesondere die Verlangsamung und/oder den Ausschluss elektronischer Zugriffe – insbesondere von automatisierten Eingabesystemen (wie zB von Robots) – umfassen. Die Ökostromabwicklungsstelle ist auch jederzeit berechtigt, Benutzer vom Zugriff auf das elektronische Abwicklungssystem auszuschließen, wenn von diesen Benutzern ausgehende Zugriffe die gleichförmige Verfügbarkeit des elektronischen Abwicklungssystems für die anderen Benutzer einschränken bzw. einzuschränken drohen. Benutzer und Ökostromanlagenbetreiber, deren Zugriff auf diese Weise ausgeschlossen wurde, haben kein Recht auf Kontrahierung und sind von der Antragsstellung ausgeschlossen. Um ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Förderantrags-Applikation zu gewährleisten, haben die Browser der Antragsteller zumindest für diese Applikation COOKIES zuzulassen.
 - (c) Ökostromerzeuger haben die Formulare des elektronischen Abwicklungssystems vollständig und wahrheitsgemäß zu vervollständigen und an die Ökostromabwicklungsstelle entsprechend der Vorgaben des elektronischen Abwicklungssystems zu übermitteln. Für Photovoltaikanlagen hat der Ökostromerzeuger zusätzlich eine Erklärung abzugeben, ob für die Anlage oder für Teile dieser Anlage Förderungen auf Grund des Klima- und Energiefondsgesetzes (KLI.EN-FondsG), BGBl. I Nr. 40/2007, in Anspruch genommen worden sind.
 - (d) Fehler und/oder Verzögerungen bei der Antragstellung und/oder bei Vervollständigung des Formulars gehen hierbei ausschließlich zu Lasten des Antragstellers. Die Ökostromabwicklungsstelle ist nicht verpflichtet, den antragstellenden Ökostromerzeuger auf Fehler hinzuweisen und/oder diesen auf sonstige Probleme im Zuge der Antragstellung hinzuweisen. Unklare und/oder fehlerhafte Anträge sind rechtlich unwirksam und werden nicht bearbeitet.
 - (e) Als Zeitpunkt für das Einlangen eines Antrags gilt der vom Server der Ökostromabwicklungsstelle automatisch registrierte Eingang des vollständigen Ticket-Antrags mit folgenden Mindestinhalten: E-Mail-Adresse, Anlagenbetreiber, Energieträger, Engpassleistung und Zählpunktbezeichnung.

- (f) Unbeschadet etwaiger anlagenbezogener Bestimmungen zur Reihung von Anträgen gemäß § 15 Abs 7 ÖSG 2012, die in einer Verordnung gemäß § 19 ÖSG 2012 aufgenommen werden können oder im Jahr 2020 von der Ökostromabwicklungsstelle festzulegen sind, werden die Anträge nach dem Zeitpunkt ihres Einlangens gereiht.
 - (g) Der Ökostromerzeuger wird nach Einlangen eines Antrags bei der Ökostromabwicklungsstelle per E-Mail eine rechtlich unverbindliche Bestätigung erhalten, dass der Antrag bei der Ökostromabwicklungsstelle eingelangt ist. Diese Bestätigung hat keine Rechtswirkungen und sagt insbesondere nichts darüber aus, ob der Ökostromerzeuger durch seine Antragstellung auch in das zu vergebende Förderkontingent aufgenommen werden kann.
 - (h) Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, die Ökostromerzeuger zur Übermittlung der für die Erstellung des Vertrags erforderlichen Daten binnen einer Frist von zumindest 4 Wochen aufzufordern.
 - (i) Grundsätzlich gelten mehrere von einem Antragsteller eingebrachte Anträge, die dieselbe Anlage betreffen, als mit dem Zeitpunkt des Einlangens des ersten Antrages eingebracht. Werden aber an einem Kalendertag mehrere Anträge von einem Antragsteller eingebracht, die dieselbe Anlage betreffen, so gelten diese Anträge als mit dem Zeitpunkt des Einlangens des letzten Antrages dieses Kalendertags eingebracht. Folgeanträge sind unzulässig und werden von der Ökostromabwicklungsstelle nicht behandelt. Eine Neueinbringung ist nur nach Zurückziehung des ursprünglichen Antrages möglich.
 - (j) Sofern dem Antrag nicht die nach diesen AB-ÖKO und/oder dem ÖSG 2012 geforderten Nachweise über alle für die Errichtung der Anlage notwendigen Genehmigungen oder Anzeigen beigeschlossen sind, wird von der Ökostromabwicklungsstelle im Zuge der Verständigung über das Einlangen des Antrags dem Antragsteller informativ eine 6 (sechs) wöchige Frist gesetzt, binnen derer diese Unterlagen nachzureichen sind. Bei Einlangen dieser Nachweise innerhalb dieser gesetzten Frist wird die Reihung nach der ursprünglichen Antragstellung gewahrt, ansonsten wird der Antrag unter Rangverlust als unvollständig und unzulässig von der Ökostromabwicklungsstelle nicht behandelt.
- 1.4 Die Kontrahierungspflicht der Ökostromabwicklungsstelle besteht für neu in Betrieb gehende Ökostromanlagen nur in jenem Ausmaß, als das noch verfügbare Unterstützungsvolumen nicht überschritten wird. Anträge auf Vertragsabschluss, deren Annehmen eine Überschreitung des noch verfügbaren Unterstützungsvolumens zur Folge hätte, werden daher nicht angenommen. Dies bedeutet, dass möglicherweise andere Ökostromerzeuger, selbst wenn deren Antrag zu einem späteren Zeitpunkt bei der Ökostromabwicklungsstelle einlangt, in das Förderkontingent aufgenommen werden können, sofern diese einen geringeren Umfang der Förderung begehren.
- 1.5 Die Ökostromabwicklungsstelle wird die Ökostromerzeuger nach Bearbeitung und Prüfung des vollständigen Antrags in angemessener Frist davon in Kenntnis setzen, ob der Ökostromerzeuger noch in das Förderkontingent aufgenommen ist und der Antrag (das Anbot) von der Ökostromabwicklungsstelle angenommen werden kann.
- 1.6 Erfüllt ein Antrag (ein Anbot) auf Vertragsabschluss die Voraussetzungen auf Vertragsabschluss bzw. auf Reihung (Aufnahme in eine Warteliste) nicht, wird die Ökostromabwicklungsstelle diesen Antrag unter Rangverlust nicht behandeln. Der Ökostromerzeuger wird von diesem Umstand von der Ökostromabwicklungsstelle in angemessener Frist per E-Mail in Kenntnis gesetzt.
- 1.7 Erfüllt ein Antrag (ein Anbot) sämtliche Voraussetzungen zur Annahme, wird die Ökostromabwicklungsstelle den Ökostromerzeuger per E-Mail über die positive Entscheidung über das Förderansuchen sowie über die Bereitstellung der Vertragsurkunde zum selbstständigen elektronischen Abruf (Download) informieren. Durch den Zugang dieser E-Mail in den Machtbereich des Ökostromerzeugers kommt der Vertrag über die Abnahme und die Vergütung von Ökostrom mit der Ökostromabwicklungsstelle zustande.
- 1.8 Die obigen Regelungen gelten auch sinngemäß für den Fall, dass durch den Wegfall und die Rückabwicklung zusätzliches Fördervolumen frei wird.

- 1.9 Die Ökostromabwicklungsstelle ist jederzeit berechtigt, das elektronische Abwicklungssystem für die Antragstellung auf Vertragsabschluss insbesondere für Test- und Wartungszwecke für bestimmte Zeit den Ökostromerzeugern nicht zur Verfügung zu stellen, vor allem um die Sicherheit, Belastbarkeit und Benutzbarkeit zu testen bzw. notwendige Adaptionen des elektronischen Abwicklungssystems vorzunehmen. Während dieser Zeit ist eine Antragsstellung auf Vertragsabschluss für Ökostromerzeuger ausnahmsweise nicht möglich. Anträge, die während dieser Zeit an die Ökostromabwicklungsstelle gestellt werden, sind rechtlich unbeachtlich und werden von der Ökostromabwicklungsstelle nicht bearbeitet. Anträge sind erst wieder nach Ablauf der Aussetzung des elektronischen Abwicklungssystems möglich. Die Zeiten für derartige Aussetzung für Test- und Wartungsarbeiten, während derer die Antragstellung an die Ökostromabwicklungsstelle nicht möglich ist, werden auf der Homepage der Ökostromabwicklungsstelle unter www.oem-ag.at mindestens 4 (vier) Wochen vor dem jeweiligen Termin veröffentlicht.
- 1.10 Für den Fall, dass die Kommunikations- und/oder Computersysteme der Ökostromabwicklungsstelle versagen und/oder durch Dritte angegriffen werden und dies nicht ohnehin als Fall höherer Gewalt gewertet werden kann, wird die Ökostromabwicklungsstelle die Antragsteller hiervon durch Veröffentlichung auf ihrer Website www.oem-ag.at nach Möglichkeit informieren und gemeinsam mit den Antragstellern darauf hinwirken, dass allfällige Datenverluste wieder beseitigt werden. Nur für den Fall, dass dies für die Ökostromabwicklungsstelle nicht mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand möglich bzw. überhaupt unmöglich ist, sind die Antragsteller verpflichtet, neue Anträge im Sinn der vorstehenden Bestimmungen zu stellen. Die Ökostromabwicklungsstelle wird die Antragsteller über diese Umstände durch Veröffentlichung auf ihrer Website www.oem-ag.at nach Möglichkeit informieren.

2. Reihung; gleichzeitig einlangende Anträge (Losentscheid); Wartelisten

- 2.1 Unbeschadet etwaiger anlagenbezogener Bestimmungen zur Reihung von Anträgen gemäß § 15 Abs 7 ÖSG 2012, die in einer Verordnung gemäß § 19 ÖSG 2012 aufgenommen werden können, ist durch den elektronischen Förderantrag sichergestellt, dass eine zeitgetreue Reihung von Anträgen (Anboten) auf Vertragsabschluss durch die Ökostromabwicklungsstelle administriert werden kann.
- 2.2 Sollten wider Erwarten Anträge auf Vertragsabschluss gleichzeitig einlangen, so entscheidet die Ökostromabwicklungsstelle mit Los unter behördlicher Aufsicht, über die Berechtigung der Anträge, sofern durch gleichzeitig einlangende Anträge das kontrahierbare Einspeisetarifvolumen überschritten wird.
- 2.3 Der Losentscheid erfolgt dergestalt, dass die gleichzeitig eingelangten Anträge mit fortlaufenden Nummern versehen werden. Diese Nummern werden auf gleiche Stücke Papier geschrieben und in gleicher Art so gefaltet, dass die Nummern nicht mehr erkannt werden. Die gefalteten Papierstücke werden in einem Behältnis gemischt. Im Anschluss ist ohne Ansehen des Papierstückes ein solches zu ziehen. Die auf diesem Papierstück vermerkte Nummer bezeichnet den Antrag, der hierdurch angenommen ist.
- 2.4 Vom Ergebnis des Losentscheids werden die betroffenen Antragsteller informiert. Das Ergebnis und die Dokumentation des Losentscheids wird darüber hinaus im Internet unter www.oem-ag.at veröffentlicht.
- 2.5 Anträge, welche die durch das Unterstützungsvolumen vorgegebene Grenze überschreiten, werden auf einer Warteliste gereiht. Konnte mit einem Ökostromerzeuger infolge der Erschöpfung des Unterstützungsvolumens kein Vertrag über die Abnahme von Ökostrom abgeschlossen werden, so ist mit dem Ökostromerzeuger unter Berücksichtigung des sich aus dem Zeitpunkt der Antragstellung ergebenden Ranges zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Vertrag über die Kontrahierung von Ökostrom abzuschließen. Dem Ökostromerzeuger steht es in diesem Falle frei, seinen Antrag zurück zu ziehen. Der Antrag erlischt jedenfalls nach Ablauf des fünften Folgejahres nach Einlangen des Antrags.

- 2.6 Die vorstehende Bestimmung Punkt 2.5 bezüglich der Reihung gelten nicht für Anträge bezüglich Photovoltaikanlagen. Diese sind von der Ökostromabwicklungsstelle zurückzuweisen, sofern zum Zeitpunkt ihres Einlangens das Unterstützungsvolumen bereits ausgeschöpft war.
- 2.7 Eine Umreihung von Anträgen auf Vertragsabschluss als Folge von gerichtlichen und/oder behördlichen Entscheidungen gilt als auflösende Bedingung für den Vertrag mit der Ökostromabwicklungsstelle, ohne dass es einer gesonderten Auflösungserklärung bedarf. Allfällige Rückabwicklungen haben unter Anwendung von Abschnitt B) Punkt V.3. AB-ÖKO zu erfolgen.

3. Maßgabe der Fördermittel

- 3.1 Die Kontrahierungspflicht der Ökostromabwicklungsstelle gemäß § 12 ÖSG 2012 besteht nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Fördermittel. Für Anlagen, für die ein Antrag auf Vertragsabschluss gestellt wurde, besteht die Kontrahierungspflicht der Ökostromabwicklungsstelle gemäß § 12 ÖSG 2012 nur in jenem Ausmaß, als das jeweilig zur Verfügung stehende zusätzliches jährliches Unterstützungsvolumen nicht überschritten wird. Kann mit dem zur Verfügung stehenden zusätzlichen jährlichen Unterstützungsvolumen nicht das Auslangen gefunden werden, so ist die Ökostromabwicklungsstelle zur Kontrahierung von Ökostrom nur aus jenen Anlagen verpflichtet, mit denen vor Ausschöpfung des zusätzlichen jährlichen Unterstützungsvolumens ein Vertrag über die Kontrahierung von Ökostrom abgeschlossen wurde.
- 3.2 Für die Berechnung, Veröffentlichung und Verwaltung des noch verfügbaren Unterstützungsvolumens und für die Behandlung von Anträgen bei Erschöpfung des noch verfügbaren Unterstützungsvolumens und bei Nichterfüllung von Fördervoraussetzungen gelten die anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen.

4. Kontrahierung außerhalb § 12 ÖSG 2012

- 4.1 Für die Kontrahierung zu Marktpreisen, über Nachfolgetarife und Technologie- und KWK-Bonus und Betriebskostenzuschläge gelten die anzuwendenden gesetzlichen Vorgaben. Im Rahmen der Abwicklung dieser Vorgaben sind die Bestimmungen von Abschnitt B) der AB-ÖKO sinngemäß anzuwenden.

III. Nachweis- und Mitwirkungspflichten der Ökostromerzeuger und Aussetzung der Zahlungspflichten

1. Allgemeines

- 1.1 In den nachstehenden Bestimmungen sind einzelne Nachweis- und Mitwirkungspflichten, wie z.B. gemäß § 40 Abs 2 ÖSG 2012, für einzelne Kategorien von Ökostromerzeugern im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Tarifeinstufung und Förderverwaltung angeführt. Die Verletzung dieser Nachweis- und Mitwirkungspflichten und/oder unvollständige und/oder nicht wahrheitsgemäße Angaben der Ökostromerzeuger führt zunächst zu einer Nichtbehandlung allfälliger Anträge auf Vertragsabschluss, in der laufenden Abwicklung zu einem unverzinsten Stopp weiterer Zahlungen (Gutschriften) der Ökostromabwicklungsstelle bis zur Behebung des Mangels und bei wiederholtem Verstoß und/oder Nichtbehebung des Mangels zur Auflösung des Vertrags.
- 1.2 Der Ökostromerzeuger hat der Ökostromabwicklungsstelle den Umstand und die Ursachen/Begründung für allfällige Überschreitungen der im Vertrag vereinbarten Engpassleistung (abzüglich eines allfälligen Eigenversorgungsanteils) spätestens 4 Wochen nach der ersten Überschreitung bekanntzugeben, wobei der Ökostromerzeuger insbesondere unter Erbringung von hierfür tauglichen Belegen nachzuweisen hat, ob die Leistungsüberschreitung darauf gründet, dass der ursprünglich errichtete Anlagenbestand nicht mehr vorliegt und eine Anlagenerweiterung (§ 18 Abs 5 ÖSG 2012) vorgenommen wurde oder ob mit dem ursprünglichen Anlagenbestand eine schlichte Leistungsüberschreitung (§ 18 Abs 1, 1a, 1b ÖSG 2012) eintritt bzw. eingetreten ist. Zudem sind bei Anlagen ohne Lastprofilzähler die für eine Plausibilitätsprüfung der gemessenen Einspeisemengen notwendigen Unterlagen und Informationen der

Ökostromabwicklungsstelle zur Verfügung zu stellen. Als Kriterien für die Plausibilitätsprüfung gelten insbesondere die Anlagendaten und die für die Ökostromerzeugung maßgeblichen Einflussfaktoren (z.B. Sonneneinstrahlung). Sollte die Leistungsüberschreitung nicht mehr aus dem ursprünglichen Anlagenbestand erfolgen/erfolgt sein, liegt eine Anlagenerweiterung vor und der Ökostromerzeuger hat nach § 18 Abs 5 ÖSG 2012 vorzugehen.

- 1.3 Unbeschadet anderer Regelungen in diesen AB-ÖKO ist die Ökostromabwicklungsstelle daher jedenfalls berechtigt, die Abrechnung und die Zahlungen an Ökostromerzeuger auszusetzen:
- (a) Unterlassen der Bekanntgabe der erforderlichen Daten durch den Ökostromerzeuger und Weigerung auf Ersuchen der Ökostromabwicklungsstelle dieser alle für die Abwicklung der Ökostromförderung notwendigen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen bereitzustellen, insbesondere Verstöße gegen die Nachweispflichten (z.B. Brennstoffnutzungsgrad) gemäß Abschnitt B) Punkt III. 3. ff der AB-ÖKO;
 - (b) Unterlassen von sonstigen Mitwirkungspflichten des Ökostromerzeugers, insbesondere auch für Erstellung von Prognosewerten für die Einspeisung des Ökostroms;
 - (c) Nichtnachkommen von Aufforderungen der Ökostromabwicklungsstelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben (wie z.B. Dokumentation der Entwicklung der Betriebskosten bei Biogasanlagen und Anlagen auf Basis von flüssiger Biomasse);
 - (d) Nichtbeachtung der Vorgaben des ÖSG 2012 und darauf gründender Verordnungen und/oder sonstiger Anordnungen (wie z.B. Gutachten über die Revitalisierung bei Kleinwasserkraftanlagen, Nachweis über den Einsatz der Substrat-Einsatzstoffe bei Biogasanlagen).
- 1.4 Der Ökostromerzeuger hat die Ökostromabwicklungsstelle hinsichtlich seiner Verletzungen von Mitwirkungspflichten zur Gänze schad- und klaglos zu halten. Für den Fall des Nachholens der unterlassenen Mitwirkungspflichten durch den Ökostromerzeuger wird die Ökostromabwicklungsstelle die Zahlungen zinsfrei nachholen. Zinsenansprüche und/oder andere Ansprüche des Ökostromerzeugers sind diesfalls aber jedenfalls zur Gänze ausgeschlossen.
- 1.5 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, sämtliche zur Überprüfung der Einhaltung der Mitwirkungs- und/oder Nachweispflichten der Ökostromerzeuger erforderlichen Maßnahmen, wie insbesondere die Absolvierung von Lokalaugenscheinen, Anlagenüberprüfungen und/oder die Einholung von Sachverständigengutachten, unter Anwendung von Abschnitt A) Punkt V.15. vorzunehmen.
- 1.6 Das Recht zur Auflösung des auf Grundlage der AB-ÖKO abgeschlossenen Vertrags aus wichtigem Grund gemäß Abschnitt A) Punkt V.5. AB-ÖKO und andere gesetzliche Endigungsgründe bleiben davon jedenfalls unberührt. Allfällige Rückabwicklungen haben unter Anwendung von Abschnitt B) Punkt V.3. AB-ÖKO zu erfolgen.

2. Maßnahmen zur Vermeidung von Feinstaub bei Biomasse

- 2.1 Ökostromerzeuger, die eine Anlage auf Basis fester Biomasse betreiben, haben der Ökostromabwicklungsstelle die Maßnahmen zur Vermeidung von Feinstaub im Zuge der Antragstellung darzulegen. Der Nachweis gilt erbracht, wenn diese Maßnahmen zur Vermeidung von Feinstaub bei Biomasse im vom Ökostromerzeuger im Zuge der Antragsstellung vorzulegenden anlagerechtlichen Bescheid angeführt sind.

3. Brennstoffnutzungsgrad für Anlagen auf Basis von Biomasse, Abfällen mit hohem biogenen Anteil, Biogas, Geothermie, Mischfeuerungs- und Hybridanlagen

- 3.1 Bei Anlagen auf Basis von fester oder flüssiger Biomasse oder Abfall mit hohem biogenen Anteil, auf Basis von Biogas, Geothermie sowie bei Mischfeuerungsanlagen besteht die Abnahmepflicht zu geförderten Einspeisetarifen nur dann, wenn ein Brennstoffnutzungsgrad bzw.

gesamtenergetischer Nutzungsgrad von mindestens 60 % erreicht wird.

- 3.2 Die Erreichung dieses Brennstoffnutzungsgrades bzw. die Erreichung des Kriteriums für hocheffiziente KWK-Anlagen ist der Ökostromabwicklungsstelle bei Antragstellung durch ein Gutachten, ausgestellt von einem Wirtschaftsprüfer, einem Ziviltechniker oder einem allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen oder einem Ingenieurbüro des einschlägigen Fachgebietes, nachzuweisen sowie bis spätestens Ende März des Folgejahres für jedes abgeschlossene Kalenderjahr nachzuweisen. Das Gutachten hat neben der erforderlichen technischen Beschreibung auch Wirtschaftlichkeitserwägungen zu umfassen und der Ökostromabwicklungsstelle ausreichende Informationen über den beabsichtigten Brennstoffnutzungsgrad zu geben. Der Nachweis des Brennstoffnutzungsgrades ist der Ökostromabwicklungsstelle spätestens 18 (achtzehn) Monate nach Inbetriebnahme für das erste Betriebsjahr, beginnend drei Monate nach Inbetriebnahme, (einlangend) zu übermitteln. Der Nachweis hat der Ökostromabwicklungsstelle ausreichende und glaubwürdige Informationen über den tatsächlichen Brennstoffnutzungsgrad zu geben und ist durch einen geeigneten unabhängigen Sachverständigen zu bestätigen. Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt - unter Berücksichtigung auf den Genehmigungszeitpunkt der jeweiligen Anlage oder des Anlagenteiles - nicht energieeffiziente Nutzungen oder Nutzungsverfahren der abgegebenen Wärme nicht anzurechnen bzw. Mengengrenzen für bestimmte Nutzungsarten festzulegen. Die Ökostromabwicklungsstelle ist weiters berechtigt, aus fachlicher Sicht nicht ausreichende Nachweise zurückzuweisen.
- 3.3 Wird der Nachweis nicht zeitgerecht erbracht, ist die Ökostromabwicklungsstelle nach Aufforderung berechtigt, die Zahlungen einzustellen, bis der Nachweis erbracht wurde. Wird der Nachweis nach zweimaliger Aufforderung (letzte Aufforderung erfolgt schriftlich) nicht erbracht, ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund rückwirkend bis zum Zeitpunkt der letzten Nachweiserbringung aufzulösen. In diesem Fall erfolgt eine Rückabwicklung unter Anwendung von Abschnitt B) Punkt V.3. AB-ÖKO.

4. Brennstoffnachweis für rohstoffgeführte Anlagen, Mischfeuerungs- und Hybridanlagen

- 4.1 Ökostromerzeuger, die Betreiber von rohstoffgeführten Anlagen sind, haben die zum Einsatz gelangenden Brennstoffe laufend zu dokumentieren und einmal jährlich die Zusammensetzung der zum Einsatz gelangten Primärenergieträger nachzuweisen. Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, hinsichtlich der eingesetzten Primärenergieträger ein Gutachten über deren Zusammensetzung einzufordern. Betreiber von Mischfeuerungsanlagen oder Hybridanlagen haben zusätzlich einmal jährlich den Nachweis zu erbringen, dass die zum Einsatz gelangten erneuerbaren Energieträger eines Kalenderjahres mindestens den in § 7 Abs 2 ÖSG 2012 bestimmten Anteil erreichen. Diese Nachweise sind durch die Auswertung der Dokumentation zu erbringen und bis spätestens 31.3. des Folgejahres dem Landeshauptmann vorzulegen. Die dem Nachweis zugrunde liegende Aufstellung der zum Einsatz gelangten Brennstoffe ist von einem Wirtschaftsprüfer, einem Ziviltechniker oder einem allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen oder einem technischen Büro aus den Fachgebieten Elektrotechnik, Maschinenbau, Feuerungstechnik oder Chemie zu prüfen. Der Landeshauptmann hat diese Nachweise zu prüfen und bei Vorliegen der gesetzlichen Erfordernisse der E-Control und der Ökostromabwicklungsstelle, die erforderlichenfalls die Vergütung der betroffenen Anlage anzupassen hat (§ 18 Abs 2 ÖSG 2012), umgehend mit einer Bestätigung der Richtigkeit zu übermitteln. Darüber hinaus hat der Landeshauptmann im Fall der Anerkennung der Anlage die Konzepte über die Rohstoffversorgung gemäß § 8 Abs 1 Z 3 ÖSG 2012 umgehend an die Ökostromabwicklungsstelle und die E-Control zum Zweck der Erstellung des Berichts gemäß § 52 Abs 1 ÖSG 2012 zu übermitteln.
- 4.2 Ökostromerzeuger, die Betreiber einer rohstoffgeführten Anlage auf der Basis von fester Biomasse sind, haben hinsichtlich der zum Einsatz gelangenden Brennstoffe bis spätestens 30 (dreißig) Tage nach erstmaliger Aufforderung durch die Ökostromabwicklungsstelle die Herkunft der eingesetzten Brennstoffe für das abgelaufene Kalenderjahr nachzuweisen. Der Nachweis kann auch durch die Ausstellungen bzw. Unterfertigung von (einer) Eigenerklärung(en) des Ökostromerzeugers und/oder seines (seiner) Lieferanten erbracht werden.

- 4.3 Wird ein Nachweis nicht zeitgerecht erbracht, ist die Ökostromabwicklungsstelle nach Aufforderung berechtigt, die Zahlungen einzustellen bis der Nachweis erbracht wurde. Wird der Nachweis nach zweimaliger Aufforderung (letzte Aufforderung erfolgt schriftlich) nicht erbracht, ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund rückwirkend bis zum Zeitpunkt der letzten Nachweiserbringung aufzulösen. In diesem Fall erfolgt eine Rückabwicklung unter Anwendung von Abschnitt B) Punkt V.3. AB-ÖKO.

5. Biogas

- 5.1 Ökostromerzeuger, die Betreiber von Anlagen sind, die zur Erzeugung von Ökostrom Gas aus dem Gasnetz beziehen, welches an anderer Stelle in das Gasnetz als Gas aus Biomasse eingespeist wurde, haben dies laufend zu dokumentieren. Ebenso haben Betreiber von Biogasanlagen, die Biomethan in das Erdgasnetz einspeisen, die Einspeisung laufend zu dokumentieren. Die Dokumentation der eingespeisten Biomethanmengen erfolgt durch das Biomethanregister des Bilanzgruppenkoordinators (www.biomethanregister.at). Sowohl die Biomethan einspeisenden Anlagen als auch die Verstromungsanlage müssen sich bei diesem Register registrieren. Die monatlichen Einspeisemengen werden auf dem Konto des Biomethaneinspeisers verbucht. Dieser kann die Mengen im Register an Verstromungsanlagen übertragen. Bis Ende Februar des Folgejahres müssen die Biomethanmengen der einspeisenden Anlage durch einen Gutachter gemäß den Bedingungen des Biomethanregisters geprüft werden. Bis zum 31. März des Folgejahres muss die Biomethan verstromende Anlage den Anteil des eingesetzten Biomethans sowie den Brennstoffnutzungsgrad durch ein Gutachten nachweisen. Zum Nachweis der Biomethanmengen sind nur geprüfte Nachweise aus dem jeweiligen Jahr sowie aus dem Vorjahr zulässig. Diese müssen sich auf dem Konto der nachweisenden Biomethanverstromungsanlage befinden und werden nach Prüfung auf das Konto der Ökostromabwicklungsstelle überwiesen und von dieser dann stillgelegt.
- 5.2 Die Anlagenbetreiber von Anlagen im Sinne dieses Absatzes mit einer elektrischen Engpassleistung von über 1 MW müssen vorab tägliche Fahrplanmeldungen an die Ökostromabwicklungsstelle übermitteln. Werden diese nicht eingehalten müssen die Kosten der Prognoseabweichung vom Anlagenbetreiber getragen werden.

IV. Organisatorische Bestimmungen für die Ökobilanzgruppe

1. Mitgliedschaft zur Öko-Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle

- 1.1 Die Ökostromabwicklungsstelle führt eine Öko-Bilanzgruppe für die Regelzone APG. Mit dem Inkrafttreten des zwischen dem Ökostromerzeuger und der Ökostromabwicklungsstelle abzuschließenden Vertrages über die Abnahme und die Vergütung von Ökostrom wird die Mitgliedschaft des Ökostromerzeugers mit der betreffenden Ökostromanlage zur Öko-Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle begründet. Eine Zuweisung von Ökostromanlagen zur Öko-Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle durch den Netzbetreiber gemäß den anwendbaren Marktregeln setzt zwingend den gültigen Vertragsabschluss zwischen dem Ökostromerzeuger und der Ökostromabwicklungsstelle voraus und ist vor diesem Zeitpunkt unzulässig.
- 1.2 Die Mitgliedschaft zur Öko-Bilanzgruppe besteht grundsätzlich auf Bestandsdauer des zwischen dem Ökostromerzeuger und der Ökostromabwicklungsstelle auf die gesetzliche Förderdauer abzuschließenden Vertrags über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom. Nach Ablauf des Vertrags hat der Ökostromerzeuger rechtzeitig und eigenverantwortlich für eine Zuordnung seiner Ökostromerzeugungsanlage in eine neue Bilanzgruppe zu sorgen.
- 1.3 Für eine Zuweisung und/oder einen Wechsel in die Bilanzgruppe(n) der Ökostromabwicklungsstelle ist die Wechselverordnung 2014, BGBl. II Nr. 167/2014, nicht anwendbar, weil diese Verordnung die Besonderheiten der Zuweisung und/oder des Wechsels von Erzeugungsanlagen nicht erfasst. Dennoch werden die Zuweisung und/oder der Wechsel von Ökostromanlagen technisch über bestimmte Prozesse der Wechselplattform abgewickelt, um den

Marktteilnehmern auf deren Risiko die Kommunikation über eine Schnittstelle zu ermöglichen. Die Zuweisung/der Wechsel von Ökostromanlagen erfolgt daher gemäß den nachstehenden Bestimmungen und in sinngemäßer Anwendung der in Anhang ./6 abgebildeten Prozesse. Die Ökostromabwicklungsstelle ist bei Verzögerungen und/oder Scheitern der Zuweisung/des Wechsel, insbesondere weil die Abläufe des Anhangs ./6 nicht eingehalten werden, nicht verantwortlich.

- 1.4 Wird eine Erzeugungsanlage erstmalig in Betrieb genommen, so erfolgt die Zuweisung zu einer Ökobilanzgruppe durch den jeweils zuständigen Netzbetreiber auf Veranlassung des Ökostromerzeugers. Von der Zuweisung zu einer Ökobilanzgruppe selbst ist die Meldung der Inbetriebnahme an die Ökostromabwicklungsstelle zu unterscheiden, welche für sich zu keiner Zuweisung zu einer Ökobilanzgruppe führt. Die Inbetriebnahmemeldung erfolgt durch den jeweils zuständigen Netzbetreiber.
- 1.5 Wechselt eine bestehende Ökostromanlage aus einer anderen Bilanzgruppe in eine Ökobilanzgruppe, so kann dieser Wechsel nur mehr mittels Bevollmächtigung der Ökostromabwicklungsstelle durch den Ökostromerzeuger durchgeführt werden. Hierzu hat der Ökostromerzeuger der Ökostromabwicklungsstelle zunächst alle wechselrelevanten Daten samt der Vollmacht (Anhang ./7), unter Nennung des beabsichtigten Wechselzeitpunkts postalisch oder per E-Mail unter kundenservice@oem-ag.at zu übermitteln. Der Wechsel wird dann entsprechend den prozesstechnischen Vorgaben und Fristen zum frühestmöglichen Zeitpunkt vollzogen, ohne dass ein bestimmter Wechselstichtag zugesagt werden kann. Der Ökostromerzeuger ist für die zeitgerechte Auflösung/Kündigung seiner bis dahin bestehenden Stromlieferverträge und der Beendigung der Mitgliedschaft in der bisherigen Bilanzgruppe ausschließlich selbst verantwortlich. Die Ökostromabwicklungsstelle setzt diesbezüglich keine – wie immer gearteten – Schritte zur Prüfung bzw. Beendigung und/oder Änderung und trifft diesbezüglich auch keinerlei Verantwortung. Der Wechsel ist von der Ökostromabwicklungsstelle über Wunsch des Ökostromerzeugers daher auch dann zu veranlassen, wenn der Vorlieferant den Wechsel mit Verweis auf bestehende Lieferverträge beeinsprucht.

2. Bilanzgruppenspezifische Aufgaben der Ökostromabwicklungsstelle

- 2.1 Die Ökostromabwicklungsstelle ist verpflichtet, die Aufgaben und Pflichten, die sie nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, den Sonstigen Marktregeln und den TOR – soweit anwendbar – treffen, sowie ihre Aufgaben und Pflichten aus den Vertragsverhältnissen zum BKO, den Netzbetreibern und anderen Marktteilnehmern zu erfüllen.
- 2.2 Die Erstellung und Übermittlung von erforderlichen Fahrplänen erfolgt entsprechend den Vorgaben der Marktregeln.
- 2.3 Soweit die Ökostromabwicklungsstelle in Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten die Mitglieder der Ökostrombilanzgruppe nach außen vertritt, handelt sie als mittelbarer (indirekter) Stellvertreter der Bilanzgruppenmitglieder, soweit nicht im Einzelfall unmittelbare (direkte) Stellvertretung vereinbart wird.

3. Bilanzgruppenspezifische Pflichten aller Ökostromerzeuger

- 3.1 Der Ökostromerzeuger hat bei der Erfüllung der der Ökostromabwicklungsstelle obliegenden Aufgaben und Pflichten nach Kräften mitzuwirken.
- 3.2 Die Mitwirkungspflichten bestehen in der:
 - (a) Datenbekanntgabe zur Unterstützung der Erstellung der Prognose der Ökostromabwicklungsstelle;
 - (b) Mitwirkung bei sämtlichen sonstigen erforderlichen Maßnahmen zur Minimierung des Ausgleichsenergiebedarfes der Ökobilanzgruppe;
 - (c) Bekanntgabe allfälliger Abweichungen der im Erzeugungsfahrplan angeführten Prognosewerte;

- (d) unentgeltliche Gestattung und Kostentragung der Online-Messung der in das öffentliche Netz eingespeisten Arbeit und/oder Leistung und der Weiterleitung der Messdaten an die Ökostromabwicklungsstelle durch den NB, wobei Messdaten der gemessenen Ökostromanlagen (insbesondere Anlagen deren Engpassleistung 1 MW übersteigt und Windkraftanlagen) in 1/4-Stundenzeitreihen für den vorangegangenen Tag zu übermitteln sind;
 - (e) unentgeltliche Gestattung der Online-Messung von Arbeit und/oder Leistung aus der Anlage bzw. aus Teilen der Anlage und der Weiterleitung der Messdaten an die Ökostromabwicklungsstelle bzw. an die von dieser bekanntgegebene Dritte über Aufforderung der Ökostromabwicklungsstelle. Die Kosten für Installation, Betrieb und allfällige Deinstallation derartiger im Eigentum der Ökostromabwicklungsstelle verbleibenden Messvorrichtungen werden von der Ökostromabwicklungsstelle getragen;
 - (f) Gestattung einer kurzfristigen und mit dem Regelzonenführer abzustimmenden Reduktion oder Unterbrechung der Einspeisung zum Zwecke der Minimierung der Aufwendungen für Ausgleichsenergie (Ferngesteuerte Regelbarkeit), wobei eine solche Reduktion oder Unterbrechung einer Abgabe in das öffentliche Netz gemäß § 18 Abs 1 ÖSG 2012 gleichzuhalten ist;
 - (g) Bekanntgabe und Zurverfügungstellung aller sonstigen für den Umfang und die Abwicklung der Abnahme des Ökostroms relevanten Informationen und Daten, wie insbesondere z.B. auch Nachweise zur Herkunft der eingesetzten Brennstoffe gemäß Abschnitt B) Punkt III. 4., an die Ökostromabwicklungsstelle;
 - (h) Bekanntgabe des exakten Zeitpunkts (Datum, Uhrzeit) der Inbetriebnahme (bei einer Neuanlage und einer Erweiterung) und des Beginns und des geschätzten Umfangs der Einspeisung elektrischer Energie in das öffentliche Netz und sämtliche Änderungen dieser Daten und Umstände;
 - (i) vollständigen, richtigen und rechtzeitigen Bekanntgabe aller erforderlichen Daten an die Ökostromabwicklungsstelle zur Durchführung des Wechsellprozesses gemäß den Sonstigen Marktregeln.
- 3.3 Ökostromanlagenbetreiber, die ihren Mitwirkungspflichten gemäß Punkt 3.2 (insbesondere zur Meldung von Stillstandszeiten, von Erzeugungsfahrplänen bzw. der für die Erstellung der Erzeugungsfahrpläne relevanten Daten) nach zweimaliger Aufforderung (letzte Aufforderung erfolgt schriftlich) nicht oder nicht vollständig erfüllen, haften der Ökostromabwicklungsstelle für den dadurch verursachten Schaden, der wie folgt zu berechnen ist:

Höhe der für die jeweilige Technologie (zB Windkraft) für das vorangehende Kalenderjahr von der Energie-Control Austria bestimmten Ausgleichsenergiekosten multipliziert mit der zurechenbaren Prognosedifferenz. Die zurechenbare Prognosedifferenz ist die elektrische Arbeit, die dem Anteil der für die betroffene Ökostromanlage in der Gesamtprognose enthaltenen Erzeugung im Verhältnis zur Gesamtprognose für den Zeitraum der Verletzung der Mitwirkungspflichten entspricht.

Die Geltendmachung von darüber hinaus gehenden Schäden durch die Ökostromabwicklungsstelle bleibt davon unberührt.

- 3.4 Ökostromerzeuger sind berechtigt, sich zur Erfüllung dieser Mitwirkungspflichten auch Dritter, insbesondere der NB, in deren Netz die von ihm betriebene(n) Anlage(n) einspeist(en), zu bedienen. Der Ökostromerzeuger erteilt seine ausdrückliche Zustimmung und weist seine(n) Netzbetreiber an, die Messergebnisse (bei Lastprofilzählermessung zumindest monatlich; ansonsten zumindest einmal jährlich) unentgeltlich an die Ökostromabwicklungsstelle zu übermitteln (§ 81 Abs 4 EIWOG 2010).

V. Abnahme und Vergütung von Ökostrom

1. Grundsätze der Vergütung von Ökostrom

- 1.1 Die Ökostromabwicklungsstelle wird den Ökostromerzeugern gemäß den anzuwendenden

behördlichen und gesetzlichen Vorgaben und den Bestimmungen der AB-ÖKO den in das öffentliche Netz abgegebenen Ökostrom der Ökostromerzeuger zu den behördlich verordneten Vergütungen abnehmen.

- 1.2 Für die Auszahlung der Vergütung ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, den Ökostromerzeugern entsprechende Gutschriften zu erteilen und wie folgt zwischen Ökostromerzeugern mit Lastprofilzählern und Ökostromerzeugern mit standardisierten Lastprofilen zu unterscheiden:
- (a) Verrechnungsgrundlage der Vergütung bei Ökostromerzeugern mit Lastprofilzählern sind grundsätzlich die vom jeweiligen Netzbetreiber der Ökostromabwicklungsstelle gemäß den geltenden Marktregeln zumindest monatlich je Ökostromanlage zu übermittelnden Zählwerte in der Form von 1/4- Stunden-Zeitreihen.
 - (b) Bei Ökostromerzeugern mit Lastprofilzählern (oder intelligenten Messgeräten) können die vom Netzbetreiber für virtuelle Zählpunkte übermittelten Zählwerte in der Form von 1/4-Stunden-Zeitreihen als Verrechnungsgrundlage herangezogen werden, sofern die Zählwerte auf den jeweils tatsächlich vor Ort gemessenen Lastgängen (geeichte Messeinrichtungen) basieren und es sich um eine Volleinspeisung handelt. Erfolgt an einem realen Einlieferzählpunkt die Ökostromerzeugung auf Basis unterschiedlicher erneuerbarer Energieträger (z.B. Kleinwasserkraft kombiniert mit Photovoltaik) sind virtuelle Zählpunkte zumindest pro Energieträger zwingend erforderlich. Im Falle der Überschusseinspeisung sind virtuelle Zählpunkte ausgeschlossen. Erfolgt die Datenerfassung und –abwicklung sowie Ermittlung der tatsächlichen Lastgänge für die virtuellen Zählpunkte nicht ausschließlich durch den Netzbetreiber, ist ein unabhängiges, zertifiziertes Dienstleistungsunternehmen auf Kosten des Anlagenbetreibers zu beauftragen. Darüber hinaus sind zu Kontrollzwecken die vom Dienstleistungsunternehmen an den Netzbetreiber zu übermittelnden Daten, sowie auch die gemessenen Lastgänge, für sämtliche virtuelle Zählpunkte, die einem realen Einlieferzählpunkt zuzuordnen sind, ebenfalls der Ökostromabwicklungsstelle zu senden. Im Falle der Beauftragung eines Messdienstleisters wird der Ökostromabwicklungsstelle bei einer fehlerhaften oder ausbleibenden Datenübertragung seitens des Messdienstleisters die Möglichkeit eingeräumt, eine Nachverrechnung beim Bilanzgruppenkoordinator auf Kosten des Anlagenbetreibers anzufordern. Auf Basis dieser Bestimmung wird die gesonderte Abrechnung pro virtuellem Zählpunkt (z.B. unterschiedliche Tarife) ermöglicht.
 - (c) Bei Ökostromerzeugern mit standardisierten Lastprofilen sind die Verrechnungsgrundlagen die vom Netzbetreiber der Ökostromabwicklungsstelle je Ökostromanlage bekannt gegebenen Jahresenergie-/Einspeisemengen, sowie das zugewiesene Lastprofil, wobei hier die zwischenzeitige Verrechnung mittels anteiliger Akontozahlung auf Basis der vom Netzbetreiber bekannt gegebenen Vorjahreseinspeisedaten bzw. Prognosewerte erfolgt. Wenn die anteilige Akontozahlung einen Betrag von € 1.000,00 pro Monat übersteigt, ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, den Ökostromerzeuger aufzufordern, entweder eine monatliche Ablesung durch den Netzbetreiber vornehmen zu lassen oder einen Lastprofilzähler installieren zu lassen. In den Fällen, in welchen der Netzbetreiber trotz standardisiertem Lastprofil monatlich Ablesungen vornimmt und diese Daten der Ökostromabwicklung übermittelt, erfolgt die Abrechnung sofort nach Maßgabe der von den Netzbetreibern übermittelten Werte. Eine Akontierung erfolgt diesfalls nicht.
 - (d) In Fällen, wo zwischenzeitig eine Verrechnung mittels Akontozahlung erfolgt (lit c), gleicht die Ökostromabwicklungsstelle nach Vorliegen der jeweiligen anlagenbezogenen Messwerte bzw. der Werte bei Jahresablesung einen allfälligen Überschuss oder eine allfällige Unterdeckung zum nächsten Zahlungstermin mittels Aufrechnung oder zusätzlicher Erstattung aus.
 - (e) In den Fällen, in welchen der Ökostromabwicklungsstelle die monatlichen gemessenen anlagenbezogenen Daten vom Netzbetreiber zur Verrechnung übermittelt werden und diese Daten nicht plausibel sind oder vom Netzbetreiber nicht gemäß der geltenden Marktregeln rechtzeitig und/oder ordnungsgemäß übermittelt werden, wird die Ökostromabwicklungsstelle binnen 30 (dreißig) Tagen ab dem Zeitpunkt, zu welchem die ordnungsgemäße Übermittlung der Daten durch den Netzbetreiber hätte erfolgen müssen,

eine Abklärung der Datenlage mit dem Netzbetreiber und dem betroffenen Ökostromerzeuger vornehmen, um die tatsächlichen Einspeisewerte zu übermitteln. Auf Grundlage dieses Ermittlungsergebnisses wird dann die Ökostromabwicklungsstelle die sich daraus ergebenden Konsequenzen ziehen und gegebenenfalls ohne weitere Verzögerung die Vergütung veranlassen.

- 1.3 Die Ökostromabwicklungsstelle ist zudem berechtigt, allfällige Gutschriftbeträge mit allfälligen Rückzahlungsbeträgen zu saldieren. Sollte daher insbesondere der Ökostromerzeuger zugleich Stromhändler und/oder Netzbetreiber sein (Personenidentität), so ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, wechselseitige Forderungen (Zahlungsverpflichtungen) zu saldieren und schuldbefreiend gegen die Vergütung des abgenommenen Ökostroms aufzurechnen. Diese Bestimmung begründet beispielsweise bei einer Unterlassung einer Mahnung durch die Ökostromabwicklungsstelle jedoch keinen – wie immer gearteten – Verzicht auf die Mitwirkungsrechte des Ökostromerzeugers.
- 1.4. Die Zession von Forderungen der Ökostromanlagenbetreiber kann nur für die gesamte Ökostromanlage erfolgen. Im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeit der Zession oder von Rechtsnachfolgen kann es zu einer Verschiebung der Zahlungstermine kommen.

2. Zahlungstermine

- 2.1 Unbeschadet der vorstehenden Bedingungen werden als Gutschrifterteilungstermine für die Entrichtung der Vergütungen grundsätzlich der jeweilig Monatsletzte für die eingespeisten Mengen des Vormonats bestimmt (z.B. 31.03.2019 für die Mengen im Februar 2019).
- 2.2 Bei Ökostromerzeugern, bei welchen die zu entrichtenden Vergütungen pro Abrechnungsjahr nicht € 240,00 (exklusive Umsatzsteuer) übersteigen sowie bei der Kontrahierung von Photovoltaikanlagen mit standardisierten Lastprofilen außerhalb des § 12 ÖSG 2012, ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, nur einmal jährlich nach Übermittlung der tatsächlichen Einspeisewerte durch den Netzbetreiber zum Monatsletzten des darauf folgenden Monats zu vergüten.

3. Rückabwicklung und Sicherstellung

- 3.1 Wenn der Ökostromerzeuger die rechtlichen Bedingungen für die Abnahme und die Vergütung von, in die Öko-Bilanzgruppe übernommener, elektrischer Energie nicht oder nicht mehr erfüllt oder der Ökostromerzeuger nicht sonstige Rechtsbedingungen für die Abnahme erfüllt, gilt der allenfalls mit dem Ökostromerzeuger abgeschlossene Vertrag über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom als aufgelöst, ohne dass es hierfür einer gesonderten Erklärung der Ökostromabwicklungsstelle bedarf. Der Ökostromerzeuger hat die Ökostromabwicklungsstelle über diesbezüglich relevante Änderungen der Umstände ohne jede Verzögerung zu informieren.
- 3.2 Die systemtechnische Zuordnung der betroffenen Erzeugungsanlagen nach den Sonstigen Marktregeln wird durch diese Vertragsauflösung nicht rückwirkend beseitigt; hierfür ist der in den Sonstigen Marktregeln vorgesehene Wechsel- oder Abmeldeprozess einzuhalten.
- 3.3 Diesfalls erfolgt die Vergütung von, in die Öko-Bilanzgruppe übernommener, elektrischer Energie aus der betroffenen Anlage zum – im Zeitraum der Abnahme – jeweils gültigen Marktpreis gemäß § 41 Abs 1 ÖSG 2012 abzüglich des aliquoten Anteils der Ausgleichsenergiekosten sofern dieser unter dem zuvor ausbezahlten Tarif liegt.
- 3.4 Sollte der Ökostromerzeuger (Anlagenbetreiber) in einem solchen Fall bereits Einspeisetarife erhalten haben, so hat er den Differenzbetrag zum – für den Zeitraum der Abnahme – jeweils gültigen Marktpreis gemäß § 41 Abs 1 ÖSG 2012 (ehemals § 20 ÖSG 2002) zu bezahlen. Darüber hinaus hat er den aliquoten Anteil der Ausgleichsenergiekosten und den aliquoten Anteil an den mit der Erfüllung der Aufgaben der Ökostromabwicklungsstelle verbundenen administrativen und finanziellen Aufwendungen zu bezahlen. Der Gesamtbetrag zuzüglich der gesetzlichen Zinsen im Sinn des § 1000 Abs 1 ABGB aus diesem Gesamtbetrag ab dem Tag des Erhalts der jeweiligen

Tarifauszahlung ist binnen 10 (zehn) Werktagen ab Wegfall der Fördervoraussetzungen einlangend auf ein von der Ökostromabwicklungsstelle zu diesem Zweck bekannt zu gebendes Bankkonto spesenfrei zur Anweisung zu bringen.

- 3.5 Sollten sich die durch den Ökostromerzeuger (Anlagenbetreiber) bekannt gegebenen Umsatzsteuerprozentsätze nachträglich ändern (z.B. nach Feststellung durch die Steuerbehörde), so kann von der Ökostromabwicklungsstelle für Aufrollungen, die einen Zeitraum von 6 (sechs) Kalendermonaten überschreiten, ein angemessenes Entgelt verrechnet werden. Dies gilt sinngemäß, wenn sich die Verpflichtung zur Abführung der Umsatzsteuer zwischen Ökostromerzeuger und Ökostromabwicklungsstelle aufgrund von gerichtlichen und/oder behördlichen Entscheidungen verschiebt und hinsichtlich dieses Zeitraums eine Aufrollung aus anderen Gründen notwendig wird, die der Ökostromerzeuger zu vertreten hat, wie etwa aus der Überschreitung der vertraglich vereinbarten Leistung resultierend.
- 3.6 Zur Sicherstellung sämtlicher allenfalls auftretender (Rück-)Zahlungsverpflichtungen der Ökostromerzeuger (Anlagenbetreiber) ist die Ökostromabwicklungsstelle in begründeten Fällen, die eine (Rück-)Zahlungsverpflichtung als wahrscheinlich erkennen lassen, berechtigt, vor Erteilungen der Gutschriften, von den Ökostromerzeugern (Anlagenbetreibern) Sicherheiten zu fordern.
- 3.7 Zu diesem Zweck wird die Ökostromabwicklungsstelle den vom Sicherstellungserfordernis betroffenen Ökostromerzeugern (Anlagenbetreibern) zum jeweiligen Zahlungstermin den jeweiligen sicherzustellenden Betrag bekannt geben. Der Ökostromerzeuger (Anlagenbetreiber) hat daraufhin ohne Verzögerung die geforderte Sicherheit zu legen. Nach Erhalt der Sicherheit im obigen Sinn erfolgt dann die Gutschrifterteilung durch die Ökostromabwicklungsstelle.
- 3.8 Die zu stellenden Sicherheiten sind durch folgende Arten von Sicherheiten erfüllbar:
 - (a) Unbefristete, abstrakte und nicht-akzessorische Bankgarantie eines von einer internationalen Ratingfirma eingestuften Kreditinstitutes aus dem EWR-Raum oder der Schweiz, die auf die Ökostromabwicklungsstelle zu lauten hat und bei dieser oder einem von ihren Beauftragten zu hinterlegen ist. Die Ökostromabwicklungsstelle behält sich vor, Garantien von Banken abzulehnen, die nicht von einer internationalen Ratingfirma eingestuft worden sind.
 - (b) Hinterlegung von Euro-Geldeinlagen: Sicherheiten sind auf gesperrten Konten zu halten, die zugunsten der Ökostromabwicklungsstelle oder ihrer Beauftragten verpfändet sind. Eine Hinterlegung der Sicherheiten ist dann erfolgt, wenn die Ökostromabwicklungsstelle oder der von ihr Beauftragte vom Kontoführer einen entsprechenden Kontoauszug erhalten hat.
 - (c) Garantieerklärung eines Konzernunternehmens, dessen Bonität im Einzelfall von der Ökostromabwicklungsstelle oder von ihren Beauftragten beurteilt wird, für ein anderes Unternehmen des Konzerns. Eine derartige Garantieerklärung hat gleichwertig mit den unter lit (a) angeführten Bankgarantien zu sein. Dies gilt sinngemäß auch für Garantieerklärungen einer Gemeinde für eine eigenständige juristische Person, die von der Gemeinde kontrolliert wird.
- 3.9 Werden der Ökostromabwicklungsstelle Umstände bekannt, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche rechtfertigen, so ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten innerhalb von 10 (zehn) Werktagen zu verlangen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ökostromerzeugers nachträglich verändert haben oder sich zu verändern drohen, oder sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtern haben oder sich zu verschlechtern drohen. Diese Bestimmung gilt auch dann, wenn bei Entstehen der Ansprüche der Ökostromabwicklungsstelle die Bestellung von Sicherheiten noch nicht vorgenommen wurde.
- 3.10 Der Zugriff der Ökostromabwicklungsstelle auf die zu stellenden Sicherheiten hat uneingeschränkt und jederzeit unmittelbar möglich zu sein.
- 3.11 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, die zu stellenden Sicherheiten zur Gänze oder teilweise zu verwerten, wenn der Ökostromerzeuger seiner Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle trotz schriftlicher Mahnung und Setzung einer Nachfrist von 5

(fünf) Werktagen nicht erfüllt. In diesem Fall ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, die gestellte Sicherheit auf jede geeignete Art – unter Umständen auch exekutiv – zu verwerten und/oder gerichtlich oder außergerichtlich versteigern zu lassen.

- 3.12 Für den Fall der Inanspruchnahme der von einem Ökostromerzeuger gestellten Sicherheiten, ist der Ökostromerzeuger verpflichtet, die Sicherheiten innerhalb von 10 (zehn) Werktagen wieder auf die vereinbarte Höhe aufzufüllen.
- 3.13 Die Freigabe der Sicherheiten erfolgt nach Beendigung des Vertrags der Ökostromabwicklungsstelle zum Ökostromerzeuger nach der völligen Abwicklung des Vertragsverhältnisses und der gänzlichen Erfüllung sämtlicher aufgelaufener Zahlungsverpflichtungen durch den Ökostromerzeuger.

4. Aliquote Kürzung

- 4.1 Kann mit den verfügbaren Finanzmitteln der Ökostromabwicklungsstelle nicht das Auslangen für die laufende Kontrahierung von Ökostrom aus jenen Anlagen gefunden werden, mit denen ein aufrechter Vertrag über die Kontrahierung von Ökostrom besteht, hat die Ökostromabwicklungsstelle die Vergütung von Ökostrom aliquot zu kürzen. In diesem Fall hat eine unverzügliche Nachzahlung durch die Ökostromabwicklungsstelle zu erfolgen, sobald die Ökostromabwicklungsstelle wieder über ausreichend Mittel verfügt. Die Ökostromabwicklungsstelle ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten verpflichtet, alle Maßnahmen zur Beschaffung der erforderlichen Finanzmittel zu ergreifen.

VI. Sonstiges

1. Vertragsdauer

- 1.1 Der Ökostromerzeuger kann den Vertrag mit der Ökostromabwicklungsstelle unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist, jeweils zum Letzten eines Kalendermonats kündigen. Bei Kündigung des Vertrags vor Ablauf eines 12 (zwölf) Kalendermonate dauernden Zeitraums erfolgt eine Rückabwicklung unter sinngemäßer Anwendung von Abschnitt B) V.3. der AB-ÖKO. Die Ökostromabwicklungsstelle ist diesfalls nur dann zu einer finanziellen Rückabwicklung verpflichtet, wenn die Vergütungssumme zu den erhaltenen Einspeisetarifen der betroffenen Ökostromanlage die Vergütungssumme zum Marktpreis im Sinn von § 41 ÖSG 2012 übersteigt.
- 1.2 Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund für beide Teile bleibt davon unberührt. Als wichtiger Grund gilt in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Nichtabnahme und/oder -bezahlung der von der Ökostromabwicklungsstelle einem Stromhändler zugewiesenen Ökostrommenge, sofern dieser Stromhändler zugleich als Ökostromerzeuger Mitglied in der Öko-Bilanzgruppe ist (Personenidentität).
- 1.3 Unbeschadet der sonstigen Möglichkeiten der Auflösung eines Vertrages enden sämtliche Verträge nach Maßgabe der anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen, ohne dass es hierfür einer gesonderten Auflösungserklärung bedarf. Es kommen für die Vertragsdauer und -beendigung die jeweils geltenden zwingenden gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung.

2. Solidarberechtigung und Solidarhaftung mehrerer Ökostromerzeuger

- 2.1 Für den Fall, dass der Vertrag über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom mit mehreren Ökostromerzeugern abgeschlossen wird oder dass mehrere Ökostromerzeuger die Ökostromanlage(n) – in welcher Rechtsform auch immer – gemeinschaftlich (wie auch gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen iSd § 16a EIWOG 2010) betreiben, werden die Ökostromerzeuger aus Verträgen, die auf Grundlage der AB-ÖKO abgeschlossen werden, im Sinn des § 891 ABGB solidarisch berechtigt und verpflichtet. Dies gilt im Besonderen für die Vergütung von Ökostrom durch die Ökostromabwicklungsstelle. Die Leistung der Vergütung auch nur an einen der Ökostromerzeuger ist daher für die Ökostromabwicklungsstelle schuldbefreiend.

**C) Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung
Ökostromabwicklungsstelle – Stromerzeuger
für Vertragsabschlüsse nach dem EEffG**

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Anwendungsbereich von Abschnitt C) der AB-ÖKO; Vertrag

- 1.1 Der nachstehende Abschnitt C) der AB-ÖKO gilt - sofern nichts anderes vorgesehen ist - für die Rechtsbeziehung der Ökostromabwicklungsstelle zu Stromerzeugern, die einen Antrag auf Vertragsabschluss über die Abnahme und die Vergütung gemäß § 19 EEffG von in (der) hocheffizienten KWK-Anlage(n) des Erzeugers erzeugtem und in das öffentliche Netz abgegebenen Strom mit der Ökostromabwicklungsstelle stellen.
- 1.2 Dieser Vertrag über die Vergütung von in (der) hocheffizienten KWK-Anlage(n) erzeugtem und in das öffentliche Netz abgegebenen Strom, zwischen Stromerzeuger und der Ökostromabwicklungsstelle kommt über Antrag (Anbot) des Stromerzeugers auf Grundlage der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und dieser AB-ÖKO zustande; insbesondere ist Abschnitt A) der AB-ÖKO unbeschränkt anwendbar, Abschnitt B) der AB-ÖKO gilt sinngemäß.
- 1.1 Für die Kontrahierung zu Marktpreisen gelten die anzuwendenden gesetzlichen Vorgaben.

II. Besondere Nachweis- und Mitwirkungspflichten der Stromerzeuger

In den nachstehenden Bestimmungen sind – ergänzend zur sinngemäßen Anwendung von Abschnitt B) – einzelne Nachweis- und Mitwirkungspflichten angeführt. Die Verletzung dieser Nachweis- und Mitwirkungspflichten und/oder unvollständige und/oder nicht wahrheitsgemäße Angaben der Stromerzeuger führt zunächst zu einer Nichtbehandlung allfälliger Anträge auf Vertragsabschluss, in der laufenden Abwicklung zu einem unverzinsten Stopp weiterer Zahlungen (Gutschriften) der Ökostromabwicklungsstelle bis zur Behebung des Mangels und bei wiederholtem Verstoß und/oder Nichtbehebung des Mangels zur Auflösung des Vertrags.

1. Effizienzkriterium gemäß § 8 Abs 2 KWK-Gesetz

- 1.1 Bei hocheffizienten KWK-Anlagen mit einer elektrischen Engpassleistung bis 100 kW besteht die Abnahmepflicht zum Marktpreis nur dann, wenn das Effizienzkriterium gemäß § 8 Abs 2 KWK-Gesetz erfüllt wird.
- 1.2 Die Erreichung des Kriteriums für hocheffiziente KWK-Anlagen ist der Ökostromabwicklungsstelle durch ein Konzept vor Vertragsabschluss der Anlage zu belegen. Das Konzept hat die erforderliche technische Beschreibung zu umfassen und der Ökostromabwicklungsstelle ausreichende Informationen über das Effizienzkriterium zu geben. Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt - unter Berücksichtigung auf den Genehmigungszeitpunkt der jeweiligen Anlage oder des Anlagenteiles - nicht energieeffiziente Nutzungen oder Nutzungsverfahren der abgegebenen Wärme nicht anzurechnen bzw. Mengenobergrenzen für bestimmte Nutzungsarten festzulegen. Die Ökostromabwicklungsstelle ist weiters berechtigt, aus fachlicher Sicht nicht ausreichende Nachweise zurückzuweisen.
- 1.3 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, Nachweise über die Erreichung des Effizienzkriteriums für jedes abgeschlossene Kalenderjahr einzufordern. Wird der Nachweis nicht zeitgerecht erbracht, ist die Ökostromabwicklungsstelle nach Aufforderung berechtigt, die Zahlungen einzustellen bis der Nachweis erbracht wurde. Wird der Nachweis nach zweimaliger Aufforderung (letzte Aufforderung erfolgt schriftlich) nicht erbracht, ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund aufzulösen.

D) Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Bilanzgruppenverantwortlicher

I. Allgemeines

1. Anwendungsbereich von Abschnitt D) der AB-ÖKO; Vertrag

- 1.1 Der nachstehende Abschnitt D) der AB-ÖKO gilt für die Rechtsbeziehung der Ökostromabwicklungsstelle zu BGV.
- 1.2 Die Ökostromabwicklungsstelle und der BGV schließen zur Präzisierung der wechselseitigen Rechte und Pflichten einen Vertrag auf Grundlage der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, den anwendbaren Verordnungen und dieser AB-ÖKO ab.

II. Übernahme des Stroms durch Stromhändler in der/den Bilanzgruppe(n) des BGV

1. Umsetzung der Verpflichtungen der Stromhändler

- 1.1 Die Ökostromabwicklungsstelle hat die erworbenen Strommengen samt den dazugehörigen Herkunftsnachweisen gemäß den geltenden Marktregeln an Stromhändler, soweit sie Endverbraucher im Inland beliefern, zum Abnahmepreis gemäß § 41 Abs 2 ÖSG 2012 sowie dem Preis für Herkunftsnachweise gemäß § 10 Abs 8 und Abs 12 ÖSG 2012 den Stromhändlern täglich zuzuweisen und zu verrechnen. Die Zuweisung erfolgt in Form von Fahrplänen an die jeweilige Bilanzgruppe, in der der Stromhändler Mitglied ist, im Verhältnis der pro Kalendermonat an Endverbraucher in der Regelzone abgegebenen Strommengen. Die Verrechnungsstellen haben die erforderlichen Daten automationsunterstützt zur Verfügung zu stellen. Für den jeweiligen Kalendermonat berechnet sich die Quote nach dem Monat, welcher 3 (drei) Monate zurückliegt. Bei neu eintretenden Stromhändlern wird der Wert des ersten vollen Monats herangezogen.
- 1.2 Die Stromhändler sind verpflichtet, den ihnen zugewiesenen Strom sowie die dazugehörigen Herkunftsnachweise von der Ökostromabwicklungsstelle abzunehmen.
- 1.3 Die Ökostromabwicklungsstelle erstellt daher nach den nachstehenden Bestimmungen Fahrpläne je Bilanzgruppe, in welchen der von den Stromhändlern zu übernehmende Strom angeführt ist, und übermittelt diese Fahrpläne täglich an die BGV. Die BGV haben in zumutbarem Ausmaß sicherzustellen, dass die Stromhändler in den von ihnen geführten Bilanzgruppen den entsprechenden Anteil an abnahmepflichtigem Strom von der Ökostromabwicklungsstelle nach den Vorgaben im Fahrplan übernehmen.

2. Fahrplanerstellung und Abnahmequote der Stromhändler in den Bilanzgruppen

- 2.1 Die Ökostromabwicklungsstelle erstellt und übermittelt für jede Regelzone pro Bilanzgruppe, in welcher Stromhändler Mitglieder sind, die elektrische Energie an Endverbraucher abgeben, gemäß den jeweils geltenden Sonstigen Marktregeln einen Fahrplan an den jeweiligen BGV, in welchem der von den jeweiligen Stromhändlern für den kommenden Tag zu übernehmende Strom angeführt ist.
- 2.2 Die Ökostromabwicklungsstelle wird hierzu in der von ihr geführten Bilanzgruppe nach den geltenden Marktregeln jeweils eigene Lieferantenkennungen für „Kleinwasserkraft“ und „sonstiger Ökostrom“, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann, einrichten, um eine Identifikation der zugewiesenen elektrischen Energie nach diesen Kategorien zu ermöglichen.
- 2.3 Die an die BGV übermittelten Fahrpläne enthalten:
 - (a) die Summe der zwischen der Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle und der

jeweiligen Bilanzgruppe auszutauschenden Energiemenge,

- (b) die Mengen des von den einzelnen Stromhändlern der jeweiligen Bilanzgruppe zu übernehmenden Stroms getrennt nach den Kategorien „Kleinwasserkraft“ und „sonstiger Ökostrom“, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann.

2.4 Die Fahrpläne werden über die jeweiligen BGV gemäß den jeweils geltenden Marktregeln abgewickelt und von den BGV für die Stromhändler übernommen.

3. Monatliche Abnahmequoten der Stromhändler pro Bilanzgruppe

3.1 Grundlage für die Fahrplannerstellung ist zunächst die von der Ökostromabwicklungsstelle monatlich festzulegende Abnahmequote der jeweiligen Stromhändler (Verhältnis der pro Kalendermonat an Endverbraucher in der jeweiligen Regelzone abgegebenen Strommengen pro Stromhändler zur Gesamtabgabemenge). Die Quotenfestlegung für die Stromhändler erfolgt gemäß den Bestimmungen in Abschnitt E) der AB-ÖKO.

3.2 Die nach den Bestimmungen in Abschnitt E) der AB-ÖKO ermittelten Quoten der Stromhändler pro Regelzone werden 5 (fünf) Werktage vor dem Monatsersten des Kalendermonats, für welchen die Quote Gültigkeit hat, von der Ökostromabwicklungsstelle an die BGV übermittelt, deren Bilanzgruppen die jeweiligen Stromhändler zugeordnet sind.

3.3 Änderungen des Verbraucherverhaltens während des Geltungszeitraums der monatlichen Abnahmequote haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf das laufende Monat und die nächsten 2 (zwei) Folgemonate, sondern werden bei der Neuberechnung der Abnahmequoten durch die Ökostromabwicklungsstelle entsprechend den Regelungen in Abschnitt E) der AB-ÖKO berücksichtigt.

3.4 Für den Fall, dass sich während eines laufenden Kalendermonats eine Bilanzgruppe auflöst, die Bilanzgruppe/der BGV und/oder ein Stromhändler ihre/seine Tätigkeit – aus welchem Grund auch immer – einstellt, dem BGV und/oder dem Stromhändler die Konzession entzogen wird und/oder die Rechte und Pflichten des BGV und/oder des Stromhändlers – aus welchem Grund auch immer – im Wege der Einzel- und/oder Gesamtrechtsnachfolge auf einen anderen BGV und/oder Stromhändler übergehen, ist die Ökostromabwicklungsstelle ermächtigt, den in Folge des Entfalls der Zuweisungsmöglichkeit anfallenden Energieüberschuss bestmöglich zu verwerten. Letzteres gilt nur für den Fall, wenn von der Ökostromabwicklungsstelle mit wirtschaftlich zumutbarem Aufwand nicht rechtzeitig festgestellt werden kann, welchem BGV und/oder welchem Stromhändler der Endverbrauch des ursprünglichen BGV/Stromhändlers zugewiesen ist. Die BGV sind in diesen Fällen verpflichtet, der Ökostromabwicklungsstelle alle hierfür notwendigen Informationen unaufgefordert und ohne Verzögerung zur Verfügung zu stellen.

4. Zuweisungsmenge

4.1 Die Menge des täglich abnahmepflichtigen Stroms aller Stromhändler einer Bilanzgruppe ergibt sich pro Regelzone aus der Menge des gesamt in der Regelzone an Stromhändler zuzuweisenden Stroms multipliziert mit den aggregierten Abnahmequoten der Stromhändler in der jeweiligen Bilanzgruppe.

4.2 Die Zuweisung der täglichen Abnahmemenge von Strom an die Stromhändler der Bilanzgruppe(n) des BGV erfolgt in jeder Regelzone durch Übermittlung eines Fahrplans pro Bilanzgruppe an die BGV, in welchem die tägliche Abnahmemenge von Strom der Bilanzgruppe und die tägliche Abnahmemenge von Strom pro Stromhändler dieser Bilanzgruppe angeführt sind. Letztere werden getrennt nach der Kategorie „Kleinwasserkraft“ und nach der Kategorie „sonstiger Ökostrom“ angeführt, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann. Die Ökostromabwicklungsstelle bedient sich zur Fahrplanübermittlung bis auf weiteres der Regelzonenführer als Gehilfen.

4.3 Die Fahrplanübermittlung an die BGV erfolgt gemäß den geltenden Marktregeln per E-Mail oder in

besonderen Ausnahmefällen, wie insbesondere bei Zusammenbruch des E-Mail Systems, per Telefax bis 10:00 Uhr des Vortages. Die Fahrpläne für den zu übernehmenden Strom werden täglich übermittelt. An handelsfreien Tagen kann die tägliche Zuweisung ausgesetzt werden.

- 4.4 Sollte die Ökostromabwicklungsstelle bis 10:15 Uhr den jeweils notwendigen Fahrplan nicht versenden können, wird die Ökostromabwicklungsstelle umgehend mit dem BGV Kontakt aufnehmen, um allenfalls noch eine alternative Übermittlung des Fahrplanes zu vereinbaren. Sehen sich die Ökostromabwicklungsstelle und der BGV außer Stande, eine alternative Übermittlung des Fahrplans zu vereinbaren, so gilt der Fahrplan, der bereits am Vortag als Vorabinformation mit niedrigerer Versionsnummer gemäß Punkt 4.7 übermittelt wurde.
- 4.5 Die BGV sind verpflichtet, an die Stromhändler, welche Mitglieder der Bilanzgruppen der BGV sind, den entsprechenden, im von der Ökostromabwicklungsstelle übermittelten Fahrplan ausgewiesenen, Anteil an abnahmepflichtigem Strom weiterzugeben. Die operative Umsetzung der Weitergabe innerhalb der Bilanzgruppe an Stromhändler obliegt den BGV.
- 4.6 Die Ökostromabwicklungsstelle wird zur Unterstützung einer mittelfristigen Planung der Stromhändler bis spätestens 20. jedes Kalendermonats für den darauf folgenden Kalendermonat eine unverbindliche Prognose für die zuzuweisenden Strommengen je Regelzone den Stromhändlern elektronisch zur Verfügung stellen.
- 4.7 Außerdem übermittelt die Ökostromabwicklungsstelle dem BGV, gemäß den geltenden Marktregeln per E-Mail Fahrpläne auf Basis der aktuell zur Verfügung stehenden Prognosedaten für den übernächsten Tag bzw. vor Wochenenden und Feiertagen bis einschließlich dem nächsten Werktag als Vorabinformation. Die Menge des täglich abnahmepflichtigen Stroms pro Stromhändler ergibt sich aber mit Ausnahme von Störungen gemäß Punkt 4.4 ausschließlich aus den täglich nach den vorstehenden Bestimmungen übermittelten Fahrplänen, welche sich durch höhere Versionsnummern gegenüber den als Vorabinformation übermittelten Fahrplänen unterscheiden.

5. Fahrplanformat

- 5.1 Das Fahrplanformat orientiert sich grundsätzlich am Format der internen Fahrpläne gemäß der jeweils geltenden Sonstigen Marktregeln.
- 5.2 Die Ökostromabwicklungsstelle behält sich vor, erforderlichenfalls die Fahrplanformate an die laufende technische Entwicklung und/oder an die Änderung der Sonstigen Marktregeln anzupassen.

6. Besondere Mitwirkung des BGV bei der Weitergabe von Strom an Stromhändler

- 6.1 Die BGV werden die Ökostromabwicklungsstelle im erforderlichen Ausmaß unterstützen, um sicherzustellen, dass die Stromhändler, die Mitglieder in ihren Bilanzgruppen sind, mit der Ökostromabwicklungsstelle die Vereinbarung (Vertrag) über die Vergütung des über den BGV zugewiesenen Stroms abschließen und der Ökostromabwicklungsstelle die Zahlungen für den abnahmepflichtigen Strom entrichten.

7. Übermittlung von bilanzgruppenspezifischen Daten an die Ökostromabwicklungsstelle

- 7.1 Die BGV sind weiters verpflichtet, die Ökostromabwicklungsstelle von jeder für die Berechnung der Abnahmequote der Bilanzgruppe relevanten Änderung und/oder von jedem für die Berechnung der Abnahmequote der Stromhändler relevanten Vorkommnis innerhalb einer Bilanzgruppe unverzüglich zu informieren. Dies betrifft insbesondere den Fall, dass ein Stromhändler seine Tätigkeit – aus welchem Grund auch immer – einstellt und/oder ein Stromhändler die Bilanzgruppe wechselt und/oder seine Tätigkeit in einer Bilanzgruppe des BGV aufnimmt und/oder die Rechte und Pflichten des Stromhändlers zu den Endverbrauchern im Wege der Einzel- und/oder Gesamtrechtsnachfolger auf einen anderen Stromhändler übergehen.

Weiters sind die BGV verpflichtet der Ökostromabwicklungsstelle alle für die Berechnung der Endenergieverbrauchsmenge auf österreichischem Staatsgebiet erforderlichen Informationen bis zum 1. (ersten) Werktag des Vormonats einer neuen Quotenberechnung zu übermitteln.

- 7.2 Die Gefahr für die Richtigkeit und der rechtzeitigen Übermittlung der Daten und Informationen sowie die Kosten der Datenübermittlung trägt der BGV. Verlorene und/oder verstümmelte Datensätze sind der Ökostromabwicklungsstelle neu zu übermitteln. Die Ökostromabwicklungsstelle ist nicht verpflichtet, eine inhaltliche Überprüfung der übermittelten Daten vorzunehmen.

III. Entfall der Senkenregelung und Möglichkeit zur Deaktivierung von Komponenten

- 1.1 Für den Fall, dass ein BGV beim BKO Fahrpläne für Energielieferungen zwischen ihm und der Ökostromabwicklungsstelle abgibt, haben diese keine Gültigkeit, auch wenn es sich dabei um Fahrpläne der beziehenden Bilanzgruppe (Senke) handelt. Für das Clearing wird der BKO die Fahrpläne der Ökostromabwicklungsstelle heranziehen (Entfall der Senkenregelung). Der BKO wird sicherstellen, dass eine Deaktivierung von Komponenten nur einvernehmlich zwischen dem BGV und der Ökostromabwicklungsstelle vorgenommen werden kann.

E) Besondere Bestimmungen
für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Stromhändler

I. Allgemeines

1. Anwendungsbereich von Abschnitt E) der AB-ÖKO; Vertrag

- 1.1 Der nachstehende Abschnitt E) der AB-ÖKO gilt für die Rechtsbeziehung der Ökostromabwicklungsstelle zu Stromhändlern.
- 1.2 Die Ökostromabwicklungsstelle und Stromhändler schließen zur Präzisierung der wechselseitigen Rechte und Pflichten einen Vertrag auf Grundlage der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, den anwendbaren Verordnungen und dieser AB-ÖKO ab.

2. Allgemeine Beschreibung der Rechte und Pflichten

- 2.1 Die Ökostromabwicklungsstelle hat die erworbenen Mengen an Strom samt den dazugehörigen Herkunftsnachweisen gemäß den geltenden Marktregeln an Stromhändler, soweit sie Endverbraucher im Inland beliefern, zum Abnahmepreis gemäß § 41 Abs 2 ÖSG 2012 sowie dem Preis für Herkunftsnachweise gemäß § 10 Abs 8 und Abs 12 ÖSG 2012 den Stromhändlern täglich zuzuweisen und zu verrechnen. Die Zuweisung erfolgt in Form von Fahrplänen an die jeweilige Bilanzgruppe, in der der Stromhändler Mitglied ist, im Verhältnis der pro Kalendermonat an Endverbraucher in der Regelzone abgegebenen Strommengen. Die Verrechnungsstellen haben die erforderlichen Daten automationsunterstützt zur Verfügung zu stellen. Für den jeweiligen Kalendermonat berechnet sich die Quote nach dem Monat, welcher drei Monate zurückliegt. Bei neu eintretenden Stromhändlern wird der Wert des ersten vollen Monats herangezogen.
- 2.2 Die Stromhändler sind verpflichtet, den ihnen zugewiesenen Strom sowie die dazugehörigen Herkunftsnachweise von der Ökostromabwicklungsstelle abzunehmen.

**II. Zuweisung des Stroms durch die Ökostromabwicklungsstelle
an die Stromhändler**

1. Fahrplanerstellung und Abnahmequote

- 1.1 Die Fahrplanabwicklung erfolgt nach den jeweiligen Marktprozessen und orientiert sich an den jeweils gültigen Sonstigen Marktregeln. Die Ökostromabwicklungsstelle erstellt für jede Regelzone pro Bilanzgruppe, in welcher Stromhändler Mitglieder sind, die elektrische Energie an Endverbraucher abgeben, gemäß den jeweils geltenden Sonstigen Marktregeln einen Fahrplan an den jeweiligen BGV, in welchem der von den jeweiligen Stromhändlern für den kommenden Tag zu übernehmende Strom angeführt ist.
- 1.2 Die Ökostromabwicklungsstelle wird hiezu in der von ihr geführten Bilanzgruppe nach den geltenden Marktregeln jeweils eigene Lieferantenkennungen für „Kleinwasserkraft“ und „sonstigen Ökostrom“, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann, einrichten, um eine Identifikation der zugewiesenen elektrischen Energie nach diesen Kategorien zu ermöglichen.
- 1.3 Die Fahrpläne enthalten:
 - (a) die Summe der zwischen der Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle und der jeweiligen Bilanzgruppe auszutauschenden Energiemenge, sowie
 - (b) die Mengen des von den einzelnen Stromhändlern der jeweiligen Bilanzgruppe zu übernehmenden Stroms getrennt nach den Kategorien „Kleinwasserkraft“ und „sonstiger Ökostrom“, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus

hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann.

- 1.4 Die Fahrpläne, welche über die jeweiligen BGV abzuwickeln sind, werden unter Bedachtnahme auf die Minimierung der Kosten für Ausgleichsenergie erstellt und von den BGV für die Stromhändler übernommen. Die Ökostromabwicklungsstelle wird daher mit Hilfe der BGV, in deren Bilanzgruppe(n) Stromhändler Mitglieder sind, die elektrische Energie an Endverbraucher abgeben, die erforderlichen Fahrpläne je Bilanzgruppe erstellen, in welchen der von den Stromhändlern zu übernehmende Strom angeführt ist. Die BGV werden in diesen Prozess gemäß Abschnitt D) AB-ÖKO organisatorisch eingebunden, um sicherzustellen, dass die Stromhändler den ihrer Abgabe an Endverbraucher entsprechenden Anteil an abnahmepflichtigem Strom von der Ökostromabwicklungsstelle übernehmen. Die Stromhändler sind verpflichtet, diese Zuweisung von Strom über die BGV zu akzeptieren.

2. Monatliche Abnahmequoten der Stromhändler

- 2.1 Grundlage für die Fahrplannerstellung ist zunächst die von der Ökostromabwicklungsstelle monatlich festzulegende Abnahmequote der jeweiligen Stromhändler (Verhältnis der pro Kalendermonat an Endverbraucher in der jeweiligen Regelzone abgegebenen Strommengen pro Stromhändler im Verhältnis zur Gesamtabgabemenge).
- 2.2 Die Quotenfestlegung erfolgt für die Stromhändler gesondert für jede Regelzone, in welcher die Ökostromabwicklungsstelle Bilanzgruppen führt.
- 2.3 Die Grundlage für die Ermittlung der Abnahmequote der Stromhändler pro Regelzone sind die der Ökostromabwicklungsstelle zur Verfügung gestellten Daten der Verrechnungsstellen. Die Ökostromabwicklungsstelle leitet die Daten der Verrechnungsstellen an die Stromhändler und die Bilanzgruppenverantwortlichen zur Überprüfung weiter. Die überprüften und gegebenenfalls richtiggestellten Daten werden für die Berechnung der Abnahmequoten verwendet. Sollte bei der Ökostromabwicklungsstelle keine verbindliche Rückmeldung einlangen, ist diese berechtigt, einen Ersatzwert zu verwenden (z.B. Wert der Verrechnungsstelle oder Schätzwert auf Grundlage vorliegender historischer Werte). Die Stromhändler sind verpflichtet, der Ökostromabwicklungsstelle die erforderlichen Informationen (Daten) in einem von der Ökostromabwicklungsstelle festzulegenden Format zur Quotenermittlung zu übersenden.
- 2.4 Ermittlung der relevanten Verbrauchsmenge:
 - (a) Die für die Berechnung relevante Verbrauchsmenge umfasst die gesamte Verbrauchsmenge eines Stromhändlers, abzüglich der Abgabe an Endverbraucher, die außerhalb des österreichischen Staatsgebiets versorgt werden, zuzüglich der Abgabe an Endverbraucher, die auf österreichischem Staatsgebiet gelegen und an ausländischen Netzen angeschlossen sind abzüglich eines etwaigen Mehrverbrauchs der ÖBB-Infrastruktur AG (ÖBB), welcher aus Durchleitungen über das ÖBB-Netz im Zuge des Engpassmanagements resultiert, sowie abzüglich des Verbrauchs für Pumpspeicherung. Diese Werte werden für jede Regelzone getrennt ermittelt.
 - (b) In der Folge werden die gemäß lit (a) ermittelten Verbrauchswerte je Regelzone zueinander in Verhältnis gesetzt. Diesem Verhältnis entsprechend werden die prognostizierten Strommengen im Sinne des österreichweiten Ausgleichs gemäß § 37 Abs 1 Z 4 ÖSG 2012 aufgeteilt, wodurch sichergestellt ist, dass in jeder Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle prozentuell der gleich hohe Anteil an Strom am Endverbrauch gegeben ist und die Aufbringung der Fördermittel gleichmäßig auf die Bilanzgruppen der Ökostromabwicklungsstelle entsprechend dem Anteil am Endverbrauch der mit der Bilanzgruppe korrespondierenden Regelzone verteilt wird. Mengen, die auf Grund allfälliger Zuschläge der Landeshauptleute gemäß § 30 Abs 4 ÖSG 2002 gefördert werden, werden von der Ökostromabwicklungsstelle in den Ausgleich nicht einbezogen.
 - (c) Die Quoten der Stromhändler pro Regelzone werden dann durch Division des jeweiligen Verbrauchsaggregats des Stromhändlers in der jeweiligen Regelzone mit der gemäß lit (a) und (b) ermittelten Gesamtverbrauchsmenge pro Regelzone festgelegt und zueinander in

Verhältnis gesetzt.

- 2.5 Die Abnahmequoten und die der Quotenermittlung zugrunde liegenden Verbrauchswerte (Endabgabemengen in kWh) werden 5 (fünf) Werktage vor dem Monatsersten des Kalendermonats, für welchen die Quote Gültigkeit hat, von der Ökostromabwicklungsstelle an die Stromhändler und an die zugehörigen BGV übermittelt.
- 2.6 Die Abnahmequote wird auf Basis des 3 (drei) Monate zurückliegenden Verbrauchswertes ermittelt. Dementsprechend haben die Abnahmequoten auch bei Markteintritt oder -austritt sowie bei Änderungen der Abgabemengen einen Zeitverzug von 3 (drei) Monaten.
- 2.7 Wird festgestellt, dass die für die Berechnung der Abnahmequoten verwendeten Daten fehlerhaft waren, kann die Korrektur finanziell oder energiewirtschaftlich (Kompensation) erfolgen.

3. Zuweisungsmenge

- 3.1 Die Menge des täglich abnahmepflichtigen Stroms aller Stromhändler einer Bilanzgruppe ergibt sich pro Regelzone aus der Menge des gesamt in der Regelzone an Stromhändler zuzuweisenden Stroms multipliziert mit den aggregierten Abnahmequoten der Stromhändler in dieser Bilanzgruppe.
- 3.2 Die Zuweisung der täglichen Abnahmemenge von Strom an die Stromhändler der Bilanzgruppe(n) des BGV erfolgt in jeder Regelzone durch Übermittlung eines Fahrplans pro Bilanzgruppe an die BGV. In diesen ist die tägliche Abnahmemenge von Strom der Bilanzgruppe und die tägliche Abnahmemenge von Strom pro Stromhändler dieser Bilanzgruppe getrennt nach den Kategorien „Kleinwasserkraft“ und „sonstiger Ökostrom“ angeführt, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann. Ausschließlich zu Informationszwecken und bei vorhandener technischer Möglichkeit wird die Ökostromabwicklungsstelle die je Stromhändler relevanten Fahrplaninformationen auch an diese ausschließlich elektronisch übermitteln. Die Ökostromabwicklungsstelle bedient sich zur Fahrplanübermittlung bis auf weiteres der Regelzonenführer als Gehilfen.
- 3.3 Die Fahrplanübermittlung an die BGV erfolgt gemäß den geltenden Marktregeln per E-Mail oder in besonderen Ausnahmefällen, wie insbesondere bei Zusammenbruch des E-Mail Systems, per Telefax bis 10:00 Uhr des Vortages. Die Fahrpläne für den zu übernehmenden Strom werden täglich übermittelt. An handelsfreien Tagen kann die tägliche Zuweisung ausgesetzt werden. Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, wahlweise zur Fahrplanabwicklung ergänzend das FTP-Protokoll einzurichten, welches gegebenenfalls durch die Stromhändler zu nutzen ist.
- 3.4 Sollte die Ökostromabwicklungsstelle bis 10:15 Uhr den jeweils notwendigen Fahrplan nicht versenden können, wird die Ökostromabwicklungsstelle umgehend mit dem BGV Kontakt aufnehmen, um allenfalls noch eine alternative Übermittlung des Fahrplanes zu vereinbaren. Sehen sich die Ökostromabwicklungsstelle und der BGV außer Stande, eine alternative Übermittlung des Fahrplans zu vereinbaren, so gilt der Fahrplan des Vortages der bereits am Vortag als Vorabinformation mit niedrigerer Versionsnummer gemäß Punkt 3.7 übermittelt wurde.
- 3.5 Die BGV sind verpflichtet, an die Stromhändler, die Mitglieder der Bilanzgruppen der BGV sind, den entsprechenden, im von der Ökostromabwicklungsstelle übermittelten Fahrplan ausgewiesenen Anteil an abnahmepflichtigem Strom weiterzugeben. Die Umsetzung der Weitergabe innerhalb der Bilanzgruppe an Stromhändler obliegt den BGV.
- 3.6 Die Ökostromabwicklungsstelle wird zur Unterstützung der Planung der Stromhändler Stromhändlern und den BGV bis 20. (zwanzigsten) jedes Kalendermonats für den darauf folgenden Kalendermonat einen unverbindlichen Planwert der zu erwartenden Strommengen je Kategorie (KWKW und sonstiger Ökostrom, wobei die Kategorie sonstiger Ökostrom auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann) zur Verfügung stellen (E-Mail, Homepage, Telefax).
- 3.7 Weiters übermittelt die Ökostromabwicklungsstelle den BGV, gemäß den geltenden Marktregeln

per E-Mail Fahrpläne auf Basis der aktuell zur Verfügung stehenden Prognosedaten für den übernächsten Tag bzw. vor Wochenenden und Feiertagen bis einschließlich dem nächsten Werktag als Vorabinformation. Die Menge des täglich abnahmepflichtigen Stroms pro Stromhändler ergibt sich aber mit Ausnahme von Störungen gemäß Punkt 3.4 ausschließlich aus den täglich nach den vorstehenden Bestimmungen an die BGV übermittelten Fahrplänen, welche sich durch höhere Versionsnummern gegenüber den als Vorabinformation übermittelten Fahrplänen unterscheiden.

4. Fahrplanformat

- 4.1 Das Fahrplanformat orientiert sich grundsätzlich am Format der internen Fahrpläne gemäß der jeweils geltenden Sonstigen Marktregeln.
- 4.2 Die Ökostromabwicklungsstelle behält sich vor, erforderlichenfalls die Fahrplanformate an die laufende technische Entwicklung und/oder an die Änderung der Sonstigen Marktregeln anzupassen.

III. Zuweisung der Herkunftsnachweise

- 1.1 Im Rechtsverhältnis zu den Stromhändlern sind bei der Zuweisung der Herkunftsnachweise die gesetzlichen Vorgaben, wie insbesondere §§ 10, 11 ÖSG 2012, zu beachten.

IV. Zahlungspflichten der Stromhändler

1. Allgemeines

- 1.1 Die Stromhändler haben der Ökostromabwicklungsstelle das Entgelt jedenfalls in Höhe des Abnahmepreises gemäß § 41 Abs 2 ÖSG 2012 für den zugewiesenen Strom und sowie den Preis für die zugewiesenen Herkunftsnachweise gemäß § 10 Abs 8 und Abs 12 ÖSG 2012 monatlich zu entrichten.
- 1.2 Die Rechnungslegung der Ökostromabwicklungsstelle richtet sich nach den Bestimmungen von Punkt A) der AB-ÖKO.
- 1.3 Die Stromhändler haben nach Ablauf eines Kalenderjahres die Möglichkeit, von der Ökostromabwicklungsstelle die Höhe der zugewiesenen Strommengen aus hocheffizienten KWK-Anlagen übermittelt zu bekommen.

V. Sicherheiten der Stromhändler

1. Sicherheitenbestellung

- 1.1 Die Stromhändler sind verpflichtet, zur Sicherung sämtlicher gegenwärtiger und zukünftiger Zahlungsverpflichtungen aus den unter Zugrundelegung der AB-ÖKO abgeschlossenen Verträgen, über Verlangen der Ökostromabwicklungsstelle angemessene Sicherheiten zu stellen. Diese Sicherheiten sichern sämtliche gegenwärtige und zukünftige Zahlungsverpflichtungen der Partner der Ökostromabwicklungsstelle, selbst wenn diese Ansprüche bedingt, befristet und/oder noch nicht fällig sein sollten. Die zu hinterlegenden Sicherheiten müssen eine Laufzeit von mindestens 2 Jahren aufweisen und spätestens 3 Monate vor Ende der Laufzeit verlängert werden. Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, jederzeit eine Neubewertung der Situation jedes Stromhändlers vorzunehmen und erforderlichenfalls jederzeit eine Neubestellung, Reduktion oder Verstärkung von Sicherheiten zu fordern. Über ein begründetes schriftliches Ansuchen (Vorlage von Bilanz und Prognoseunterlagen durch den betroffenen Stromhändler erforderlich) eines Stromhändlers wird die Ökostromabwicklungsstelle jederzeit ebenfalls eine Neubewertung der zu hinterlegenden Sicherheiten vornehmen.
- 1.2 Die Ökostromabwicklungsstelle oder einer von ihr Beauftragten führen nach Maßgabe der

Notwendigkeit regelmäßig Bonitätsprüfungen bei Stromhändlern durch. Zu diesem Zweck sind die Stromhändler verpflichtet, die Jahresabschlüsse der letzten drei Geschäftsjahre ihres Unternehmens bzw. spätestens sechs Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres den jeweils letzten Jahresabschluss und Lagebericht (falls vorhanden) zur laufenden Prüfung nach Aufforderung an die Ökostromabwicklungsstelle oder an einem von ihr Beauftragten zu übermitteln. Sollte dieser noch nicht vorliegen, sind bis zu dessen Vorliegen ersatzweise geeignete Zwischenberichte (Halbjahres- und Quartalsberichte) zu übermitteln.

- 1.3 Die zu stellenden Sicherheiten sind durch folgende Arten von Sicherheiten erfüllbar:
- (a) Abstrakte und nicht-akzessorische Bankgarantie eines Kreditinstitutes mit Sitz in der EU oder der Schweiz, die auf die Ökostromabwicklungsstelle zu lauten hat und bei dieser oder einem von ihr Beauftragten zu hinterlegen ist. Die Ökostromabwicklungsstelle behält sich vor, Sicherheiten von Kreditinstituten abzulehnen, welche Beteiligungen an dem Sicherheiten stellenden Stromhändler halten oder über kein Rating der internationalen Agenturen (Moody's, Fitch, Standard & Poors) verfügen. Relevant ist das Rating für das ausstellende Kreditinstitut selbst und nicht für eine etwaigen Bankengruppe, welcher das ausstellende Kreditinstitut angehört.
 - (b) Verpfändung von Wertpapieren gemäß folgenden Kriterien: Single-List-Wertpapiere („List of eligible marketable assets“) gemäß den Richtlinien der EZB, die zum Handel an der Wiener Wertpapierbörse zugelassen sind. Die Wertpapiere müssen der Liquiditätsklasse L1A gemäß den Richtlinien der EZB entsprechen (<https://mfi-assets.ecb.int/queryEa.htm>). Die Nominalwährung muss auf EUR lauten. Die Restlaufzeit der Wertpapiere muss zu jedem Zeitpunkt während des Hinterlegungszeitraums von mindestens 2 Jahren aufweisen und darf zehn Jahre nicht überschreiten. Eigene Emissionen bzw. Emissionen konzernmäßig verbundener Unternehmen können nicht als Sicherheit hinterlegt werden. Bei einer Sicherheitenbestellung durch Wertpapiere werden 80% des aktuellen Kurswertes auf das Sicherheitenerfordernis angerechnet. Diese Sicherheiten sind auf gesperrten Depots gemäß der Verpfändungserklärung zu halten. Auf den in Depots erliegenden Wertpapieren ist Sicherungseigentum zu Gunsten der Ökostromabwicklungsstelle oder eines von ihr Beauftragten zu begründen. Sämtliche für die ordnungsgemäße Sicherheitenbestellung erforderlichen Publizitätsakte zu Gunsten der Ökostromabwicklungsstelle sind zu setzen. Eine Hinterlegung der Sicherheiten ist dann erfolgt, wenn die Ökostromabwicklungsstelle oder der von ihr Beauftragte vom Depotführer einen entsprechenden Depotauszug erhalten hat.
 - (c) Hinterlegung von Euro-Geldeinlagen: Sicherheiten sind auf gesperrten Konten in der EU zu halten, die zugunsten der Ökostromabwicklungsstelle oder von ihr Beauftragten verpfändet sind und unmittelbar (täglich) verwertbar sind. Das gesamte Einlagenkonto ist zugunsten der Ökostromabwicklungsstelle zu verpfänden. Es ist sicherzustellen, dass die Ökostromabwicklungsstelle oder der von ihr Beauftragte aufgrund einer unwiderruflichen Einzugermächtigung unmittelbar und jederzeit auf das Einlagenkonto zugreifen kann. Eine Hinterlegung der Sicherheiten ist dann erfolgt, wenn die Ökostromabwicklungsstelle oder der von ihr Beauftragte vom Kontoführer einen entsprechenden Kontoauszug erhalten hat und die entsprechenden Publizitäts- und Übertragungsakte gesetzt sind. Auf Verlangen der Ökostromabwicklungsstelle oder der von ihr Beauftragten ist der jeweilige Kontostand mittels Kontoauszug nachzuweisen.
 - (d) Garantieerklärung eines Konzernunternehmens, dessen Bonität im Einzelfall von der Ökostromabwicklungsstelle oder von ihr Beauftragten beurteilt wird, für ein anderes Unternehmen des Konzerns. Eine derartige Garantieerklärung hat gleichwertig mit den unter lit (a) angeführten Bankgarantien zu sein. Dies gilt sinngemäß auch für Garantieerklärungen einer Gebietskörperschaft („öffentliche Hand“) für eine eigenständige juristische Person, die von der Gebietskörperschaft kontrolliert wird.
- 1.4 Sicherheiten können auf Depots und Konten in der EU oder in der Schweiz gehalten werden, auf welche die Ökostromabwicklungsstelle oder ein von ihr Beauftragter aufgrund einer unwiderruflichen Einzugermächtigung unmittelbar zugreifen kann. Die Ökostromabwicklungsstelle oder der von ihr Beauftragte ist berechtigt, Kontoauszüge oder sonstige Nachweise anzufordern.
- 1.5. Die Höhe der jeweils von Stromhändlern zu stellenden Sicherheiten errechnet sich nach folgender Formel:

**Höhe der Sicherheiten (in EUR) =
[(Kleinwasserkraft-Jahresumsatz (in kWh))+ sonstiger Ökostrom-Jahresumsatz (in kWh)) * durchschnittlicher Marktpreis des vergangenen Kalenderjahres gemäß § 41 ÖSG 2012 (in €/kWh)) / 6]**

- 1.6 Der Jahresumsatz von „Kleinwasserkraft“ und „sonstigen Ökostrom“, wobei die Kategorie „sonstiger Ökostrom“ auch allenfalls Strom aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG enthalten kann, beschreibt den durch die Ökostromabwicklungsstelle zugewiesenen und abgerechneten Ökostrom. Der Jahresumsatz wird auf Basis der Ökostromabwicklungsstelle bekannten Informationen bezüglich des zu erwartenden Jahresumsatzes hochgerechnet.
- 1.7 Die Verpflichtung zur Stellung von Sicherheiten für Stromhändler entfällt bei einer berechneten Sicherheitenhöhe unter € 30.000,-- (Bagatellgrenze).
- 1.8 Werden der Ökostromabwicklungsstelle Umstände bekannt, die eine neue Risikobewertung der Ansprüche gegenüber den Stromhändlern rechtfertigen, so ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, die Bestellung, Verminderung oder Verstärkung von Sicherheiten innerhalb von 5 (fünf) Werktagen zu verlangen. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich dann, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Stromhändlers nachträglich verändert haben oder sich zu verändern drohen, oder sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtert haben oder sich zu verschlechtern drohen oder berechtigte Zweifel an ihrer Werthaltigkeit bestehen, signifikante Fahrplanabweichungen des Stromhändlers oder bei Erhöhung der lt. Formel monatlich neu berechneten Sicherheiten hinterlegung von mehr als 20% oder eine betragsmäßige Überschreitung der neu berechneten Sicherheitenlegung von über 250.000 Euro gegenüber der hinterlegten Kautions vorliegt.
- 1.9 Für den Fall, dass keine Bestellung oder Verstärkung von entsprechenden Sicherheiten erfolgt, wird/werden
- (a) der Stromhändler durch die Ökostromabwicklungsstelle gemahnt und eine Nachfrist von 72 Stunden, im Falle von drohenden erheblichen Zahlungsausfällen von 24 Stunden gesetzt. Nach fruchtlosem Ablauf der Nachfrist wird gemäß Abschnitt E) Punkt VI. AB-ÖKO vorgegangen,
 - (b) die habenseitigen Geldsalden aus der Ökostromverrechnung des im Verzug befindlichen Stromhändlers von der Ökostromabwicklungsstelle einbehalten und
 - (c) Zinsen in der Höhe von 9,2 Prozentpunkten p.a. über dem Basiszinssatz vom Wert der Unterdeckung berechnet.

2. Sicherheitenverwertung

- 2.1 Der Zugriff der Ökostromabwicklungsstelle auf die vom Stromhändler zu stellenden Sicherheiten hat uneingeschränkt und jederzeit unmittelbar möglich zu sein.
- 2.2 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, die von einem Stromhändler zu stellenden Sicherheiten zur Gänze oder teilweise zu verwerten, wenn der Partner seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle trotz schriftlicher Mahnung und Setzung einer Nachfrist von 5 (fünf) Werktagen nicht erfüllt. In diesem Fall ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, die vom Partner der Ökostromabwicklungsstelle gestellte Sicherheiten auf jede geeignete Art – unter Umständen auch exekutiv – zu verwerten und/oder gerichtlich oder außergerichtlich versteigern zu lassen.
- 2.3 Für den Fall der Inanspruchnahme der von einem Stromhändler gestellten Sicherheiten, ist der Stromhändler der Ökostromabwicklungsstelle verpflichtet, die Sicherheiten innerhalb von 5 (fünf) Werktagen wieder in der erforderlichen Höhe aufzufüllen.

3. Sicherheitenfreigabe

- 3.1 Die Freigabe der Sicherheiten erfolgt nach Beendigung des Vertrags der

Ökostromabwicklungsstelle zum jeweiligen Stromhändler nach der völligen Abwicklung des Vertragsverhältnisses und der gänzlichen Erfüllung sämtlicher aufgelaufener Zahlungsverpflichtungen durch den Partner der Ökostromabwicklungsstelle.

VI. Anzeige von Rechtsverletzungen

- 1.1 Bei Nichtabnahme und/oder -zahlung des Stroms durch den Stromhändler, sonstigen Verstößen gegen die Verpflichtungen des Stromhändlers erfolgt umgehend eine Anzeige an die E-Control bzw. die zuständige Landesregierung, die diesfalls die entsprechenden (Aufsichts-) Maßnahmen einleiten werden. Sollte ein Stromhändler seinen Verpflichtungen gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle nicht oder nicht zur Gänze nachkommen, der Stromhändler den Vertragsabschluss aus diesem und/oder anderen Gründen ungerechtfertigt verweigern oder verzögern, so wird die Ökostromabwicklungsstelle diesen Umstand umgehend auch dem für den Stromhändler zuständigen BGV anzeigen.

F) Besondere Bestimmungen für die Rechtsbeziehung Ökostromabwicklungsstelle – Netzbetreiber

I. Allgemeines

1. Anwendungsbereich von Abschnitt F) der AB-ÖKO; Vertrag

- 1.1 Der nachstehende Abschnitt F) der AB-ÖKO gilt für die Rechtsbeziehung der Ökostromabwicklungsstelle zu Netzbetreibern.
- 1.2 Die Ökostromabwicklungsstelle und Netzbetreiber schließen zur Präzisierung der wechselseitigen Rechte und Pflichten einen Vertrag auf Grundlage der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, den anwendbaren Verordnungen und dieser AB-ÖKO ab.

II. Datenaustausch

1. Umfang des Datenaustausches

- 1.1 Die Netzbetreiber sind verpflichtet, der Ökostromabwicklungsstelle folgende Daten und Informationen bekannt zu geben und diese Daten erforderlichenfalls zu aktualisieren:
 - (a) die für eine optimale Fahrplanerstellung und Minimierung des Ausgleichsenergiebedarfs erforderlichen Daten, wie etwa die Ganglinien der Einspeisung in das öffentliche Verteilernetz der Stromerzeugung für vergangene Perioden, sowie auf Anforderung sofern beim Netzbetreiber vorhanden, die meteorologischen und hydrologischen Vergangenheitsdaten;
 - (b) Wechselinformation und/oder Neuanlageninformation gemäß Anhang ./6;
 - (c) Messdaten der einzelnen gemessenen Anlagen (insbesondere Anlagen deren Engpassleistung 5 MW übersteigt und Windkraftanlagen) in 1/4-Stundenzeitreihen für den vorangegangenen Tag;
 - (d) die nach der jeweiligen Bilanzgruppe aggregierten Zeitreihen (1/4-Stundenwerte) summiert für die in den jeweiligen Netzgebiet befindlichen Anlagen monatlich, entsprechend dem Clearingzeitraum;
 - (e) Lastprofiltyp und angenommener Prognosewert für Stromerzeuger mit standardisierten Lastprofilen;
 - (f) die Zeitreihen (1/4-Stundenwerte) je LPZ-gemessener Anlage werden entsprechend der gültigen Sonstigen Marktregeln bekannt gegeben, die eingespeisten Energiemengen von Erzeugern mit standardisierten Lastprofilen entsprechend den Fristen der gültigen Sonstigen Marktregeln;
 - (g) Weiterleitung von Online-Daten (Einspeiseleistung) in Echtzeit, soweit diese Daten beim Netzbetreiber vorhanden sind und der Betreiber der Erzeugungsanlage der Weiterleitung nicht widerspricht;
 - (h) Zuordnung der Stromhändler zu den jeweiligen Bilanzgruppen; (auf gesonderte Anfrage);
 - (i) Monatliche Stromhändler- und Bilanzgruppenaggregate, (auf gesonderte Anfrage);
 - (j) die für eine ordnungsgemäße Abrechnung bzw. Abwicklung erforderlichen Daten von gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen gemäß § 16a EIWOG 2010 (wie z.B. Zeitreihen).
- 1.2 Netzbetreiber können sich zur Erfüllung der vorstehend angeführten Pflichten auch Dritter, insbesondere NB, die ein übergeordnetes Netz betreiben, bedienen.
- 1.3 Die Ökostromabwicklungsstelle ist nicht verpflichtet, eine Überprüfung der übermittelten Daten vorzunehmen. Das diesbezügliche Risiko und die Gefahr trägt ausschließlich der NB.
- 1.4 Der Netzbetreiber ist verpflichtet, den Datenaustausch sowie die Datenerfassung gemäß den

Vorgaben der AB-ÖKO, insbesondere Abschnitt B) und C), bereits im Zuge des Abschlusses von Netzzugangsverträgen zu berücksichtigen und während der gesamten Abwicklung zu gewährleisten.

2. Datenformate

2.1 Das Format der Datenübermittlung richtet sich – soweit anwendbar – nach den in diesen AB-ÖKO samt Anhängen und in den sonstigen geltenden Marktregeln enthaltenen Vorgaben und ist erforderlichenfalls gesondert zwischen der Ökostromabwicklungsstelle und dem Netzbetreiber zu vereinbaren.

3. Datenüberprüfung und Datenkorrektur

3.1 Bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit der übermittelten Daten wird die Ökostromabwicklungsstelle auf Basis der Daten der BKO, der Netzbetreiber und Stromhändler einen Datenabgleich durchführen.

4. Datenverwendung

4.1 Die Ökostromabwicklungsstelle wird die vom Netzbetreiber übermittelten Daten und Informationen anderer Marktteilnehmer ausschließlich gemäß den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes, den der bundes- und landesrechtlichen elektrizitätsrechtlichen Bestimmungen und/oder den anwendbaren Marktregeln verwenden.

4.2 Ansonsten wird die Ökostromabwicklungsstelle Geschäfts- und/oder Betriebsgeheimnisse von Marktteilnehmern, von denen er im Zuge mit der Datenlieferung durch den Netzbetreiber Kenntnis erlangt, vertraulich behandeln und sie nur gemäß den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes und den bundes- und landesrechtlichen elektrizitätsrechtlichen Bestimmungen bzw. den Marktregeln Dritten gegenüber offen legen.

III. Zuweisung von Anlagen zur Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle

1. Allgemeines

1.1 Für eine Zuweisung und/oder einen Wechsel in die Bilanzgruppe(n) der Ökostromabwicklungsstelle ist die Wechselverordnung Strom 2014, BGBl. II Nr. 167/2014, nicht anwendbar, weil diese Verordnung die Besonderheiten der Zuweisung und/oder des Wechsels von Erzeugungsanlagen nicht erfasst. Dennoch wird die Zuweisung und/oder der Wechsel von Anlagen technisch über bestimmte Prozesse der Wechselplattform abgewickelt, um den Marktteilnehmern auf deren Risiko die Kommunikation über eine Schnittstelle zu ermöglichen. Die Zuweisung/der Wechsel von Anlagen erfolgt daher gemäß den nachstehenden Bestimmungen und in sinngemäßer Anwendung der in Anhang ./6 abgebildeten Prozesse. Die Ökostromabwicklungsstelle ist bei Verzögerungen und/oder Scheitern der Zuweisung/des Wechsels, insbesondere weil die Abläufe des Anhangs ./6 nicht eingehalten werden, nicht verantwortlich.

1.2 Wird eine Erzeugungsanlage erstmalig in Betrieb genommen, so erfolgt die Zuweisung zu einer Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle durch den jeweils zuständigen Netzbetreiber auf Veranlassung des Erzeugers. Von der Zuweisung zu einer Bilanzgruppe selbst ist die Meldung der Inbetriebnahme an die Ökostromabwicklungsstelle zu unterscheiden, welche für sich zu keiner Zuweisung zu einer Bilanzgruppe führt. Die Inbetriebnahmemeldung erfolgt durch den jeweils zuständigen Netzbetreiber.

1.3 Wechselt eine bestehende Anlage aus einer anderen Bilanzgruppe in eine Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle, so kann dieser Wechsel nur mehr mittels Bevollmächtigung der Ökostromabwicklungsstelle durch den Erzeuger durchgeführt werden. Hierzu hat der Erzeuger der Ökostromabwicklungsstelle zunächst alle wechselrelevanten Daten samt der Vollmacht (Anhang ./7), unter Nennung des beabsichtigten Wechselzeitpunkts postalisch oder per E-Mail an

kundenservice@oem-ag.at zu übermitteln. Der Wechsel wird dann entsprechend den prozesstechnischen Vorgaben und Fristen zum frühestmöglichen Zeitpunkt vollzogen, ohne dass ein bestimmter Wechselstichtag zugesagt werden kann. Der Anlagenbetreiber ist für die zeitgerechte Auflösung/Kündigung seiner bis dahin bestehenden Stromlieferverträge und der Beendigung der Mitgliedschaft in der bisherigen Bilanzgruppe ausschließlich selbst verantwortlich. Die Ökostromabwicklungsstelle setzt diesbezüglich keine – wie immer gearteten – Schritte zur Prüfung bzw. Beendigung und/oder Änderung und trifft diesbezüglich auch keinerlei Verantwortung. Der Wechsel ist von der Ökostromabwicklungsstelle über Wunsch des Erzeugers daher auch dann zu veranlassen, wenn der Vorlieferant den Wechsel mit Verweis auf bestehende Lieferverträge beansprucht.

- 1.4 Eine Zuweisung von Anlagen zur Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle durch den Netzbetreiber nach den geltenden Marktregeln setzt zwingend den gültigen Vertragsabschluss zwischen dem betroffenen Erzeuger und der Ökostromabwicklungsstelle über die Abnahme und Vergütung voraus und ist vor diesem Zeitpunkt unzulässig.

2. Bereinigung von Ablauffehlern im Wechselprozess

- 2.1 Für den Fall, dass aufgrund von Ablauffehlern im Wechselprozess Anlagen nicht oder nicht rechtzeitig in eine Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle gewechselt werden können, werden die Netzbetreiber und die Ökostromabwicklungsstelle versuchen, eine rasche Lösung zu finden, welche auch prozesstechnisch (SeSo) durchführbar ist und zu keiner Erhöhung der Ausgleichsenergiekosten bei der Ökostromabwicklungsstelle führt. Rückwirkende Zuordnungen zur Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle sind nicht zulässig.

IV. Zahlungspflichten der Netzbetreiber

1. Pflichten der NB

- 1.1 Die Netzbetreiber haben die für die Finanzierung der Ökostromabwicklungsstelle abzuwickelnden Förderungen, wie insbesondere die vereinnahmten Ökostrompauschalen gemäß § 47 ÖSG 2012, die vereinnahmten Ökostromförderbeiträge gemäß § 48 ÖSG 2012 sowie die vereinnahmten KWK-Pauschalen gemäß § 10 KWK-Gesetz, gemäß den anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen und den anzuwendenden Verordnungen abzuführen.
- 1.2 Zur Festlegung und korrekten Abrechnung der Förderbeiträge müssen die Netzbetreiber der Ökostromabwicklungsstelle zu Beginn eines jeden Jahres, bis spätestens 31.1., jeweils für das Vorjahr die Anzahl der angeschlossenen Zählpunkte für jeden Monat des Vorjahres und aufgegliedert in die Netzebenen 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 (aufgegliedert in gemessen / unterbrechbar / nicht gemessen) sowie die Netzentgelte mittels eines von der Ökostromabwicklungsstelle dem Netzbetreiber vorab zugesandten Erhebungsbogens zu melden. Ebenso zu melden sind die auf die genannten Netzebenen entfallende elektrische Arbeit pro Jahr bzw. Abrechnungszeitraum für die Komponenten Netzverlustentgelt Arbeit und Netznutzungsentgelt Arbeit sowie die durchschnittliche elektrische Leistung pro Jahr bzw. Abrechnungszeitraum für die Komponente Netznutzungsentgelt Leistung. Weiters haben die Netzbetreiber der Ökostromabwicklungsstelle in diesem Zusammenhang bekannt zu geben, für welchen Zählpunkt die Ausnahmeregelungen der §§ 46 und 49 ÖSG 2012 zur Anwendung kommen.

2. Pauschalierung der Vorschreibung und Jahresabrechnung

- 2.1 Die Ökostromabwicklungsstelle stellt den Netzbetreibern gemäß den in den AB-ÖKO enthaltenen Bestimmungen über die Rechnungslegung vierteljährlich jeweils zahlbar am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. jedes Jahres jeweils einen pauschalierten anzupassenden Betrag für Ökostrompauschalen, Ökostromförderbeiträge und KWK-Pauschalen in Rechnung. Die Ökostromabwicklungsstelle stellt den NB gemäß den in den AB-ÖKO enthaltenen Bestimmungen über die Rechnungslegung monatlich einen pauschalierten anzupassenden Betrag für Ökostromförderbeiträge in Rechnung.

- 2.2 Grundlage dieser Pauschalierungen stellt die von den Netzbetreibern bekannt gegebene Anzahl der Zählpunkte, der elektrischen Leistung und Arbeit dar. Sollten die Daten zu diesem Zeitpunkt noch nicht übermittelt sein, wird für die Berechnung der Pauschalbeträge die zuletzt bekannt gegebene Anzahl herangezogen. Das Pauschale ergibt sich aus dem Durchschnitt der im letzten Jahr gemeldeten Zählpunkte. Sollte der Netzbetreiber die Anzahl der Zählpunkte aus welchem Grund auch immer nicht bekannt geben, so erfolgt die Pauschalierung auf Grundlage des österreichweiten durchschnittlichen Anwachsens der Zählpunkte.
- 2.3 Auf Grundlage der Meldungen der Netzbetreiber wird von der Ökostromabwicklungsstelle pro Netzbetreiber eine Jahresendabrechnung erstellt. Sich daraus ergebende Nachforderungen werden von der Ökostromabwicklungsstelle dem Netzbetreiber gesondert in Rechnung gestellt bzw. werden diese bei Vorliegen einer Einzugsermächtigung von der Ökostromabwicklungsstelle eingezogen. Allfällige Gutschriften werden mit der(n) nächsten Vorschreibung(en) verrechnet.
- 2.4 Bei Nichtentrichtung von Zahlungen und/oder sonstigen Verstößen gegen die Verpflichtungen des Netzbetreibers erfolgt umgehend eine Anzeige an die E-Control und die zuständige Landesregierung, die diesfalls entsprechende (Aufsichts-) Maßnahmen einleiten werden.

Anhang ./1 Darstellung der Mitwirkungspflichten der Erzeuger bei der Erstellung der Prognose der Ökostromabwicklungsstelle

Erzeuger haben der Ökostromabwicklungsstelle die Daten gemäß nachstehender Tabelle zu übermitteln und laufend aktuell zu halten:

Anlagentyp	Erzeugungsfahrplan	Geplante Stillstandszeiten	Meteorologische bzw. hydrologische Vergangenheitsdaten
Öko-Anlage mit standardisiertem Lastprofil	nein	nein	nein
hocheffiziente KWK-Anlagen gemäß § 19 EEG	nein	nein	nein
gemessene Öko-Anlage mit einer Engpassleistung < 1 MW	nein	nein	nein
Windkraftanlage (unabhängig von Engpassleistung)	ja*	ja	ja
Kleinwasserkraftanlage mit einer Engpassleistung $\geq 1 \text{ MW} < 5 \text{ MW}$	ja*	ja	ja
Sonstige Öko-Anlage mit einer Engpassleistung $\geq 1 \text{ MW} < 5 \text{ MW}$	ja*	ja	nein
Kleinwasserkraftanlage mit einer Engpassleistung $\geq 5 \text{ MW}$	ja	ja	ja
Sonstige Öko-Anlage mit einer Engpassleistung $\geq 5 \text{ MW}$	ja	ja	nein

*) Sofern Erzeugungsfahrpläne verfügbar sind.

Übermittlung von Erzeugungsfahrplänen:

Die Übermittlung von Erzeugungsfahrplänen hat bis spätestens 08:30 Uhr des jeweiligen Werktages für den nächsten Werktag bzw. vor Samstagen, Sonntagen und/oder gesetzlichen Feiertagen für den folgenden Samstag, Sonntag und/oder gesetzlichen Feiertag und den darauf folgenden ersten Werktag an die Ökostromabwicklungsstelle zu erfolgen. Die Übermittlung der Erzeugungsfahrpläne erfolgt grundsätzlich gemäß den jeweils gültigen Sonstigen Marktregeln. Als Knotenpunktsbezeichnung wird der Ökostromerzeuger die Zählpunktbezeichnung verwenden.

Bekanntgabe geplanter Stillstandszeiten:

Ökostromerzeuger haben der Ökostromabwicklungsstelle geplante Stillstandszeiten per E-Mail oder in einer sonst geeigneten Art und Weise ehestmöglich mitzuteilen.

Übermittlung meteorologischer und hydrologischer Vergangenheitsdaten:

Soweit bei Ökostromerzeugern vorhanden und aufgezeichnet, haben diese sämtliche für die Öko-Anlage(n) relevanten meteorologischen bzw. hydrologischen Vergangenheitsdaten per E-Mail oder in einer sonst geeigneten Art und Weise zu jedem Monatsersten der Ökostromabwicklungsstelle mitzuteilen.

Hinweis zum Datenschutz hinsichtlich der zu übermittelnden Daten:

Bezüglich des Datenschutzes der zu übermittelnden Daten wird auf Abschnitt A) Pkt. V. 11. AB-ÖKO verwiesen.

Anhang ./2 Mustervertrag Ökostromabwicklungsstelle – Ökostromerzeuger

VERTRAG ÜBER DIE ABNAHME UND VERGÜTUNG VON ÖKOSTROM

zwischen

Firma

FN Nummer, FB-Gericht
Anschrift
Anschrift

(im Folgenden kurz „Ökostromerzeuger“)

OeMAG

Abwicklungsstelle für Ökostrom AG
FN 280453g, HG Wien
Alserbachstraße 14-16
1090 Wien

(im Folgenden kurz „Ökostromabwicklungsstelle“)

wie folgt:

Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist die Abnahme und Vergütung von in das öffentliche Netz abgegebenem Ökostrom von der vom Ökostromerzeuger betriebenen nachstehend beschriebenen Ökostromstromanlage durch die Ökostromabwicklungsstelle. Der Netzanschluss und die Netznutzung (Netzzugang) des Ökostromerzeugers sind nicht Gegenstand dieses Vertrages. Der Ökostromerzeuger hat eigenverantwortlich und zur Gänze auf eigenes Risiko, die Voraussetzungen für die Möglichkeit und den Umfang der Einspeisung in das öffentliche Netz zu schaffen. Der Ökostromerzeuger garantiert der Ökostromabwicklungsstelle diesbezüglich die gänzliche Schad- und Klagloshaltung.

Der Ökostromerzeuger betreibt eine Ökostromstromanlage in Ort:

Daten der Ökostromstromanlage:

Anschrift:

Bundesland:

GZ und Datum des Anerkennungsbescheides gem. § 7 ff ÖSG 2012:

GZ und Datum evtl. Bescheidänderung:

Art der Anlage:

(Art der Anbringung bei PV)

Engpassleistung [kW/kWp]:

(bei Erweiterungen „Gesamt kW/kWp“)

Eigenversorgungsanteil in %:

Einspeisetyp:

Volleinspeiser/Überschusseinspeiser

Datum der Antragstellung:

Zählpunkt:

AT

Finanztechnische Daten:

IBAN:

UID:

Steuertyp:

0%, wenn USt-befreit

Rechnungsanschrift:

Der Ökostromerzeuger bestätigt hiermit nochmals an Eides statt die Richtigkeit dieser Daten.

Vertragsgrundlagen

Grundlage, integrierender Bestandteil und Inhalt dieses Vertrages sind neben den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen gemäß Ökostromgesetz und den darauf gründenden Verordnungen, die Bestimmungen dieses Vertrags und diesen nachgeordnet, die von der E-Control genehmigten AB-ÖKO samt ihren Anhängen und Verweisen in der jeweils behördlich genehmigten und geltenden Fassung.

Vertragsdauer

Die Laufzeit des Vertrages richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben (insbesondere nach der Förderdauer und/oder maximale Dauer der gesetzlichen Kontrahierungspflicht) und der Bestandsdauer der anzuwendenden gesetzlichen Regelungen und Verordnungen. Der Vertrag endet – unbeschadet der in den AB-ÖKO niedergelegten Kündigungsbestimmungen – automatisch nach Ablauf der gesetzlich oder durch Verordnung vorgesehenen Förderdauer für die vertragsgegenständliche Ökostromanlage, ohne dass es hierfür einer gesonderten Auflösungserklärung bedürfte.

Vergütung von Ökostrom

Der Ökostrom wird nach Maßgabe der tatsächlich von der Ökostromabwicklungsstelle in die Ökobilanzgruppe übernommenen Menge nach den Abrechnungsbestimmungen der AB-ÖKO zu den in den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und/oder durch Verordnung festgelegten Einspeisetarifen vergütet.

Datenverarbeitung und Einwilligungserklärung

1. Der Ökostromerzeuger nahm bereits mit der Antragsstellung auf Vertragsabschluss und nunmehr durch Abschluss dieses Vertrages mit der Ökostromabwicklungsstelle zur Kenntnis, dass die Ökostromabwicklungsstelle als Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 („DSGVO“) sämtliche ihr im Zuge der Rechtsbeziehung mit dem Ökostromerzeuger bekannt gegebenen Daten in Erfüllung ihrer gesetzlichen bzw ihrer durch Verordnung oder behördliche Anordnung erteilten Aufgaben und Verpflichtungen als Ökostromabwicklungsstelle sowie zum Zwecke der Vertragserfüllung verarbeitet und diese Daten – zur Gänze oder teilweise – im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben an ihre Gehilfen bzw. Auftragsverarbeiter iSd DSGVO, an die Regelzonenführer (insbesondere die Austrian Power Grid AG), an die Österreichische Kontrollbank AG, an die AGCS Gas Clearing and Settlement AG (zum Biomethanregister), an die „smart technologies“ Management-Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. und an im Einzelfall noch zu bestimmende Gutachter übermittelt. Ein Datenaustausch mit anderen Förderstellen (wie dem KLI.EN Fonds) zur Verhinderung von Doppelförderungen ist ebenfalls zulässig. Weiters liegen gesetzliche und behördliche Verpflichtungen und Berechtigungen der in Punkt 2. genannten Stellen sowie aufrechte Verträge (insb. aufgrund der AB-ÖKO) der Ökostromabwicklungsstelle mit diesen Stellen vor, auf deren Basis die Übermittlung der Daten zur weiteren Verarbeitung zur Ermöglichung der Abwicklung der Förderungen nach den AB-ÖKO erfolgt. Bei Nichtbereitstellung der Daten kann keine Förderung erfolgen.

2. **Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung:** Der Ökostromerzeuger erteilte mit der Antragstellung die ausdrückliche Einwilligung zur Übermittlung der Daten (Name/Firma sowie Anschrift und Geburtsdatum des Ökostromerzeugers, Zählpunkt, Anlagenstandort, zuständiger Netzbetreiber, Anlagenart, Energieträger, Einspeisetyp, Engpassleistung, der OeMAG vorliegende und für die Errichtung der Anlagen notwendigen Genehmigungen und Anzeigen, Kundennummer) an die E-Control, an die jeweils für den Ökostromerzeuger zuständige Landesregierung und/oder den zuständigen Landeshauptmann, an die Transparenzdatenbank gemäß BGBl I Nr. 99/2012 idgF, an den jeweils zuständigen Netzbetreiber, an die Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Kommission sowie an das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus zur weiteren Verarbeitung zum Zweck der Erfüllung von deren Aufgaben zur Abwicklung der Förderung. Ein Widerruf dieser Einwilligungserklärung durch den Ökostromerzeuger ist jederzeit zulässig, zu dessen Wirksamkeit muss der Widerruf gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle erklärt werden. Ein Widerruf berührt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht. Im Falle des Widerrufs kann eine (weitere) Förderung nicht erfolgen.

3. Die in Punkt 2. aufgezählten Daten werden auch im berechtigten Interesse der Ökostromabwicklungsstelle und der zuständigen Behörden (insbesondere Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, E-Control, Landeshauptmann bzw. Landesregierung, Rechnungshof) zur Prüfung und Beaufsichtigung der ordnungsgemäßen Förderabwicklung verarbeitet. Sämtliche Daten werden für die Vertragsdauer und danach solange gespeichert, wie dies für die Abwicklung der Förderung bei Streitigkeiten oder zur Erfüllung von Berichts- und Nachweispflichten notwendig ist.

4. Von der Datenverarbeitung betroffene Personen haben gemäß DSGVO ein Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die verarbeiteten personenbezogenen Daten, sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung, ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art 15 bis 21 DSGVO). Es besteht darüber hinaus ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art 77 DSGVO). Zur Wahrung ihrer Rechte aus dem Datenschutzrecht kann sich jede betroffene Person an die Abwicklungsstelle wenden.

Vertragsabschluss

Der Vertrag wurde am [Datum] abgeschlossen.

Anhang ./3 Mustervertrag – Abnahme zum Marktpreis gem § 13 ÖSG 2012

VERTRAG ÜBER DIE ABNAHME UND VERGÜTUNG VON ÖKOSTROM – MARKTPREIS

zwischen

Firma

FN Nummer, FB-Gericht
Anschrift
Anschrift

(im Folgenden kurz „Ökostromerzeuger“)

OeMAG

Abwicklungsstelle für Ökostrom AG
FN 280453g, HG Wien
Alserbachstraße 14-16
1090 Wien

(im Folgenden kurz „Ökostromabwicklungsstelle“)

wie folgt:

Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist die Abnahme und Vergütung von in das öffentliche Netz abgegebenem Ökostrom von der vom Ökostromerzeuger betriebenen nachstehend beschriebenen Ökostromstromanlage durch die Ökostromabwicklungsstelle zum Marktpreis gemäß § 13 ÖSG 2012. Der Netzanschluss und die Netznutzung (Netzzugang) des Ökostromerzeugers sind nicht Gegenstand dieses Vertrages. Der Ökostromerzeuger hat eigenverantwortlich und zur Gänze auf eigenes Risiko, die Voraussetzungen für die Möglichkeit und den Umfang der Einspeisung in das öffentliche Netz zu schaffen. Der Ökostromerzeuger garantiert der Ökostromabwicklungsstelle diesbezüglich die gänzliche Schad- und Klagloshaltung.

Der Ökostromerzeuger betreibt eine Ökostromstromanlage in Ort:

Daten der Ökostromstromanlage:

Anschrift:

Bundesland:

GZ und Datum des Anerkennungsbescheides gem. § 7 ff ÖSG 2012:

GZ und Datum evtl. Bescheidänderung:

Art der Anlage:

(Art der Anbringung bei PV)

Engpassleistung [kW/kWp]:

(bei Erweiterungen „Gesamt kW/kWp“)

Eigenversorgungsanteil in %:

Einspeisetyp:

Volleinspeiser/Überschusseinspeiser

Datum der Antragstellung:

Zählpunkt:

AT

Finanztechnische Daten:

IBAN:

UID:

Steuertyp:

0%, wenn USt-befreit

Rechnungsanschrift:

Der Ökostromerzeuger bestätigt hiermit nochmals an Eides statt die Richtigkeit dieser Daten.

Vertragsgrundlagen

Grundlage, integrierender Bestandteil und Inhalt dieses Vertrages sind neben den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen gemäß ÖSG 2012 die Bestimmungen dieses Vertrags und diesen nachgeordnet, die von der E-Control genehmigten AB-ÖKO samt ihren Anhängen und Verweisen in der jeweils behördlich genehmigten und geltenden Fassung.

Vertragsdauer

Die Laufzeit des Vertrages richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben (insbesondere nach der maximalen Dauer der gesetzlichen Kontrahierungspflicht). Nach Ablauf der Laufzeit enden die Verträge jeweils automatisch, ohne dass es hierfür einer gesonderten Erklärung bedarf.

Vergütung von Ökostrom

Der Ökostrom wird nach Maßgabe der tatsächlich von der Ökostromabwicklungsstelle in die Ökobilanzgruppe übernommenen Menge nach den Bestimmungen der AB-ÖKO abgerechnet. Die Höhe des zu vergütenden Marktpreises richtet sich nach § 13 Abs 3 iVm § 41 Abs 1 ÖSG 2012.

Datenverarbeitung und Einwilligungserklärung

1. Der Ökostromerzeuger nahm bereits mit der Antragsstellung auf Vertragsabschluss und nunmehr durch Abschluss dieses Vertrages mit der Ökostromabwicklungsstelle zur Kenntnis, dass die Ökostromabwicklungsstelle als Verantwortliche im Sinne der

Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 („DSGVO“) sämtliche ihr im Zuge der Rechtsbeziehung mit dem Ökostromerzeuger bekannt gegebenen Daten in Erfüllung ihrer gesetzlichen bzw ihrer durch Verordnung oder behördliche Anordnung erteilten Aufgaben und Verpflichtungen als Ökostromabwicklungsstelle sowie zum Zwecke der Vertragserfüllung verarbeitet und diese Daten – zur Gänze oder teilweise – im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben an ihre Gehilfen bzw. Auftragsverarbeiter iSd DSGVO, an die Regelzonenführer (insbesondere die Austrian Power Grid AG), an die Österreichische Kontrollbank AG, an die AGCS Gas Clearing and Settlement AG (zum Biomethanregister), an die „smart technologies“ Management-Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. und an im Einzelfall noch zu bestimmende Gutachter übermittelt. Ein Datenaustausch mit anderen Förderstellen (wie dem KLI.EN Fonds) zur Verhinderung von Doppelförderungen ist ebenfalls zulässig. Weiters liegen gesetzliche und behördliche Verpflichtungen und Berechtigungen der in Punkt 2. genannten Stellen sowie aufrechte Verträge (insb. aufgrund der AB-ÖKO) der Ökostromabwicklungsstelle mit diesen Stellen vor, auf deren Basis die Übermittlung der Daten zur weiteren Verarbeitung zur Ermöglichung der Abwicklung der Förderungen nach den AB-ÖKO erfolgt. Bei Nichtbereitstellung der Daten kann keine Abwicklung erfolgen.

2. Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung: Der Ökostromerzeuger erteilt mit der Antragstellung die ausdrückliche Einwilligung zur Übermittlung der Daten (Name/Firma sowie Anschrift und Geburtsdatum des Ökostromerzeugers, Zählpunkt, Anlagenstandort, zuständiger Netzbetreiber, Anlagenart, Energieträger, Einspeisetyp, Engpassleistung, der OeMAG vorliegende und für die Errichtung der Anlagen notwendigen Genehmigungen und Anzeigen, Kundennummer) an die E-Control, an die jeweils für den Ökostromerzeuger zuständige Landesregierung und/oder den zuständigen Landeshauptmann, an die Transparenzdatenbank gemäß BGBl I Nr. 99/2012 idgF, an den jeweils zuständigen Netzbetreiber, an die Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Kommission sowie an das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus zur weiteren Verarbeitung zum Zweck der Erfüllung von deren Aufgaben zur Abwicklung der Förderung. Ein Widerruf dieser Einwilligungserklärung durch den Ökostromerzeuger ist jederzeit zulässig, zu dessen Wirksamkeit muss der Widerruf gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle erklärt werden. Ein Widerruf berührt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht. Im Falle des Widerrufs kann eine (weitere) Abwicklung nicht erfolgen.

3. Die in Punkt 2. aufgezählten Daten werden auch im berechtigten Interesse der Ökostromabwicklungsstelle und der zuständigen Behörden (insbesondere Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, E-Control, Landeshauptmann bzw. Landesregierung, Rechnungshof) zur Prüfung und Beaufsichtigung der ordnungsgemäßen Förderabwicklung verarbeitet. Sämtliche Daten werden für die Vertragsdauer und danach solange gespeichert, wie dies für die Abwicklung der Förderung bei Streitigkeiten oder zur Erfüllung von Berichts- und Nachweispflichten notwendig ist.

4. Von der Datenverarbeitung betroffene Personen haben gemäß DSGVO ein Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die verarbeiteten personenbezogenen Daten, sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung, ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art 15 bis 21 DSGVO). Es besteht darüber hinaus ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art 77 DSGVO). Zur Wahrung ihrer Rechte aus dem Datenschutzrecht kann sich jede betroffene Person an die Abwicklungsstelle wenden.

Vertragsabschluss

Der Vertrag wurde am [Datum] abgeschlossen.

Anhang ./4 Mustervertrag für hocheffiziente KWK-Anlagen gemäß § 19 EEffG

VERTRAG ÜBER DIE ABNAHME UND VERGÜTUNG VON STROM

zwischen

Firma

FN Nummer, FB-Gericht
Anschrift
Anschrift

(im Folgenden kurz „Erzeuger“)

OeMAG

Abwicklungsstelle für Ökostrom AG
FN 280453g, HG Wien
Alserbachstraße 14-16
1090 Wien

(im Folgenden kurz „Ökostromabwicklungsstelle“)

wie folgt:

Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist die Abnahme und Vergütung von Strom von der vom Erzeuger betriebenen, hocheffizienten KWK-Anlage durch die Ökostromabwicklungsstelle. Der Netzanschluss und die Netznutzung (Netzzugang) des Erzeugers sind nicht Gegenstand dieses Vertrages. Der Erzeuger hat eigenverantwortlich und zur Gänze auf eigenes Risiko, die Voraussetzungen für die Möglichkeit und den Umfang der Einspeisung in das öffentliche Netz zu schaffen. Der Erzeuger garantiert der Ökostromabwicklungsstelle diesbezüglich die gänzliche Schad- und Klaglosigkeit.

Der Erzeuger betreibt eine hocheffiziente KWK-Anlage in Ort:

Daten der hocheffizienten KWK-Anlage:

Anlagenname:

Anschrift:

Bundesland:

GZ und Datum etwaiger Bescheide:

Energieträger:

Engpassleistung [kW]:

Einspeisetyp:

Volleinspeiser/Überschusseinspeiser

Datum der Antragstellung:

Zählpunkt:

AT

Finanztechnische Daten:

IBAN:

UID:

Steuertyp: 0%, wenn USt-befreit

Rechnungsanschrift:

Der Erzeuger bestätigt hiermit nochmals an Eides statt die Richtigkeit dieser Daten.

Vertragsgrundlagen

Grundlage, integrierender Bestandteil und Inhalt dieses Vertrages sind neben den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen gemäß Energieeffizienzgesetz, Ökostromgesetz und den darauf gründenden Verordnungen, die Bestimmungen dieses Vertrags und diesen nachgeordnet, die von der E-Control genehmigten AB-ÖKO samt ihren Anhängen und Verweisen in der jeweils behördlich genehmigten und geltenden Fassung.

Vertragsdauer

Die Laufzeit des Vertrages richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben (insbesondere nach der maximalen Dauer der gesetzlichen Kontrahierungspflicht). Nach Ablauf der Laufzeit enden die Verträge jeweils automatisch, ohne dass es hierfür einer gesonderten Erklärung bedarf.

Vergütung von Strom

Der eingespeiste Strom wird nach Maßgabe der tatsächlich von der Ökostromabwicklungsstelle in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle übernommenen Menge zu den Abrechnungsbestimmungen der AB-ÖKO vergütet. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen.

Datenverarbeitung und Einwilligungserklärung

1. Der Erzeuger nahm bereits mit der Antragsstellung auf Vertragsabschluss und nunmehr durch Abschluss dieses Vertrages mit der Ökostromabwicklungsstelle zur Kenntnis, dass die Ökostromabwicklungsstelle als Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 („DSGVO“) sämtliche ihr im Zuge der Rechtsbeziehung mit dem Erzeuger bekannt gegebenen Daten in Erfüllung ihrer gesetzlichen bzw ihrer durch Verordnung oder behördliche Anordnung erteilten Aufgaben und Verpflichtungen als Ökostromabwicklungsstelle sowie zum Zwecke der Vertragserfüllung verarbeitet und diese Daten – zur Gänze oder teilweise – im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben an ihre Gehilfen bzw. Auftragsverarbeiter iSd DSGVO, an die Regelzonenführer (insbesondere die Austrian Power Grid AG), an die Österreichische Kontrollbank AG, an die AGCS Gas Clearing and Settlement AG (zum Biomethanregister), an die „smart technologies“ Management-Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. und an im Einzelfall noch zu bestimmende Gutachter übermittelt. Ein Datenaustausch mit anderen Förderstellen (wie dem KLI.EN Fonds) zur Verhinderung von Doppelförderungen ist ebenfalls zulässig. Weiters liegen gesetzliche und behördliche Verpflichtungen und Berechtigungen der in Punkt 2. genannten Stellen sowie aufrechte Verträge (insb. aufgrund der AB-ÖKO) der Ökostromabwicklungsstelle mit diesen Stellen vor, auf deren Basis die Übermittlung der Daten zur weiteren Verarbeitung zur Ermöglichung der Abwicklung der Förderungen nach den AB-ÖKO erfolgt. Bei Nichtbereitstellung der Daten kann keine Förderung erfolgen.

2. **Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung:** Der Erzeuger erteilte mit der Antragstellung die ausdrückliche Einwilligung zur Übermittlung der Daten (Name/Firma sowie Anschrift und Geburtsdatum des Erzeugers, Zählpunkt, Anlagenstandort, zuständiger Netzbetreiber, Anlagenart, Energieträger, Einspeisetyp, Engpassleistung, der OeMAG vorliegende und für die Errichtung der Anlagen notwendigen Genehmigungen und Anzeigen, Kundennummer) an die E-Control, an die jeweils für den Erzeuger zuständige Landesregierung und/oder den zuständigen Landeshauptmann, an die Transparenzdatenbank gemäß BGBl I Nr. 99/2012 idGF, an den jeweils zuständigen Netzbetreiber, an die Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Kommission sowie an das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus zur weiteren Verarbeitung zum Zweck der Erfüllung von deren Aufgaben zur Abwicklung der Förderung. Ein Widerruf dieser Einwilligungserklärung durch den Erzeuger ist jederzeit zulässig, zu dessen Wirksamkeit muss der Widerruf gegenüber der Ökostromabwicklungsstelle erklärt werden. Ein Widerruf berührt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht. Im Falle des Widerrufs kann eine (weitere) Förderung nicht erfolgen.

3. Die in Punkt 2. aufgezählten Daten werden auch im berechtigten Interesse der Ökostromabwicklungsstelle und der zuständigen Behörden (insbesondere Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, E-Control, Landeshauptmann bzw. Landesregierung, Rechnungshof) zur Prüfung und Beaufsichtigung der ordnungsgemäßen Förderabwicklung verarbeitet. Sämtliche Daten werden für die Vertragsdauer und danach solange gespeichert, wie dies für die Abwicklung der Förderung bei Streitigkeiten oder zur Erfüllung von Berichts- und Nachweispflichten notwendig ist.

4. Von der Datenverarbeitung betroffene Personen haben gemäß DSGVO ein Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die verarbeiteten personenbezogenen Daten, sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung, ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art 15 bis 21 DSGVO). Es besteht darüber hinaus ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art 77 DSGVO). Zur Wahrung ihrer Rechte aus dem Datenschutzrecht kann sich jede betroffene Person an die Abwicklungsstelle wenden.

Vertragsabschluss

Der Vertrag wurde am [Datum] abgeschlossen.

Anhang ./5 Besondere Bestimmungen für die kombinierte Tarif- und Investitionsförderung

1. Förderfähige Kosten

- 1.1 Grundsätzlich sind nur jene Investitionen förderfähig, die mit der Errichtung der Ökostromanlage in direktem Zusammenhang stehen. Es können daher nur jene Kosten anerkannt werden, die durch Rechnungen eines für die jeweilige Tätigkeit befugten Gewerbsmannes aus der Europäischen Union nachgewiesen werden können.
- 1.2 Nicht förderfähig sind jedenfalls:
- (a) gebrauchte Anlagenteile;
 - (b) Eigenleistungen (sind Leistungen des Ökostromerzeugers oder von einem Unternehmen, an dem der Ökostromerzeuger überwiegend beteiligt ist);
 - (c) Materielle Leistungen, die vor dem Förderantragszeitpunkt erbracht oder bezogen wurden;
 - (d) Grundstückskosten (wie auch Pacht, Grundstücksmiete und Kosten für Dienstbarkeiten);
 - (e) Steuern (bei überwiegender Privatnutzung oder bei Inanspruchnahme der Kleinunternehmerregelung ist die Umsatzsteuer förderfähig), Verwaltungsabgaben, Gerichts- und Notariatsgebühren;
 - (f) Anschluss- oder Verbindungsentgelte (auch Kosten für elektrische Einspeiseleitungen, welche vom Antragsteller selbst zu erstellen sind, wenn diese 500 m überschreiten);
 - (g) Kosten für Wege oder Straßen, Öffentlichkeitsarbeit, Bewirtungen, Entschädigungen, Ersatzteile;
 - (h) Kosten für die Planung;
 - (i) Finanzierungskosten.

2. Abrechnung und Auszahlung

- 2.1 Spätestens 6 (sechs) Monate nach Inbetriebnahme der Anlage muss der Ökostromerzeuger (Anlagenbetreiber) die Endabrechnung bei der Ökostromabwicklungsstelle einreichen. Die Einreichung hat ausschließlich über das elektronische Abwicklungssystem der Ökostromabwicklungsstelle zu erfolgen. Die Unterlagen können nur einmal über das elektronische Abwicklungssystem vorgelegt werden. Hierfür müssen die jeweiligen Kosten auf dem von Ökostromabwicklungsstelle veröffentlichten Formular gesammelt eingetragen werden.
- 2.2 Die Rechnungen und Zahlungsbelege müssen für jedes Förderprojekt gesondert in Kopie oder elektronisch gescannt beigefügt werden. Die Zusammenfassung mehrerer Förderprojekte auf einer Rechnung und/oder Zahlungsbeleg sowie auch Raten- und/oder Barzahlungen sind ausgeschlossen. Bei Rechnungen über Pauschalbeträge ist eine detaillierte Aufstellung der einzelnen Anlagenkomponenten beizulegen. Auf den Rechnungen ist der Ökostromerzeuger als Rechnungsadressat anzuführen, ausgenommen bei Leasing-Finanzierungen oder Pachtverträgen. In diesem Fall ist der Leasing- oder Pachtgeber als Rechnungsadressat zulässig, wobei die jeweiligen Leasing- oder Pachtverträge der Ökostromabwicklungsstelle vorzulegen sind. Weiters muss das für die Inbetriebnahme erforderliche Prüfprotokoll nach ÖVE/ÖNORM E-8001 eines befugten Unternehmers (beinhaltet Befund, Anlagenbuch, Messung und Prüfung) beigefügt werden.
- 2.3 Die Ökostromabwicklungsstelle ist berechtigt, zusätzliche Unterlagen anzufordern und Vor-Ort Kontrollen durchzuführen.
- 2.4 Die Auszahlung des Investitionszuschusses erfolgt nach Inbetriebnahme der Anlage und Kontrolle der eingereichten Rechnungen ausschließlich an den Anlagenbetreiber.
- 2.5 Die Auszahlung erfolgt auf die im Vertrag über die Abnahme und Vergütung von Ökostrom angeführte Bankverbindung.
- 2.6 Eine getrennte Zession von Investförderanteil und Tarifförderung ist nicht möglich.

3. Rückzahlung

- 3.1 Die Ökostromanlage muss über die Dauer von 13 Jahren betrieben werden. Wird die Anlage kürzer betrieben oder wird der Aufstellungsort verändert muss der Anlagenbetreiber die Förderung aliquot zurückzahlen.
- 3.2 Für den Fall von Rechtsnachfolgen muss diese die Rückzahlungsverpflichtung bei der Vertragsbeendigung vor Ende der Tarifaufzeit auf den Rechtsnachfolger rechtsgültig überbunden werden.

Anhang ./6 Anzuwendendes Datenaustauschverfahren für Zuweisung/Wechsel in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle

1. Datenaustauschverfahren; Prozesse für Zuweisung/Wechsel

- 1.1 Für eine Zuweisung und/oder einen Wechsel in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle ist die Wechselverordnung Strom 2014, BGBl. II Nr. 167/2014, nicht anwendbar, weil diese Verordnung die Besonderheiten der Zuweisung und/oder des Wechsels von Erzeugungsanlagen nicht erfasst. Dennoch werden Teilprozesse des Wechsels von Anlagen technisch über die Wechselplattform abgewickelt, um den Marktteilnehmern auf deren Risiko die Kommunikation über eine Schnittstelle zu ermöglichen.
- 1.2 Die beschriebenen Prozesse und Verfahren werden seitens der Ökostromabwicklungsstelle über die Wechselplattform der Verrechnungsstelle durchgeführt (Self-Storage).
- 1.3 Es sind folgende Prozesse der Wechselplattform zur Abwicklung der Zuweisung und/oder des Wechsel in die Bilanzgruppe(n) der Ökostromabwicklungsstelle zulässig:
 - (a) Belieferungswunsch - BELNB
 - (b) Anmeldung - ANM
 - (c) Abmeldung - ABM
 - (d) Vertragsloser Zustand - VZ
 - (e) Wechsel im eigentlichen Sinn – WIES
- 1.4 Weiters wird folgender Prozess per Email mittels Listen abgewickelt:
 - (a) DA-Liste mit Aktualisierungen bzw. Zusatzinformationen

2. Erstmalige Zuweisung einer Anlage:

- 2.1 Wird eine Erzeugungsanlage erstmalig in Betrieb genommen, so erfolgt die erstmalige Zuweisung in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle durch den Netzbetreiber auf Veranlassung des Anlagenbetreibers. Hierzu werden die beiden Prozesse BELNB (Beliieferungswunsch) und ANM (Anmeldung) der Wechselplattform kombiniert benutzt. Der Netzbetreiber sendet den BELNB (Beliieferungswunsch) an die Ökostromabwicklungsstelle mit dem gewünschten Inbetriebnahmedatum des Kunden, welches auch vom Netzbetreiber eingehalten werden muss bzw. kann (technische Machbarkeit wie z.B. Zählermontage ist gesichert). Die Ökostromabwicklungsstelle prüft dann, ob für die über den Belieferungswunsch (BELNB) angefragte Neuanlage samt Zählpunkt ein gültiger Abnahmevertrag vorliegt. Der Beginnzeitpunkt des Belieferungswunsches muss ein Datum in der Zukunft haben. Um die zeitlichen Vorgaben der weiteren Prozesse einhalten zu können muss der Beginn des Belieferungswunsches mindestens 3 (drei) Tage in der Zukunft liegen (t+3). Sobald die Prüfung positiv abgeschlossen wurde, übernimmt die Ökostromabwicklungsstelle die vom Netzbetreiber übermittelten Daten gemäß BELNB und führt die Anmeldung über den ANM-Prozess durch. Sollte das Anmeldedatum in der Vergangenheit liegen und die Anlage bereits im Vollbetrieb sein (z.B. bei Ablauffehlern), ist die Ökostromabwicklungsstelle berechtigt, das für den Anmeldeprozess maßgebliche Inbetriebnahmedatum (maßgeblich für Zuordnung zur BG) mit dem Datum des folgenden Tages (t+1) festzulegen (frühester Termin). Sollte kein gültiger Vertrag vorliegen, wird von der Ökostromabwicklungsstelle kein Anmeldeprozess durchgeführt.

3. Wechsel einer Anlage:

- 3.1 Wechselt eine bestehende Anlage aus einer anderen Bilanzgruppe in eine Ökobilanzgruppe, so kann dieser Wechsel nur mehr mittels Bevollmächtigung der Ökostromabwicklungsstelle durch den Ökostromerzeuger durchgeführt werden. Hierzu hat der Ökostromerzeuger der Ökostromabwicklungsstelle zunächst alle wechselrelevanten Daten samt der Vollmacht (Anhang./7), unter Nennung des beabsichtigten Wechselzeitpunkts postalisch oder per E-Mail unter kundenservice@oem-ag.at zu übermitteln. Der Wechsel wird dann entsprechend den prozesstechnischen Vorgaben und Fristen zum frühestmöglichen Zeitpunkt vollzogen, ohne dass

ein bestimmter Wechselstichtag zugesagt werden kann. Der Anlagenbetreiber ist für die zeitgerechte Auflösung/Kündigung seiner bis dahin bestehenden Stromlieferverträge und der Beendigung der Mitgliedschaft in der bisherigen Bilanzgruppe ausschließlich selbst verantwortlich. Die Ökostromabwicklungsstelle setzt diesbezüglich keine – wie immer gearteten – Schritte zur Prüfung bzw. Beendigung und/oder Änderung und trifft diesbezüglich auch keinerlei Verantwortung. Der Wechsel ist von der Ökostromabwicklungsstelle über Wunsch des Erzeugers daher auch dann zu veranlassen, wenn der Vorlieferant den Wechsel mit Verweis auf bestehende Lieferverträge beeinsprucht.

4. Prozess Datenaustausch (DA-List)

4.1 Zur Erfüllung der gegenseitigen Informationspflichten muss für den Datenabgleich zwischen der Ökostromabwicklungsstelle und dem Netzbetreiber ohne Wechsel im eigentlichen Sinn eine DA-List per Mail mit folgenden Datenfeldern versendet werden:

- (a) Datum der erstmaligen Inbetriebnahme der Stromerzeugungsanlage
- (b) Anlagenkategorie, sofern vorhanden (PV, Wind, Kleinwasserkraft, ...)
- (c) Engpassleistung
- (d) NB und Zählpunkt
- (e) Anlagenadresse
- (f) Aktueller Zählerstand, soweit vorhanden

Anhang ./7 Wechselvollmacht

Vollmacht für den Wechsel von bereits in Betrieb befindlichen Anlagen

Zählpunktbezeichnung:

Förderantragsnummer:

Anlagenbetreiber:

Engpassleistung (kW/kWp):

Inbetriebnahmedatum:

T	T
---	---

M	M
---	---

J	J	J	J
---	---	---	---

Gewünschter Wechselstichtag: oder nächstmöglicher Zeitpunkt
(bitte bei Zutreffen ankreuzen)

Ich erteile hiermit der Ökostromabwicklungsstelle die durch mich nicht widerrufliche Vollmacht, mich gegenüber Dritten bei Durchführung eines marktüblichen Wechselprozesses meiner bereits in Betrieb stehenden Anlage nach den gesetzlichen Bestimmungen und den AB-ÖKO in die Bilanzgruppe der Ökostromabwicklungsstelle zu vertreten. Diese Vollmacht umfasst insbesondere Datenprüfungen, sowie die Übermittlung von Informationen/Anträgen, welche zur Durchführung eines Wechselprozesses sowie zur Abwicklung des Vertrags über die Abnahme und Vergütung von erzeugtem Strom notwendig und/oder zweckmäßig sind. Ich bin für die vollständige, richtige und rechtzeitige Datenbekanntgabe an die Ökostromabwicklungsstelle alleine verantwortlich. Die Vollmacht endet automatisch mit erstmaliger Durchführung des Wechsels, Eintritt von Vertragsauflösungsgründen gemäß AB-ÖKO, Erschöpfung des sich ergebenden kontrahierbaren Einspeisetarifvolumens und mit sonstigen Fällen des Wegfalls des Anspruchs auf Vertragsabschluss des Erzeugers.

Die Vollmacht **umfasst nicht die Kündigung des Liefervertrages mit dem bisherigen Stromhändler**. Dieser Vertrag wird meinerseits entsprechend der Fristen aufgelöst. Die Ökostromabwicklungsstelle geht davon aus, dass der Vertrag mit dem von mir angegebenen Wechselstichtag zivilrechtlich beendet ist. Sollte dies nicht der Fall sein, kann der Stromhändler den Wechsel erfolgreich beanspruchen und der Wechsel kann nicht stattfinden.

Ich nehme zur Kenntnis, dass der Wechsel gemäß den Wechselfristen und -stichtagen und der AB-ÖKO erfolgt. Des Weiteren nehme ich zur Kenntnis, dass die Ökostromabwicklungsstelle bei Verzögerungen und/oder Scheitern der Zuweisung/des Wechsel, insbesondere weil die Abläufe des Anhangs ./6 nicht eingehalten werden, nicht verantwortlich ist.

.....
Der Anlagenbetreiber
(firmenmäßige Zeichnung)